



56. Sitzung

Mittwoch, 16. Juni 2010

Vorsitzende: Präsident Dr. Lutz Mohaupt, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk und Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel

Inhalt:

Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:

Wahl der von der Hamburgischen Bürgerschaft zu wählenden Mitglieder zur Bundesversammlung
– Drs 19/6371 –

3463

Ergebnis

3463

Abschluss einer Städtepartnerschaft Hamburgs mit Dar es Salaam/Tansania (Senatsantrag)

– Drs 19/6440 –

3491

Bettina Machaczek CDU

3491

Günter Frank SPD

3493

Andreas Waldowsky GAL

3494

Norbert Hackbusch DIE LINKE

3495

Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters gemäß § 12 Absatz 1 GO

mit

Beratung gemäß § 12 Absatz 2 GO

3463

Ole von Beust, Erster Bürgermeister

3464

Michael Neumann SPD

3472

Frank Schira CDU

3477

Jens Kerstan GAL

3479, 3489

Dora Heyenn DIE LINKE

3482

Carsten Frigge, Senator

3484

Dr. Peter Tschentscher SPD

3486

Thies Goldberg CDU

3488

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

3490

Beschluss

3496

Antrag der Fraktion der SPD:

Konzept "Bahnsteigkante"

– Verbesserung der Sicherheit bei U- und S-Bahn: durch verstärkte Personalpräsenz in den Bahnhöfen und ein klares Waffen- und Alkoholverbot in den HVV-Beförderungsbedingungen

– Drs 19/6370 –

3496

Ingo Egloff SPD

3496

Klaus-Peter Hesse CDU

3497

Martina Gregersen GAL

3498

Christiane Schneider DIE LINKE

3499

Dr. Andreas Dressel SPD

3501

Bericht des Europaausschusses
über die Drucksache 19/6357:

Beschlüsse

3502

Bericht des Sozialausschusses über die Drucksache 19/5818:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Landespflegegesetzes (Senatsantrag)

– Drs 19/6373 –

3502

Egbert von Frankenberg CDU

3502

Dirk Kienscherf SPD

3503

Christiane Blömeke GAL

3504

Kersten Artus DIE LINKE

3505

Krankenhausplanung als Sektor übergreifende ambulant/stationäre bürgernahe Bedarfsplanung für Hamburg

– Drs 19/6388 –

3519

Kersten Artus DIE LINKE

3519, 3523

Hjalmar Stemmann CDU

3520

Anja Domres SPD

3520

Linda Heitmann GAL

3522

Beschlüsse

3523

Beschlüsse

3507

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/6208 –

3523

Antrag der Fraktion der SPD:

Verbesserung der Hinterlandanbindungen des Hamburger Hafens auf der Schiene

– Drs 19/6375 –

3507

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/6209 –

3524

dazu

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/6210 –

3524

Antrag der Fraktion der CDU:

Verbesserung der Seehafenhinterlandverbindung

– Drs 19/6476 –

3507

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs 19/6211 –

3524

Beschlüsse

3507

Beschlüsse

3524

Senatsantrag:

Haushaltsplan 2009/2010 Einzelplan 6 "Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt" "Hamburg – Umwelthauptstadt Europas 2011"

Nachforderung von Haushaltsmitteln und einer Verpflichtungsermächtigung sowie Bericht über den Sachstand

– Drs 19/5797 –

3507

Sammelübersicht

3524

Jens Kerstan GAL

3507, 3517

Heiko Hecht CDU

3509

Dr. Monika Schaal SPD

3510, 3515

Dora Heyenn DIE LINKE

3512, 3516

Anja Hajduk, Senatorin

3513

Dr. Peter Tschentscher SPD

3514, 3518

Birgit Stöver CDU

3516

Hamburger Klimaschutzkonzept 2007-2012:

Energetische Modernisierung, Neubau, Denkmalschutz und Stadtgestalt

– Drs 19/5843 –

3524

Beschluss, Kenntnisnahme ohne Besprechung

3524

Beschluss

3519

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Sport für Menschen mit Behinderung – Drs 19/5997 –	3524	Antrag der Fraktion der SPD:	
Beschluss, Kenntnisnahme ohne Besprechung	3524	Erfolgsmodell "Hamburger Kinderbetreuungsgesetz (KibeG)" sichern: Rechtsanspruch auf Hortbetreuung bis 14 Jahre erhalten und Gebührenerhöhungen zurücknehmen – Drs 19/6475 –	3525
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		Beschlüsse	3526
Umweltzone Hamburg – Drs 19/5999 –	3524	Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses über die Drucksachen 19/5987:	
Beschluss, Kenntnisnahme ohne Besprechung	3525	Förderung von Animationsfilm, Games und newTV für Hamburg (Antrag der Fraktionen der CDU und GAL) und 19/6117: "Förderung von Animationsfilm, Games und newTV für Hamburg" (Antrag der Fraktion der SPD) – Drs 19/6326 –	3526
Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 19/5339:		Beschlüsse	3526
Die Handelskammer "freut sich doppelt" – Die Hamburger Jugendlichen haben es doppelt so schwer (Antrag der Fraktion DIE LINKE) – Drs 19/6296 –	3525	Bericht des Sozialausschusses über die Drucksache 19/3282:	
Beschluss	3525	Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Antrag der Fraktion der SPD) – Drs 19/6356 –	3526
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/5690:		Beschlüsse	3526
Haushaltsplan 2009/2010 – Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 12. Juni 2007 "Evaluation der Entwicklung der Hamburger Museumsstiftungen" – Drucksache 18/6423 – Nachforderung von Haushaltsmitteln im Einzelplan 3.3 "Behörde für Kultur, Sport und Medien" (Senatsantrag) – Drs 19/6441 (Neufassung) –	3525	Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 19/5567:	
Beschlüsse	3525	Gesetz zur Änderung hafensicherheitsrechtlicher Vorschriften (Senatsantrag) – Drs 19/6358 –	3526
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/5901:		Beschlüsse	3527
Begrenzung des Ausgabenanstiegs und qualitätssichernde Maßnahmen in der Kindertagesbetreuung (Senatsantrag) – Drs 19/6442 –	3525		
dazu			

Beginn: 15.01 Uhr

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Heute beginne ich zunächst mit Geburtstagsglückwünschen, diese gehen an unseren Kollegen Günter Frank. Lieber Herr Frank, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich zu Ihrem Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich wünsche Ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und bleiben Sie so fröhlich, wie Sie sind.

Wir kommen zur Tagesordnung und beginnen mit einer Wahl. Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 5, Drucksache 19/6371, Unterrichtung durch den Präsidenten: Wahl der von der Hamburgischen Bürgerschaft zu wählenden Mitglieder zur Bundesversammlung.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl der von der Hamburgischen Bürgerschaft zu wählenden Mitglieder zur Bundesversammlung

– Drs 19/6371 –]

Nach dem maßgebenden Bundesgesetz ist eine Listenwahl durchzuführen. Der Stimmzettel liegt Ihnen vor, er enthält vier Vorschlagslisten. Jeder Abgeordneter und jede Abgeordnete hat eine Stimme, Sie können also nur bei einer Liste Ihr Kreuz machen oder sich enthalten. Stimmzettel mit mehr als einem Kreuz oder mit Zusätzen oder Bemerkungen sind ungültig, auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf Frau Thomas und Herrn Hakverdi bitten, die Stimmzettel einzusammeln.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann ist die Wahlhandlung geschlossen. Für die Dauer der Stimmenausszählung wird die Sitzung unterbrochen.

**Unterbrechung: 15.07 Uhr
Wiederbeginn: 15.19 Uhr**

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Mir liegen jetzt die Ergebnisse der Wahl der von der Bürgerschaft zu wählenden Mitglieder zur Bundesversammlung vor.

Ich gebe das Wahlergebnis bekannt. Abgegebene Stimmen 119, gültige Stimmen 119. Von den gültigen Stimmen haben erhalten Liste 1: 56 Stimmen,

Liste 2: 43 Stimmen, Liste 3: 12 Stimmen und Liste 4: 8 Stimmen.*

Nach Paragraph 4 Absatz 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung werden die Sitze den Listen nach der Zahl der ihnen zugefallenen Stimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt zugeteilt. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das vom Präsidenten dieser Bürgerschaft zu ziehende Los. Da bei der Zuteilung des 13. Sitzes gleiche Höchstzahlen bei der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vorliegen, werde ich in einem Losentscheid über die Vergabe dieses Sitzes entscheiden.

Das Losgefäß ist bereits aufgestellt. Ich bitte jetzt Frau Thomas, den Deckel abzunehmen und die beiden Umschläge zu mischen.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Ich werde mich währenddessen abwenden, sodass ich nicht weiß, wie sie die beiden Umschläge ablegt, und werde dann mit dem Rücken zum Gefäß einen der Umschläge ziehen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Der Losentscheid wird durchgeführt.)

Der Zettel in diesem Umschlag trägt die Aufschrift: CDU-Fraktion.

(Zurufe von der CDU: Juhu! und Beifall)

Zur Kontrolle öffne ich auch den zweiten Umschlag, er trägt die Aufschrift: Fraktion DIE LINKE.

Aufgrund des Wahlergebnisses und des Losentscheids entfallen auf die Liste 1 die Sitze 1 bis 7, das bedeutet sieben Sitze, auf die Liste 2 die Sitze 1 bis 5, also fünf Sitze, auf die Liste 3 der Sitz Nummer 1, also ein Sitz, und auf die Liste 4 kein Sitz.

Somit sind gewählt von Liste 1 die Bewerberinnen und Bewerber von eins bis sieben, von Liste 2 die Bewerberinnen und Bewerber von eins bis fünf, von Liste 3 der erste Bewerber und von Liste 4 kein Bewerber. Damit ist das Wahlverfahren abgeschlossen.

Herr Randt wird nun gleich die vorbereiteten Annahmeerklärungen an die gewählten Mitglieder dieses Hauses verteilen. Bitte geben Sie diese unverzüglich unterschrieben an meine Mitarbeiter auf der Kanzleibank zurück. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf: Regierungserklärung.

* Siehe Anlage 1, Seite 3528

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

Der Präsident des Senats hat mich gebeten, ihm gemäß Paragraf 12 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung die Gelegenheit zu einer Regierungserklärung zu geben.

Die Fraktionen haben einvernehmlich vereinbart, dass hierzu eine Beratung stattfinden soll. Dabei soll jeder Fraktion eine Redezeit von 30 Minuten zur Verfügung stehen.

Herr Bürgermeister, Sie haben das Wort.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Grund dafür, dass ich heute diese Regierungserklärung abgebe, liegt in den historischen Herausforderungen, vor denen wir in Deutschland und in ganz Europa stehen, Herausforderungen vielfacher Art. Vor allem brauchen wir in Europa, in Deutschland und natürlich auch in den Ländern Deutschlands zwingend einen Neuanfang in der Finanzpolitik. Hamburg kann und wird sich dieser Verantwortung zu einem Neuanfang nicht entziehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Gründe für diese Situation sind unterschiedlicher Natur. Einer der Gründe ist, dass wir nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa in einer schwierigen Situation sind. Der Euro hat weiche Stellen bekommen. Die erste sichtbare weiche Stelle ist die finanzielle Situation Griechenlands gewesen, das vor der Zahlungsunfähigkeit stand. Es gibt – wir können das alle in den Medien verfolgen – weitere mehr oder weniger belastbare weiche Stellen. Das Problem ist, dass auf diese weichen Stellen innerhalb der Europäischen Union spekuliert wird. Man kann das beurteilen, wie man mag und es auch moralisch verurteilen, aber unsere Aufgabe ist es, diese Spekulationen ad absurdum zu führen, indem wir diese weichen Stellen wieder hart machen. Das ist unsere Aufgabe und das ist auch gemacht worden bei Griechenland. Es gibt einen gigantischen Schutzschirm der Europäischen Union, um den Euro zu stabilisieren, aber dieser Schutzschirm würde nicht ausreichen und die Hilfe für Griechenland würde verpuffen, wenn andere Länder innerhalb der Europäischen Union, die jetzt noch als starke Länder gelten, künftig – nicht von heute auf morgen, aber in neun oder zehn, vielleicht auch schon in fünf Jahren – weiche Länder würden, so wie es heute unter anderem Griechenland ist. Leider zeigen die Untersuchungen, dass, wenn wir in Deutschland und in anderen europäischen Ländern so weitermachen wie bisher und weiter über unsere Verhältnisse leben, diese Weichheit des Euros zunehmen und die Stabilität der Währung gefährdet werden wird. Wir müssen alles tun, um dies zu verhindern.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Da sind die Stabilität der Währung auf der einen Seite und die Bekämpfung einer möglichen Inflation auf der anderen Seite, denn wir wissen, dass eine zunehmende Staatsverschuldung irgendwann Gefahr läuft, in eine Inflation einzumünden. Inflation ist gerade für schlecht Verdienende und für die kleinen Leute ein Gräuel; wir müssen alles tun, damit es nicht dazu kommt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Nun gebe ich zu, dass diese Frage volkswirtschaftlich durchaus umstritten ist. Das Interessante ist, dass die Fachleute, Experten und Kommentatoren der führenden Tageszeitungen und Zeitschriften – auch der Wirtschaftszeitschriften – ihre Meinung zum Teil innerhalb von drei, vier Wochen vollständig ändern. Noch vor wenigen Monaten, als wir in Hamburg ebenso wie in Deutschland, anderen europäischen Ländern und den USA ein auch über Schulden finanziertes gigantisches Konjunkturprogramm aufgelegt haben, um die Konjunktur durch regionale, nationale und internationale Nachfrage wieder anzukurbeln, war die herrschende Meinung zunächst, dass dies richtig sei. Aus einigen Ländern kamen sogar Vorwürfe, wir würden in Deutschland zu spät handeln und zu wenig tun; aus den USA kam der Vorwurf, dass sie mehr Schulden machen und damit auch mehr dafür tun würden, um die Konjunktur anzukurbeln. Heute lesen wir von den gleichen Leuten, dieser Weg sei schwierig, weil höhere Schulden dazu führten, dass in Europa die Währung geschwächt werden könne und dass auf diese Währung spekuliert und der Euro in einen Abwärtstrend geraten würde mit der Folge, dass die Inflation zunähme und der Euro mit der Zeit als stabile Währung am Markt nicht bestehen könne.

Meine Damen und Herren! Man muss sich in der Politik irgendwie dafür entscheiden, was man will. Fachleute helfen einem relativ wenig, weil sie im Wochenrhythmus konträre Dinge sagen und kritisieren, was sie selber gefordert haben. Wir kommen aber an einer Entscheidung nicht vorbei, weder in Deutschland noch in Hamburg, und die Entscheidung muss heißen: Wir können und dürfen nicht weiter über unsere Verhältnisse leben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wer meint, mit weiteren Konjunkturprogrammen und Verschuldungen künstlich die Konjunktur stützen und auf diese Weise die Wirtschaft auf Dauer stabilisieren zu können, der befindet sich, davon bin ich überzeugt, auf einem Irrweg; das sind Strohfeuer. Was am Markt auf Dauer nicht Bestand hat, wird durch kein Konjunkturprogramm der Welt auf Dauer Bestand haben können. Da muss man in Krisenzeiten punktuell helfen, aber zu glauben, durch immer mehr Schulden dauerhaft die Konjunktur beleben zu können, halte ich für den falschen Weg.

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es ist eine Notwendigkeit, für Währungsstabilität einzutreten und dagegen, dass wir von der Inflation ergriffen werden. Schon jetzt haben viele Menschen allein aufgrund der Diskussionen und ihrer Angst vor einer Inflation Sorge um ihre Zukunft. Wenn Sie heute mit Menschen reden, dann betrifft das nicht mehr nur diejenigen, die schon abgerutscht sind oder unmittelbar drohen abzurutschen, sondern auch viele, die ihre Alterssicherung auf bestimmte Säulen gelegt und nun plötzlich Sorge haben, ob ihre Sicherheit im Alter aufgrund mangelnder Geldwertstabilität oder einer kommenden Inflation gefährdet wird, sei es die Rente, seien es Lebensversicherungen. Wir haben auch die Aufgabe, die Währung mit unseren Maßnahmen so gut wie möglich zu stützen, sodass diese Menschen nicht um ihre Vorsorge bangen und Angst vor dem Alter haben müssen. Sie brauchen unsere Solidarität.

Zu diesen allgemeinen Ursachen kommen noch weitere hinzu. Wie spätestens die Mai-Steuerschätzung gezeigt hat, ist eine Ursache für die notwendige Umkehr in der Finanzpolitik die Delle der wirtschaftlichen Entwicklung Ende 2008, 2009, 2010, die uns in Hamburg glücklicherweise nicht so hart getroffen hat wie den Bundesdurchschnitt. Wir verzeichnen einen Rückgang von 3 Prozent des Bruttosozialprodukts, auf Bundesebene sind es etwas über 5 Prozent. Trotzdem bedeutet die Delle dieser wirtschaftlichen Entwicklung, ein Rückgang von 3 Prozent im Bruttosozialprodukt, als Faustformel auch 3 Prozent weniger Steuereinnahmen, das sind rund 250, 260 Millionen Euro im Jahr.

Die Hoffnung, die Wirtschaft würde sich in den Jahren 2011, 2012, 2013, 2014 so schnell erholen, dass diese Delle nicht als Delle hängen bleibt, sondern durch ein großes Wachstum ausgeglichen wird, ist spätestens aufgrund der Steuerschätzung im Mai dieses Jahres zunichte gemacht worden, denn die Steuerschätzung hat eindeutig ergeben, dass diese Delle strukturell mit durchgetragen werden muss. Das heißt, aufgrund der Wirtschaftskrise in den letzten Jahren werden wir auch in den nächsten Jahren ein strukturelles zusätzliches Defizit von rund 250 Millionen Euro jährlich haben. Diesen Betrag schulden wir leider Gottes der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung in Hamburg, da geht es noch – in Deutschland und der Welt.

Hinzu kommt, dass sich die gesellschaftlichen Daten in der Bundesrepublik geändert haben; dies ist ein Thema für sich. Wir haben vermutlich alle mit Sorge die gestern veröffentlichte Studie über die Einkommensentwicklung, die soziale Entwicklung der Menschen gelesen. Aus dieser Studie resultiert, dass die Mittelschicht immer mehr nach unten wegbröckelt, dass zwar einige den Sprung nach

oben schaffen, aber aus der Mittelschicht selbst immer mehr Menschen in prekären Bereichen landen. Das führt dazu, dass immer mehr Menschen auf staatliche Hilfe in den unterschiedlichsten Bereichen angewiesen sind, denn hängen lassen können wir diese Menschen nicht. Das führt aber auch dazu, dass die These – diesem Trugschluss bin auch ich zum Teil erlegen –, wirtschaftliches Wachstum, wie wir es in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008 hatten, würde automatisch dazu führen, dass die Fallzahlen, wie es exekutiv so schön heißt, das heißt, die Menschen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind, aufgrund des Wirtschaftswachstums zurückgehen, nur zum Teil richtig ist. Einigen Leuten geht es zwar besser, der Mehrheit aber geht es schlechter.

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung werden wir vermutlich auch in Zukunft höhere sogenannte Fallzahlen haben, also Menschen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind, und wir müssen jetzt vorsorgen und die Redlichkeit aufbringen, uns nichts schönzurechnen und zu hoffen, es würde schon gut gehen, sondern diese Entwicklung im Haushalt antizipieren. Diese Menschen brauchen Verlässlichkeit in ihrer Lebensplanung, in ihrer Sicherheit und darum darf es an dieser Stelle keinen Rückzug geben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das bedeutet für den Haushalt eine zusätzliche strukturelle Belastung.

Ein weiterer Punkt ist, dass durch spezifische Maßnahmen der Bundesregierung, die das Wachstum beschleunigen sollen – ob sie das tun, wird man sehen –, das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, bei den Ländern aufwachsend ein dreistelliger Millionenbetrag an weniger Steuereinnahmen zum strukturellen Defizit hinzukommt. Auch das belastet die Freie und Hansestadt Hamburg.

Das alles zusammengenommen, also die Delle aus der Wirtschaftskrise, zukünftig größere soziale Verpflichtungen und die stärkere Belastung durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes – auch dieser Herausforderung müssen wir uns vernünftig stellen, um die Inflation zu bekämpfen – begründet das strukturelle Defizit in Hamburg, das in dieser Dimension bisher nicht erkennbar war, sondern erst endgültig erkennbar wurde mit der Mai-Steuerschätzung dieses Jahres, die ein jährliches strukturelles Defizit von rund 500 Millionen Euro – nach unseren Berechnungen etwas mehr, nämlich rund 510 Millionen Euro – ergab.

Nun könnte man sagen, auch in der Vergangenheit gab es solche Probleme, mal gab es weniger Steuern, mal mehr, mal gab es diese schwierige Situation, mal gab es jene. Das Problem ist nur, dass wir die Wege, die wir in der Vergangenheit zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten beschritten haben, zu-

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

künftig entweder nicht mehr gehen können oder wollen.

Ich will Ihnen sagen, welche Wege das sind. Ein Weg wurde zum Beispiel von meiner verehrten Vorgängerregierung beschritten, die kurzerhand das Hamburger Stadtentwässerungssystem in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführte, als im Haushalt eine große Lücke auftauchte. Diese Anstalt öffentlichen Rechts kaufte der Freien und Hansestadt Hamburg das Sielsystem für 1 Milliarde DM ab und, schwupp, war 1 Milliarde DM mehr im Haushalt. Der Senat unter Ortwin Runde machte damals zumindest eine sehr kreative Buchführung. Nebenbei bemerkt, theoretisch gibt es solche kreativen Wege immer noch. Sie könnten zum Beispiel alle öffentlichen Einrichtungen in der Nähe von SAGA-Siedlungen an die SAGA übertragen, die sie der Stadt abkauft und dann betreut. Diesen Käuferlös stellen Sie in den Haushalt ein, um somit Geld in die Kassen zu spülen. Das ist vielleicht eine Idee, auf die die SPD heute noch kommen würde, aber wir machen solche Tricks nicht mehr mit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das war eine Möglichkeit, um Schwierigkeiten auszugleichen. Eine andere war die Privatisierung von staatlichem Eigentum.

(Ingo Egloff SPD: Das haben Sie auch schon gemacht!)

– Darf ich einmal höflich fragen, wer die HEW privatisiert hat? Das waren Sie. Wer Hein Gas privatisiert hat? Das waren Sie.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie haben in den Neunzigerjahren etwa 800 Millionen DM privatisiert. Statt dicke Backen zu machen, sollten Sie sich lieber Ihrer Verantwortung stellen, Herr Neumann.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das ist ein Weg gewesen, den beide Seiten beschritten haben, die Sozialdemokraten und auch wir, da wir dem zugestimmt hatten. Ich sage nur, dieser Weg ist verstellt, und zwar aus folgenden Gründen. Wenn wir uns genau ansehen, welche Möglichkeiten der Privatisierung es noch gibt, werden wir feststellen, dass diese sehr reduziert sind.

(Ingo Egloff SPD: 2,6 Milliarden!)

Natürlich gäbe es theoretisch immer noch welche, aber zumindest keiner von uns, keiner von diesem Senat, will zum Beispiel SAGA oder GWG privatisieren, weil wir sagen, dass die Menschen Sicherheit, Heimat und Geborgenheit in ihren Wohnungen brauchen. Darum werden wir das im Gegensatz zu vielen SPD-regierten Städten nicht tun.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Eine weitere Möglichkeit wäre aktuell, sich von den Anteilen des Flughafens zu trennen. Das halte ich

für volkswirtschaftlich oder ökonomisch falsch, weil diese Anteile mit etwa 8 Prozent verzinst werden – das ist eine gute Verzinsung –, und sich von etwas zu trennen, das einen guten Ertrag bringt, ist zumindest auf lange Sicht nicht besonders klug.

Wir wissen, dass Wasser ein sehr sensibler Bereich ist. Manche Städte, vor allem ausländische, haben ihre Wasseranteile verkauft. Davor warne ich, weil Wasser das Grundvertrauen der Menschen in eine existenzielle Lebensqualität berührt und eine Privatisierung von Wasser zu berechtigtem Misstrauen führt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was ist mit den Krankenhäusern?)

– Gute Frage, lieber Herr Dressel.

Die von Ihnen in den letzten Tagen häufig genannten Krankenhäuser sind ein gutes Beispiel für das, was Sie versäumt haben. Wissen Sie eigentlich, welchen Verlust der LBK in den letzten zehn Jahren vor der Privatisierung gemacht hat? 500 Millionen Euro.

(Zurufe von der SPD und der CDU)

Allein im letzten Jahr waren es gigantische Summen. Hätten wir nicht privatisiert, hätten wir weiterhin massenweise Zuschüsse an die Betriebe des LBK zahlen müssen, was unser strukturelles Defizit noch einmal erheblich erhöht hätte.

(Wolfgang Rose SPD: Das ist falsch! Das wissen Sie auch!)

Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Nebenbei bemerkt, greifen Sie zu einem ganz putzigen Argument. Wie auch immer man es sehen mag, aber zu glauben, strukturelle Defizite für die Jahre 2011 bis 2014 bekäme man damit begründet, dass man einen Verkauf aus dem Jahre 2004 angreift, das ist, mit Verlaub, schon eine sehr mutige Argumentation.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD und Ingo Egloff SPD: Was haben Sie denn eben gemacht?)

Ein weiterer Punkt, der ebenfalls stark kritisiert wurde, ist der Verkauf öffentlicher Liegenschaften, das heißt, unser sogenannter Grundstock. Ich halte es nach wie vor für vernünftig, einen Teil öffentlicher Liegenschaften zu verkaufen, allerdings nur dann, wenn vor Ort keine stadtentwicklungspolitischen oder sozialen Gründe oder Gründe der Identität dagegensprechen. Ich gebe zu, dass in diesem Punkt ein neues Bewusstsein eingetreten ist. In der Vergangenheit haben wir eine Reihe von Grundstücken verkauft, was zum Teil erhebliche Probleme mit sich brachte. Dieser Senat wird keine öffentlichen Liegenschaften mehr verkaufen, wenn damit für die Menschen vor Ort Unfrieden, man-

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

gelnde Geborgenheit und mangelnde Identität aufgelöst werden. Auch das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Also die Wege, mit denen entweder wir oder Sie oder wir gemeinsam in der Vergangenheit versucht haben, Schwierigkeiten des Haushalts auszugleichen, wollen wir entweder nicht mehr gehen – wahrscheinlich wir alle nicht – oder sie sind nicht mehr gangbar, weil beispielweise auch andere Einkünfte, die über Sondervermögen indirekt im Haushalt landen, unter die Schuldenbremse fallen und Rückzahlungsverpflichtungen nach sich ziehen. Das würde bedeuten, dass bei zu großer Anhäufung dieser Dinge die Stadt unter die Kuratel des Bundes käme, weil dieses beim Gesamtschuldenstand mit berücksichtigt wird. Auch das will ich nicht. Ich will nicht, dass Hamburg am Gängelband des Bundes hängt. Wir brauchen die Freiheit und die Unabhängigkeit, selbst entscheiden zu können.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich habe versucht, die Situation zu schildern. Wege, die in der Vergangenheit mehr oder weniger von allen beschritten worden sind, sind nicht mehr gangbar und es stellt sich die Frage, was nun zu tun ist.

Ich bin davon überzeugt, dass wir es mit einer gewaltigen Kraftanstrengung schaffen werden, im Bereich kurz- und langfristiger Investitionen für eine solide Haushaltspolitik zu sorgen, um Schritt für Schritt die Investitionsobergrenze herunterzufahren und somit einen Teil des Haushalts zu sanieren, und gleichzeitig bei den laufenden jährlich wiederkehrenden Ausgaben mit großer Disziplin unser Ziel, das strukturelle Defizit auszugleichen, erreichen können. Dabei muss definiert werden, was für eine gute Entwicklung der Stadt in ökonomischer, ökologischer Hinsicht und für das gedeihliche Zusammenleben der Menschen unbedingt notwendig ist. Was wünschenswert oder schön oder nice to have ist, wie es so schön heißt, was man gerne hätte, mag zwar wunderbar, kreativ und toll sein, kann allerdings kein Maßstab mehr sein. Der einzige Maßstab muss das sein, was für diese Stadt notwendig ist, um ökonomisch, ökologisch und sozial gut über die Runden zu kommen und stark dazustehen. Genau diesen Maßstab werden wir anlegen. Wunsch dir was, das ist vorbei.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Lassen Sie mich hierzu einige Beispiele nennen. Für die Zukunft der Stadt sind Investitionen im deutlich dreistelligen Millionenbereich in den baulichen Zustand unserer Universität notwendig. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Hamburger Universität und die Hamburger Hochschulen massive bauliche Investitionen brauchen, um mittel- und langfristig mit anderen Hochschulen konkurrenzfähig zu sein. Das ist nicht die einzige Aufgabe im Bereich der Wissenschaft. Die schönsten Bauten

nützen nichts, wenn der Inhalt nicht stimmt, der wissenschaftlich und didaktisch gut sein muss. Aber abgesehen von der guten inhaltlichen Arbeit führen natürlich auch gute Bausubstanz und bauliche Attraktivität zu einem hohen Standard der Universität. Es ist unbedingt notwendig, dass wir hierauf in den nächsten Jahren den großen Investitionsschwerpunkt unserer Stadt setzen. Im Zuge des Sprungs über die Elbe und im Zuge der baulichen Änderungen wäre eine Universitätsverlagerung auf den Kleinen Grasbrook wünschenswert. Mit dieser Idee, die hart diskutiert wurde, sind wir angetreten. Das wäre zwar wünschenswert, ist aber nicht notwendig und darum ist der Kleine Grasbrook vom Tisch.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dies gilt nicht nur für den Kleinen Grasbrook, sondern auch für das sogenannte Überseezentrum, das Nachbarquartier vom Kleinen Grasbrook, auf dem sich jetzt noch Flächen der HHLA befinden. Auch da wäre es wünschenswert, dies in einem Teilumzug im Zuge des Sprungs über die Elbe mit einzubeziehen. Das Problem ist nur, dass damit gigantische Folgekosten verursacht werden würden. Die Verlagerung auf den Kleinen Grasbrook hätte neben den Kosten für die Universität selbst Infrastrukturkosten von über 1 Milliarde Euro verschlungen. Allein die Verlagerung des Überseezentrums hätte Ausgleichszahlungen in Höhe von etwa 30 Millionen Euro an die HHLA bedeutet. Hinzu kommen die Notwendigkeit von Brückenbauten übers Wasser und die relativ kurzfristige Notwendigkeit der Fortführung der U4 über diesen Elbe-arm, um für eine gute ÖPNV-Anbindung zu sorgen. Auch das ist wünschenswert, meine Damen und Herren, aber kurz- und mittelfristig nicht bezahlbar.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Idee des Sprungs über die Elbe wird dadurch übrigens nicht gefährdet, denn selbstverständlich bleibt es bei der Neuentwicklung des Harburger Binnenhafens und selbstverständlich bleibt es bei den Maßnahmen für Wilhelmsburg inklusive Garten- und Bauausstellung. Es ist wichtig, dass wir den Hamburger Süden mit anbinden. Nur: Alles, was wünschenswert wäre, ist in diesen Zeiten, in denen wir planen, nicht bezahlbar. Für die Universität gilt, dass große bauliche Investitionen notwendig sind. Wir werden kurzfristig entscheiden, an welcher Stelle diese wie erfolgen sollen. Dazu warten wir allerdings auch auf eine Antwort aus dem Bezirk Eimsbüttel, den wir, nachdem von dort aus sehr viel gesagt wurde, baten, aus seiner Sicht darzulegen, wo Flächen für Erweiterung und Neubau vorhanden sind, und zwar genau in dem Umfang, wie die Universität sie braucht. Das Schreiben ist an den Bezirksamtsleiter herausgegangen, er hat die gesetzte Frist verstreichen lassen

(Ingo Egloff SPD: Das ist ja oberpeinlich!)

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

– so etwas kann passieren, es ist auch kompliziert –, aber wir warten auf eine Antwort und werden dann entscheiden, wie es weitergeht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Auch hier handelt es sich um einen großen dreistelligen Millionenbetrag, der schwer aus dem Investitionshaushalt zu finanzieren ist, weil natürlich auch viele andere Dinge gemacht werden müssen. Nun werden wir gemeinsam erleben können, wie man das finanziert.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Dreimal darfst du raten!)

– Wollen Sie es nicht? Raten kann ich auch. Wenn Ihre Politik in dreimal raten besteht, dann ist es ganz schön dürrtig, Frau Kollegin.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Theoretisch können wir über drei Möglichkeiten diskutieren. Entweder bilden Sie es im Investitionshaushalt voll ab, dann müssen Sie woanders enorm wegnapsen. Das wäre eine Möglichkeit, doch dann wird es verdammt teuer für andere Dinge oder Sie müssen in anderen Bereichen mehr erwirtschaften. Aus meiner Sicht gibt es noch zwei andere Möglichkeiten. Eine Möglichkeit wäre, den Weg Sondervermögen zu gehen, allerdings sauber definiert, sehr transparent und mit klaren Verpflichtungen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ich denke, Sie wollen keine kreative Buchführung mehr!)

– Entschuldigen Sie, mit Verlaub, was Sie mit der Anstalt öffentlichen Rechts gemacht haben, das war kein Sondervermögen, sondern ein Trick. Das können Sie nicht vergleichen, weil es zu wenig transparent war.

(Beifall bei der CDU)

Eine andere Möglichkeit wäre, die Universität in eine größere planerische Unabhängigkeit zu versetzen und die Liegenschaften der Universität an die Universität zu übertragen mit der Möglichkeit der Uni, diese Liegenschaften zu beleihen, wobei man darauf achten muss, wie hoch die Zinsverpflichtung der Stadt ist und wie hoch die Zuschüsse an die Uni waren; das ist eine Detailfrage. Nur durch eine freiere Universität mit größerem Gestaltungsspielraum, der sich aus meiner Sicht mehr auf personelle Dinge beziehen müsste, geben Sie der Universität die Möglichkeit, diese Planungsangelegenheiten mit dem vorhandenen Grundvermögen selbst zu organisieren.

Ich halte das für einen faszinierenden Vorschlag, der unter anderem auch beinhaltet, dass wir politisch dafür sorgen müssen, dass sich an der Universität, wenn es nur nach der Mehrheit geht – das ist jetzt nicht als Vorwurf gemeint –, nicht die großen Fachbereiche alles unter den Nagel reißen, sondern dass auch die kleineren Bereiche, die

wichtig für uns sind, berücksichtigt werden. Die Bereiche Afrikanistik, Asienkunde oder bestimmte Sprachen müssen vertraglich so geregelt werden, dass sie ihren Standort in der Uni behalten, dann aber der Universität mehr Freiraum geben. Wir werden das in Kürze prüfen. Ich sage noch einmal: Mit diesem Senat wird es eine deutliche Investition in den baulichen Zustand der Universität geben, die transparent ist, die wir gerne diskutieren und nicht vertagen wollen. Die wünschenswerten Dinge aber, die gut, jedoch nicht mehr bezahlbar waren, sind vom Tisch.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Eine weitere Notwendigkeit besteht darin – ich will Beispiele aufzählen –, dass sich Hamburg als Sportstadt profiliert. Das ist wichtig für den Breiten- und Vereinssport und auch, um junge Menschen für den Sport zu gewinnen und Tugenden wie Hilfsbereitschaft, Teamgeist und Kameradschaftlichkeit zu erlernen und etwas für den Körper und die Gesundheit zu tun. Wir brauchen sportliche Großveranstaltungen, die eine hohe Akzeptanz in der Stadt haben und auch die internationale Attraktivität der Stadt erhöhen. Das ist notwendig, meine Damen und Herren.

Jetzt geht es um die Frage, was wünschenswert ist. Wünschenswert wäre es zum Beispiel, in der Stadt eine neue Galopprennbahn zu bauen, wo der Pferdesport in Horn mit städtischen Investitionen auf neuen Beinen steht. Das wäre wünschenswert, kostet die Stadt aber Investitionsmittel in Höhe von 30 Millionen Euro. Darum sage ich, es ist zwar wünschenswert, aber nicht notwendig und damit ist es vom Tisch.

(Beifall bei der CDU und der GAL und bei *Andrea Rugbarth* und *Dr. Monika Schaal*, beide SPD)

Dazu gehört zum Beispiel auch, dass Dinge, die schön sind, nicht bezahlbar sind. Wir hatten die Idee, dass sich Hamburg für die Schwimmweltmeisterschaft bewirbt. Diesen Wettbewerb hat damals Dubai gewonnen. Dubai hat aufgrund der eigenen Schwierigkeiten die Bewerbung zurückgezogen und nun werden wir gefragt, ob wir uns nicht wieder bewerben wollen. Es wäre schön, es wäre wünschenswert, aber dafür wäre ein zweistelliger Millionenbetrag erforderlich; auch den können wir nicht bezahlen.

Ich sage Ihnen auch etwas zum Thema Veranstaltungen. Es gibt etablierte Sportveranstaltungen mit einer großen Ausstrahlungskraft wie zum Beispiel die Cycclassics, den Marathon oder den Triathlon. Aber Veranstaltungen, die ein interessiertes Publikum haben und sportlich hoch interessant sind, jedoch Jahr für Jahr wieder auf staatliche Subventionen, teilweise in wachsender Höhe, angewiesen sind – zum Beispiel das deutsche Derby in Horn oder das Tennisturnier in Rotherbaum –, sind kei-

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

ne Angelegenheiten, für die die Stadt andauernd entstehen kann. Solche Veranstaltungen sind schön und wünschenswert und mögen gerne gemacht werden, aber nicht mit Mitteln des Steuerzahlers. Auch an solche Dinge wird man herangehen müssen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

So haben wir Stück für Stück bestimmte Investitionen und wiederkehrende Aufgaben besprochen. Es wird Ihnen im Zuge dieser Haushaltsberatung ein Investitionsplan vorgelegt werden, in dem erstens die Investitionsobergrenzen nicht sofort, aber in einem gewissen Zeitraum gesenkt werden, nicht sofort deshalb, weil die konjunkturellen Pflänzlein – wir sind immerhin am Ende einer Wirtschaftskrise – nicht durch sofortige Reduzierung des Investitionsvolumens des Haushalts zertreten werden sollen. Langfristig aber wird die Investitionsobergrenze gesenkt werden und Sie werden sehen, dass dieser Haushalt zielgenau aufgehen wird. So viel zum Bereich langfristige und kurzfristige Investitionen.

Der nächste Bereich ist der, dass man bei allen Dingen der langfristigen Planung und der kurz- oder mittelfristigen Investitionen sehen muss, wie die laufenden jährlich wiederkehrenden Ausgaben dieser Stadt reduziert werden können. Natürlich haben auch Investitionen einen Einfluss auf den Haushalt. Teilweise vermischt man auch beides und die Gelder, die für Investitionen ausgegeben werden, müssen auch irgendwie bezahlt werden, das heißt, sie finden sich im Haushalt wieder. Aber noch wichtiger ist es, das strukturelle Problem der wiederkehrenden Ausgaben zu lösen. Auch hier wird es wieder darauf ankommen, zwischen Notwendigem und Wünschenswertem abzuwägen. Aus meiner Sicht bekommen wir die Akzeptanz der Menschen für Kürzungen der laufenden Ausgaben nur dann, wenn Staat, Politik und Verwaltung bei sich selbst anfangen. Dienstleistungen zu reduzieren und Gebühren zu erhöhen, ohne sich an die eigene Nase zu fassen, wird keine Akzeptanz bei den Menschen finden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dazu gehört zweitens auch, dass diese Einsparungen weitestgehend gerecht verteilt werden müssen. Gerecht heißt: Wer mehr hat, muss auch mehr zu den Einsparungen beitragen. Im Zusammenhang mit dem Haushalt muss man auch über die Einnahmesituation sprechen. Meiner Meinung nach hat der Bund eine große Anstrengung unternommen, eine Haushaltssanierung hinzukriegen. Dabei gibt es einige Ungereimtheiten, wie zum Beispiel, dass die mangelnde Akzeptanz von Einschnitten vermutlich darauf beruht, dass diejenigen, die wenig haben, das Gefühl haben, sie müssten auch noch einen nicht unerheblichen Teil der Schuldenlast tragen. Auch als überzeugter Christdemokrat sage ich Ihnen, dass das der falsche

Weg ist. Gerecht ist es nur, wenn diejenigen, die viel verdienen, auch ihren angemessenen Teil dazu beitragen.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Richtig!)

Das ist notwendig.

(Beifall bei der CDU und der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Darum werden Sie mich an Ihrer Seite und auch als Streiter dafür haben, im Zuge der Diskussion die Erhöhung des Spitzensteuersatzes um zwei Punkte von 42 Prozent auf 44 Prozent und auch die Erhöhung der sogenannten Reichensteuer – das ist eine Definitionsfrage – von 45 Prozent auf 47 Prozent hinzukriegen. Allein diese beiden Maßnahmen würden strukturell für den Hamburger Haushalt eine Einnahmeverbesserung in Höhe von 85 Millionen Euro jährlich bedeuten, die nicht mehr im Betriebshaushalt eingespart werden müssten. Da müssen wir ran und für eine Mehrheit streiten. Das ist meine Aufgabe und das werde ich tun.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Vollständigkeit halber weise ich darauf hin, dass die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent unter Bundeskanzler Schröder erfolgt ist. Das ist kein Teufelszeug der Union gewesen, Sie haben das damals gemacht, vergessen Sie das nicht.

(Beifall bei der CDU)

Nebenbei bemerkt, war das ein Grund mit, warum die LINKE gegründet wurde.

Neben der Gerechtigkeit und der Tatsache, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen, ist der dritte Maßstab, dass die von uns ergriffenen Maßnahmen ökonomisch, ökologisch und sozial ausgewogen sein müssen. Sie dürfen nicht zu einem drastischen Kaufkraftverlust führen, weil wir gerade die relative Stabilität der deutschen Konjunktur in der Wirtschaftskrise, verglichen mit dem Ausland, mit einer relativ stabilen Kaufkraft im Inland zu vergleichen haben. Sie darf nicht zu falschen ökologischen Anreizen führen und sie darf den sozialen Frieden nicht stören.

Angesichts der strukturellen Einsparverpflichtung in Höhe von rund 500 Millionen Euro haben wir uns vorgenommen, diesen Betrag in mehrere Blöcke zu unterteilen, und zwar einmal den, der allgemein von jedem einzelnen Haushalt erbracht werden muss – ich sage gleich etwas dazu – und zum anderen verschiedene Blöcke, die wir strukturell zu erarbeiten versuchen, um diese Summe zu erreichen.

Beim ersten Block, über den wir gesprochen haben und weiterhin reden werden, geht es um 100 Millionen Euro, die eine Haushaltssanierung aufgrund höherer Verwaltungseffizienz, Vermeidung von Doppelzuständigkeiten – innerhalb Hamburgs,

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

aber auch in Kooperation mit norddeutschen Bundesländern – und Reduzierung der Kosten der Politik ermöglichen. Dazu werde ich gleich im Detail noch etwas sagen.

Beim zweiten Block geht es um den Beitrag der öffentlichen Unternehmen, die meiner Meinung nach mindestens 50 Millionen Euro pro Jahr zur Sanierung beziehungsweise Senkung des Haushaltsrisikos beitragen müssen, allerdings nicht durch einen reinen Verlustausgleich, also nicht dadurch, dass diejenigen, die hohe Verluste machen, diese durch Gebührenerhöhungen ausgleichen müssen. Ich bin ganz sicher, dass eine Reihe von öffentlichen Unternehmen die Möglichkeiten der Effizienzsteigerung, Kostenminimierung und in gewisser Weise auch der Vermögensmobilisierung noch nicht ganz ausgeschöpft hat, sondern dass ein Teil dieser Unternehmen davon ausgeht, dass, falls sie Verluste machen, diese schon irgendwie ausgeglichen werden würden. Wir müssen und werden sie in die Pflicht nehmen, um diesen Beitrag von 50 Millionen Euro jährlich erwirtschaften zu können. Das ist machbar und keine Frage der Gebührenerhöhung, sondern eine Frage der Effizienz, der Führung und der Durchführung der Aufgaben dieser Unternehmen.

Wir haben uns vorgenommen, 100 Millionen Euro bei den Personalkosten des öffentlichen Dienstes einzusparen, würden somit also insgesamt Kosten in Höhe von 100 Millionen Euro bei Staat, Politik und Verwaltung, 50 Millionen Euro bei öffentlichen Unternehmen und 100 Millionen Euro im Bereich Personalkosten einsparen. Dazu möchte ich Ihnen etwas im Detail sagen.

Vorweg: Als ich dieses Amt angetreten habe, hatte ich relativ wenig Erfahrung im öffentlichen Dienst. Mein Vater war zwar Beamter, ich war einmal Referendar gewesen, aber ansonsten war ich freiberuflich tätig und hatte im Grunde eher eine klischeehafte Vorstellung vom öffentlichen Dienst als einprägende Erfahrungen. Inzwischen ist mir wirklich klar geworden, dass wir in Hamburg einen öffentlichen Dienst von unglaublicher Qualität, unglaublichem Fleiß und unglaublicher Loyalität haben. Diese Leute dürfen nicht die Melkkühe der Haushaltssanierung sein.

(Beifall bei der CDU und der GAL und bei Kersten Artus DIE LINKE und Anja Domres SPD)

Sie müssen ihren Beitrag leisten, aber dürfen nicht die Melkkühe der Haushaltssanierung sein. Darum zunächst die guten Nachrichten, auch in Abgrenzung zu dem, was ich heute in der Zeitung hinsichtlich dessen gelesen habe, was wir angeblich alles planen würden.

Erstens: Wenn wir Einschnitte im öffentlichen Dienst vornehmen, werden die kleinen und mittleren Einkommen weitgehend geschont werden. Die

Maßnahmen werden in erster Linie den höheren Dienst besonders deutlich treffen.

Zweitens: Ich stehe zu meiner Zusage, dass es in der Freien und Hansestadt Hamburg im öffentlichen Dienst auch zukünftig keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird; die Arbeitsplätze hier sind sicher. Das haben wir so gemacht, das bleibt auch so.

(Beifall bei der CDU und der GAL und bei Wolfgang Rose SPD)

Drittens: Ich stehe dazu, dass diejenigen, die im öffentlichen Dienst ausgebildet werden – vorausgesetzt, ihre Leistungen sind entsprechend gut –, auch wie bisher einen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst erhalten. Ich halte nichts davon, jungen Leuten, die während ihrer Ausbildung fleißig lernen und arbeiten, Hoffnungen zu machen, und hinterher zu sagen: April, April. Ich stehe zu der Zusage, dass diejenigen, die für den öffentlichen Dienst ausgebildet werden, bei entsprechenden Leistungen auch übernommen werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL und bei Elisabeth Baum DIE LINKE)

Viertens: Es wird auch keinen Einstellungsstopp geben. Ein pauschaler Einstellungsstopp ist unsinnig, denn er führt dazu, dass die Behörden, die schon jetzt relativ junge Mitarbeiter haben, auf dem gleichen Level, egal, was sie machen, weiterarbeiten und die anderen, die zufällig eine hohe Pensionslast haben, bestraft sind. Das führt auch dazu, dass der öffentliche Dienst immer mehr veraltet. Ich habe nichts gegen alt – man selber gewinnt ja auch von Jahr zu Jahr an Erfahrung hinzu –, aber eine gute Mischung, nämlich Erfahrung der Älteren auf der einen Seite und Innovation durch die Jungen auf der anderen Seite, ist notwendig. Darum wird es keinen Einstellungsstopp geben.

Auch das Urlaubsgeld, das gerade Leute im unteren Einkommensbereich bekommen, wird nicht gestrichen. Wir werden auch nicht von dem abkehren, was wir im November hinsichtlich der Bezahlung der Beamten im öffentlichen Dienst besprochen haben, nämlich im Jahr 2011 1 Prozent Einmalzahlung und im Jahr 2012 eine 1-prozentige Steigerung, basierend auf dem Level von 2010. Das haben wir im November zugesagt, dazu stehen wir mit folgender Ausnahme: Die Mitglieder des Senats haben sich verpflichtet, auf die Einmalzahlung im nächsten Jahr zu verzichten, und die Staatsräte werden das Gleiche tun. Wir als Senat wollen zumindest hier als ein besonders persönliches Beispiel für Sparsamkeit vorangehen und unserer Verantwortung gerecht werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Nun werden Sie fragen, woher man dann unter diesen Bedingungen die 100 Millionen Euro hernimmt. Ich werde Ihnen sagen, woher. Es wird

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

massive Einsparungen im Bereich des Weihnachtsgeldes, also des 13. Monatsgehalts geben. Bislang bekommen alle, von Klein bis Groß, ein dreizehntes Monatsgehalt in Höhe von zwei Dritteln ihres Einkommens. Wir wollen eine Regelung machen, die für die unteren Gehaltsstufen bis A8 eine Weihnachtsgratifikation von 840 Euro vorsieht, von A8 bis A12 werden 710 Euro gezahlt und ab dem höheren Dienst, ab A13, gibt es keinen Euro mehr. Das heißt, unten und in der Mitte gibt es weniger, aber gestaffelt, und oben gar nichts.

Meine Damen und Herren! Ich halte das für einen angemessenen Beitrag, der fast 100 Millionen Euro an struktureller Einsparung erbringt. Ich halte den Beitrag für sozial ausgewogen und er sichert Besitzstände bei all den anderen Dingen, die ich genannt habe. Ich halte das für einen richtigen und zumutbaren Weg.

(Beifall bei der CDU und der GAL und bei Elisabeth Baum DIE LINKE)

Nun sehe ich, dass die Sozialdemokraten nicht klatschen. Ich gebe Ihnen einen kleinen Wink: Erkundigen Sie sich bei Ihren Kollegen in Bremen; die haben nämlich unter der SPD-geführten Regierung genau das Gleiche gemacht. Es kommt selten vor, aber manchmal kann man sogar von Bremen etwas lernen, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dann komme ich zurück zum ersten Punkt, den strukturellen Einsparungen, dem Verwaltungsstaat und den Politikkosten. Es ist ein weites Feld, das weiß ich. Erlauben Sie mir einmal folgende Frage: Glauben Sie, dass es in der jetzigen Zeit noch zeitgemäß ist, wenn wir zum Beispiel acht Behörden haben, sieben Bezirksämter und die Justizbehörde, die sich mit Rechtsangelegenheiten befassen? Glauben Sie, dass es noch zeitgemäß ist, dass wir unterschiedliche Behörden haben, die sich mit Liegenschaften befassen? Glauben Sie, dass es vernünftig ist, noch eine bezirkliche und eine städtische Friedhofsverwaltung zu unterhalten? Glauben Sie, dass es klug ist, dass wir in Norddeutschland nur minimale Kooperationsformen haben? Ich glaube, wenn man versucht, die Menschen zu begeistern, dann muss es auch möglich sein, zum Beispiel den Hochschulen zu sagen, macht das, was ihr besonders gut könnt, bildet gemeinsam eine Einheit und spart Verwaltungskosten. Ich glaube, dass man mehr Behörden zusammenführen kann bis hin zur Zusammenlegung von Ministerien. Ich frage mich zum Beispiel, ob Flächenmanagement, Standortmarketing oder Fragen der maritimen Wirtschaft nicht alles Dinge sind, die Hamburg und Schleswig-Holstein gemeinsam viel besser, kostengünstiger und genauso effektiv machen könnten. Ich bin fest davon überzeugt, dass das geht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Was nichts bringt, ist die Chimäre Nordstaat. Da kann man dafür oder dagegen sein, aber sie tragt seit 30 Jahren durch die Gegend, wird reflexartig immer wieder ins Spiel gebracht und bringt im Endeffekt gar nichts. Wir aber werden, was unsere Verwaltung angeht – auch gemeinsam mit Schleswig-Holstein –, motiviert darangehen, hier etwas zu erreichen. Das ist deshalb so schwierig, weil neben Vernunft und allen sachlichen Argumenten Dinge wie Besitzstände, Eitelkeiten und Ehrpusseligkeiten hier eine Rolle spielen. Nichtsdestotrotz müssen wir diese Dinge angehen, denn hier besteht eine Riesenchance, strukturell zu sparen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dieses zusammen – Verwaltung, Politik und Staat auf der einen Seite, Beitrag und Personal auf der anderen Seite und zum Dritten öffentliche Unternehmen – ergibt einen Betrag von 250 Millionen Euro; das ist allerdings erst die halbe Miete.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Die andere Hälfte wird in einem ersten Schritt den Behörden auferlegt, entsprechend ihrer Quote – das ist das berühmte Quotensparen – Sparvorschläge zu machen, um zu ermitteln, was diese Quote für jede einzelne Behörde bedeuten kann, was es auch an Grausamkeiten bedeuten mag, da sind sicherlich eine Reihe dabei, und dann in einem zweiten Schritt politisch zu gewichten, was machbar ist und wo die einen mehr, die anderen weniger ranmüssen. Dass Bildung für uns Priorität hat und eine wichtige Aufgabe darstellt, dass wirtschaftliche Infrastruktur für uns ein Schwerpunkt ist und dass Innere Sicherheit für uns sehr wichtig ist, wissen Sie. Das heißt, wir werden zunächst einmal schauen, was möglich und machbar ist, das politisch gewichten und es dann vorlegen.

Nun werden einige von Ihnen sagen – ich habe schon die Reden meiner Nachredner im Kopf, ich bin kein Prophet und kann nicht alles antizipieren –, das war alles schön und gut, viele Allgemeinplätze, ein paar Dinge hast du gesagt, aber was ist denn mit dem Betriebshaushalt? Ich bitte in einem Punkt um Verständnis. Wir haben im Jesterburg-Sparprozess überwiegend als Alleinregierung

(Michael Neumann SPD: Schill und FDP und dann Alleinregierung!)

– Herr Neumann, ich habe überwiegend gesagt – für eine strukturelle Reduzierung von 400 bis 500 Millionen Euro etwa vier bis fünf Jahre gebraucht. Wir haben jetzt den gleichen Umfang; die genauen Zahlen der Steuerschätzung mit vielen strukturellen Ergebnissen kennen wir seit Mai. Sie werden bei allem Fleiß von uns nicht erwarten können, dass wir innerhalb von drei Wochen die Arbeit machen, die die Vorgängersenate in mehreren Jahren gemacht haben. Das haben wir auch nie-

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

mals angekündigt. Die Beispiele, um die es geht, habe ich Ihnen aber genannt. Im Investitionsbereich habe ich einiges genannt, die Struktur des Sparens und die Grundsätze. Ich verspreche Ihnen, dass wir bis zum Herbst diesen Haushalt vorgelegt haben werden, um dann – auch vorher natürlich – mit Ihnen zu diskutieren und anhand der einzelnen, bis ins kleinste Detail gehenden konkreten Vorschläge die Dinge zu verabschieden.

Meine Bitte an Sie, an das Parlament und auch an die Öffentlichkeit dieser Stadt ist: Der Haushalt liegt natürlich in der Verantwortung der Regierung und der Regierungsfaktionen und aus dieser Verantwortung wird sich keiner stehlen. Aber das schließt nicht aus, dass andere mitwirken, denn die Verantwortung für diese Stadt haben wir alle gemeinsam, die hat das Parlament, hat die Regierung, haben Verbände, Vereine und Kammern. Überlegen Sie nicht nur, was nicht geht. Ich habe in den letzten Tagen viele wunderbare Hinweise gelesen, wo es überall nicht ginge, das ist auch normal, aber da bleibt unterm Strich kein Euro nach. Vielleicht gelingt es aber, gemeinsam über den Schatten zu springen. Diese Stadt ist stark, meine Damen und Herren. Wir haben in der Wirtschaftskrise viel weniger gelitten als andere. Wir haben weniger Arbeitsplatzverluste, weniger Kurzarbeiter und weniger Konkurse als andere. In vielen Gutachten, beginnend bei der Haspa bis hin zu Forschungsinstituten, wird gesagt, dass diese Region neben München mit die wirtschaftlich stärkste Region in Deutschland ist, eine Region, aus der die Wirtschaftskrise auch langsam wieder abebbt. Wir hatten im ersten Quartal zum Beispiel im Containerbereich des Hamburger Hafens schon wieder Zuwachsraten von über 16 Prozent. Das heißt, es geht langsam Stück für Stück wieder bergauf. Diese Stadt ist stark, diese Stadt ist kreativ, diese Stadt ist mutig und diese Stadt hat schon ganz andere Probleme gemeistert; auch diese werden wir gemeinsam meistern können. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Neumann.

Michael Neumann SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr von Beust, jetzt haben Sie lange geredet, manches auch gesagt, aber die Erwartungen, die die Stadt und die wir im Parlament gehabt haben, haben Sie bei Weitem nicht erfüllt.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Ihre Rede und die stellenweise Dünnhäutigkeit bei Ihrer Reaktion auf Anmerkungen aus dem Publikum oder aus dem Plenarsaal haben gezeigt, dass Sie nach fast zehn Jahren im Amt des Bürgermei-

sters einräumen mussten, dass Sie vor den Trümmern Ihrer Finanzpolitik und vor den Trümmern Ihres Bürgermeisteramtes der letzten zehn Jahre stehen. Sie haben heute den Bankrott des CDU-geführten Senats erklärt.

(Beifall bei der SPD)

Obwohl Sie zwei Tage im Bürgermeistersaal zusammensaßen, ist das Ergebnis, dass es eigentlich kein richtiges Ergebnis gibt. Die Horner Rennbahn wird nicht so umgebaut, wie Sie das wollten, und zum Uni-Umzug haben Sie etwas gesagt, aber das sind eigentlich Selbstverständlichkeiten, die jeder klar denkende Mensch in dieser Stadt seit Monaten gefordert hat.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie haben aber nicht die Kraft gehabt, wirkliche Perspektiven für Hamburg aufzuzeigen, und keine Visionen entwickelt. Sie haben nach zehn Jahren eben schlichtweg nicht mehr die Kraft, um unsere Stadt in diesen schweren Zeiten erfolgreich voranzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei gab es heute in der "Bild"-Zeitung extra einen Hinweis:

"Die besten Wege aus der Schuldenfalle".

Da hätten Sie vielleicht einmal anrufen sollen, denn dort gab es viele sehr konkrete Tipps für Privatinsolvenzen. Was Sie heute hier hingelegt haben, war eine Politinsolvenz.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in diesem Parlament immer wieder Auftritte des Bürgermeisters vor der Bürgerschaft. Das sind die Haushaltsreden alle zwei Jahre, das ist die mittlerweile in Kabarettistenkreisen sehr beliebte Herz-Jesu-Marxismus-Kritik-Rede und natürlich auch die immer wieder gerne eingeflochtene Elitenschelte. Alle diese Reden, die wir immer wieder und auch heute von Ihnen hier hören mussten, haben aber eines gemeinsam. All den Worten, die gut klingen mögen, sind so gut wie nie Taten gefolgt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb können wir uns auch nicht länger einen solchen Bürgermeister in Hamburg leisten, der dieses Amt bekleidet. Wir brauchen einen Bürgermeister der Tat und des Handelns. Wir brauchen einen tatendurstigen und engagierten Bürgermeister und niemanden, den die Kronprinzen, sei es aus der Fraktion oder dem eigenen Senat, ohne Unterlass beschädigen. Wir brauchen niemanden, der in Wirklichkeit nur noch auf der Suche nach einem passablen Abgang ist, denn diesen Zeitpunkt, Herr von Beust, haben Sie auch verpasst.

(Beifall bei der SPD)

(Michael Neumann)

Aber Sie haben recht, Herr von Beust, der Hamburger Haushalt hat ein konjunkturelles Problem – darauf sind Sie in Teilen eingegangen –, aber er hat vor allem ein strukturelles Problem und das ist die Verantwortung des Senats, das ist Ihre persönliche Verantwortung und das ist vor allem die hemmungslose Ausgabenwut der CDU-Fraktion der letzten Jahre.

Wenn wir uns den Schuldenstand unserer Stadt im Jahr 2001 einmal anschauen – Sie haben für Ihre Verhältnisse ganz angemessen auf die Verantwortung der Sozialdemokratie hingewiesen –, dann haben wir Sozialdemokraten Ihnen damals 18 Milliarden Euro Schulden hinterlassen und das war schon eine ganz schöne Hypothek; 18 Milliarden Euro sind eine Menge Holz. Sollten Sie es wirklich schaffen, Ihre eigene Finanzplanung bis zum Jahr 2012 einzuhalten, dann wird dieser Schuldenberg auf sage und schreibe 32 Milliarden Euro angewachsen sein. Das bedeutet eine Explosion der Hamburger Schulden in Ihrer Regierungszeit um 78 Prozent.

Gleichzeitig haben Sie gut und gerne 3,2 Milliarden Euro Tafelsilber verkauft, um Ihren Haushalt zu schönen. Und – das muss man dabei auch wissen – Sie haben als Bürgermeister so viel Geld von den Steuerzahlern bekommen wie noch kein Bürgermeister vorher. Sage und schreibe 73 Milliarden Euro haben Sie von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bekommen und trotzdem legen Sie dieses desaströse Ergebnis heute vor. Das ist noch einmal eine Bankrotterklärung.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind mit einer Amtsdauer von fast zehn Jahren mittlerweile auch in einem historischen Kontext zu sehen, deswegen will ich das einmal einordnen. Kein Bürgermeister dieser Stadt seit dem Zweiten Weltkrieg hat jemals mehr Schulden gemacht als Herr von Beust. Kein Bürgermeister hat jemals mehr Tafelsilber auf den Kopf gehauen als Herr von Beust und das, obwohl kein Bürgermeister jemals so viele Steuermittel zur Verfügung hatte wie die CDU-Senate unter Ihrer Führung. Das alles beweist nur, dass Sie nicht mit Geld umgehen können.

(Beifall bei der SPD)

Auch Ihre eher hakelige Herleitung des Defizits, das im "Hamburger Abendblatt" beschrieben war mit der Formulierung von Herrn Frigge, man habe da ein paar Unwägbarkeiten in Höhe von 500 Millionen Euro übersehen – Gratulation –, wird der Wahrheit zugeführt, wenn man sich noch einmal auf der Zunge zergehen lässt, was der Kollege Kerstan während der Koalitionsverhandlungen im Frühjahr 2008 den Zeitungen sagte – ich zitiere –:

"Mir ist schlecht geworden, als Herr Freytag die Finanzlage der Stadt dargestellt hat."

Da stellt sich mir nur die Frage, Herr von Beust, warum Sie das erst zwei Jahre später erkannt haben, wo Herr Kerstan schon zwei Jahre früher viel klüger war. Sie haben es nach dem Pfingstfest erkannt. Nun glaube ich nicht, dass der Heilige Geist zu Ihnen gesprochen hat. Ich glaube eher, dass die Lage so dramatisch geworden ist und Sie sich so verhalten haben, wie es die CDU immer tut, immer nur das zuzugeben, was sich nicht mehr leugnen lässt.

(Beifall bei der SPD – *Barbara Ahrons CDU*: Glauben Sie eigentlich das, was Sie da erzählen?)

Sie sprachen auch davon, dass die wirkliche Lage der Stadt sich hinter einer kreativen Bilanzierung verborgen habe. Das bedeutet übersetzt, dass Sie uns damit also allen Ernstes erzählen wollen, die Finanzsenatoren Peiner und Freytag hätten hinter dem Rücken des Bürgermeisters die Bilanzen gefälscht. Nichts anderes versteckt sich hinter dem Vorwurf gegenüber Herrn Peiner und Herrn Freytag, man habe den Haushalt kreativ geführt. Dazu haben Herr Peiner und Herr Freytag sich schon im "Hamburger Abendblatt" geäußert und ich bin gespannt, was die beiden Herren zur Ehrenrettung ihrer eigenen Leistung sagen werden. Das wird bei Herrn Freytag weniger sein als bei Herrn Peiner, aber ich bin sicher, er wird es nicht auf sich beruhen lassen, hier von Ihnen als Sündenbock dargestellt zu werden. Die Verantwortung für diese Politik tragen nicht diese beiden Herren allein, die tragen Sie.

(Beifall bei der SPD)

Dann und wann haben Sie hier Regierungserklärungen gehalten und 2008 haben Sie gesagt, ich zitiere wieder:

"Zweitens ist uns in Sachen Kosten ein Stichwort sehr bewusst, ..."

– jetzt lachen Sie bitte nicht –

"... und zwar Haushaltsdisziplin."

sagte der Bürgermeister damals.

"Wir brauchen eine große Haushaltsdisziplin, denn was wir als neue Prioritäten benannt haben, werden wir ohne neue Schulden finanzieren [...] Diese Koalition steht für eine nachhaltige Haushaltspolitik."

– Zitatende. –

Nachhaltige Haushaltspolitik, das kann nur ein schlechter Scherz sein. Wir wissen mittlerweile, was die CDU darunter versteht: den hemmungslosen Marsch in den Schuldenstaat.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben uns vorgeworfen – das ist auch in der Diskussion zwischen Jens Kerstan, Karl Schwinke und Ingo Egloff immer wieder Thema gewesen –,

(Michael Neumann)

wir wüssten nicht, was unter Kreativwirtschaft zu verstehen ist. Ich habe mittlerweile verstanden, was die CDU unter Kreativwirtschaft versteht, offensichtlich finanzpolitische Trickereien. Das ist Ihre Kreativität, aber das ist gewiss nicht das, was sich Grüne darunter vorgestellt haben.

(Beifall bei der SPD)

Der Höhepunkt ist allerdings, und das haben wir heute hier auch zwei- oder dreimal gehört, dass Sie auch noch gesagt haben – Zitat –:

"Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt."

(Viviane Spethmann CDU: Was haben Sie denn für Vorschläge?)

Ein Satz, der vielen Menschen unserer Stadt wie Hohn in den Ohren klingen muss, denn die Frage ist doch, wer hat denn in unserer Stadt wirklich über seine Verhältnisse gelebt. Ich habe mir ein paar Zahlen angeschaut. Nehmen wir den Bereich einer Ihrer Nachfolger, Herrn Ahlhaus, Innere Sicherheit. Sie haben vier von 28 Polizeikommissariaten dichtgemacht. Wir haben nach Aussagen des Senats – das sind die Zahlen, die Herr Dressel abgefragt hat – heute 150 Polizistinnen und Polizisten weniger auf der Straße als noch im Jahre 2001.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Schlichtweg falsch!)

Finden Sie ernsthaft, dass wir bei der Sicherheitslage und dem Sicherheitsempfinden der Menschen in U- und S-Bahnen da über unsere Verhältnisse leben, 150 Polizisten weniger als unter Rot-Grün? Ich finde nicht, im Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns den Bereich der Kindertagesstätten an. Hamburg ist aus dem Tarifvertrag für die Kitas ausgestiegen. Das heißt, die gut 9000 Erzieherinnen und Erzieher in unseren Kindertagesstätten werden deutlich schlechter bezahlt, als es der ohnehin schon nicht üppige Kita-Tarif eigentlich vorsieht. Leben diese Erzieherinnen und Erzieher über ihre Verhältnisse? Auch da ist genau das Gegenteil der Fall und es wird für uns zunehmend unerträglich, dass Sie zwar auf der einen Seite immer wieder die Bedeutung von Bildung beschwören, manchmal auch garniert mit dem Hinweis frühkindliche Bildung – heute haben Sie es vergessen –, aber gleichzeitig die Erzieherinnen und Erzieher unserer Stadt so mies bezahlen. Das ist unanständig.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Schauen wir uns an, was im Bereich der Schulen passiert ist. Bevor wir die erfolgreichen gemeinsamen Verhandlungen zur Primarschulreform geführt haben, war festzuhalten, dass 80 Lehrerinnen und Lehrer weniger in den Schulen beschäftigt sind als

noch im Jahre 2001. Auch hier finde ich nicht, dass wir über unsere Verhältnisse leben.

Ich kann Ihnen aber sagen, wo Sie über Ihre und über unsere gemeinsamen Verhältnisse gelebt haben und leben. Das ist nur eine kleine Auswahl und das müssen Sie ertragen: Das ist der Bau der Elbphilharmonie mittlerweile mit 323,5 Millionen Euro, der geplante Bau der Hafen-City Universität mit 67 Millionen Euro, der Neubau der Baubehörde mit 200 Millionen Euro oder die Kostenexplosion beim Messeneubau mit 50 Millionen Euro. Wir sind uns einig und das ist eine richtige Entscheidung, dass der Umzug der Universität endlich vom Tisch ist, aber damals planten Sie 2,5 Milliarden Euro. Sie verschenken unsere Krankenhäuser

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Für die Sie keine Rücklagen gebildet haben!)

und dabei vergessen Sie, dass die Pensionsbelastung komplett bei uns geblieben ist, alleine in den nächsten drei Jahren sind das 120 Millionen Euro, auch für die Rückkehrerinnen und Rückkehrer. Der Bau der Sackgassen-U-Bahn U4 in die HafenCity: 323,6 Millionen Euro. Die Pferdestaffel unserer Polizei: einmalig 400 000 Euro und dann Betriebskosten von 200 000 Euro jährlich. Die Zockereien bei der HSH Nordbank: 2,2 Milliarden Euro Vermögensverlust. Anmieten von zigtausend Quadratmetern im Überseequartier: fast 4 Millionen Euro. Die Verzehnfachung von Pressesprechern und Wasserköpfen in der Verwaltung, die Doppelstrukturen insbesondere auch in den Vorzimmern der Senatorinnen und Senatoren: 170 Millionen Euro. Dann natürlich das Entscheidende: der unterirdische Schießstand unserer Polizei mit 30 Millionen Euro und – darüber werden wir heute noch diskutieren – für 8,5 Millionen Euro ein europäischer Werbefeldzug von Schwarz-Grün für die Umweltstadt.

Das ist nur eine kleine Auswahl, auch wenn es Ihnen wehtut, aber alleine diese Investitionen und Betriebsausgaben bringen es auf insgesamt 5,737 Milliarden Euro. Da haben Sie über die Verhältnisse unserer Stadt gelebt. Werfen Sie es nicht den Menschen vor. Sehen Sie ein, dass Sie selbst die Fehler gemacht haben, und nicht die Menschen dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und bei Elisabeth Baum DIE LINKE)

Deshalb ist es auch einfach, die Frage zu beantworten, wer in Hamburg über seine Verhältnisse gelebt hat. Das sind eben nicht die Menschen, die einen starken und handlungsfähigen Staat brauchen, sondern es sind Sie – insbesondere Sie, meine Damen und Herren von der CDU –, die sich Ihre Zustimmung zu dem grünen Koalitionsvertrag in großen Teilen mit Schulden erkaufen haben. Sie haben über unser aller Verhältnisse gelebt. Sie haben das Geld mit vollen Händen aus dem Fenster

(Michael Neumann)

geworfen und Sie sind mit Volldampf in den Schuldenstaat marschiert. Das zeigt nur eines: Sie sind mit dieser Politik gescheitert, Sie sind am Ende.

(Beifall bei der SPD)

Herr von Beust, gestatten Sie mir auch noch ein persönliches Wort zu Ihnen.

(*Frank Schira CDU*: Um Gottes willen!)

Sie sitzen sage und schreibe seit 1978 in diesem Parlament. Da war ich acht Jahre alt und Sie waren hier schon Abgeordneter. Jetzt sitzen Sie fast zehn Jahre auf dem Stuhl des Ersten Bürgermeisters. Ich glaube, Sie haben kein Recht, den Menschen vorzuwerfen, sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt.

(*Frank Schira CDU*: Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Sie wussten immer, was in dieser Stadt passiert, Sie haben viele Entscheidungen in dieser Stadt mitgetragen und deswegen tragen Sie dafür auch die Verantwortung.

(*Rolf Harlinghausen CDU*: Gegenüber Ihrer Rede hat ein Plattfisch ein hohes Niveau!)

Sie nennen Beispiele und sagen, dass Taschenspielertricks vorgenommen worden seien. Wer hat denn entschieden, dass die SAGA die GWG kauft? Was war das denn anderes als ein Taschenspielertrick? Beim Sondervermögen Schulbau reden Sie von Transparenz. Für die 40 zusätzlichen Stellen, die Sie geschaffen haben, ist vielleicht Transparenz vorhanden, aber für den Rest nicht. Das sind genau die Taschenspielertricks, die Sie Ihren Vorgängerinnen und Vorgängern vorgeworfen haben. Und deshalb glaube ich, dass Sie sich in weiten Teilen exakt so verhalten haben, wie Sie es bei Ihrer Elitenschelte den Menschen in Hamburg vorgeworfen haben: vollmundige Reden gehalten, aber am Ende wie der Kaiser ohne Kleider dagestanden.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden nicht müde zu betonen, dass Sie mit Ihrer Aufgabe als Bürgermeister in Hamburg zufrieden seien. Ob das die Hamburgerinnen und Hamburger noch sind, wird sich zeigen. Auch bei den Vorschlägen, die Sie zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes gemacht haben, möchte ich einmal in Erinnerung rufen: Auch wenn der Bürgermeister es nicht wirklich ausstrahlt, aber er ist als Erster Bürgermeister einer von 16 Ministerpräsidenten dieser Republik. Als solcher sind Sie im Übrigen auch im Bundesvorstand der CDU. Auch dort ist es Ihre Aufgabe, die Interessen unserer Stadt und die Interessen der Menschen in Hamburg zu vertreten. Deshalb frage ich Sie, was Sie denn getan haben, um die verrückte und aus meiner Sicht asoziale Steuerpolitik der Bundesregierung zu stoppen. Was haben Sie getan, um das Steuerprivileg für

Hoteliers zu verhindern, das Sie heute beklagen und das uns, wie Sie sagen, einen dreistelligen Millionenbetrag kosten wird? Was haben Sie getan, um die Kompensation für das Wirtschaftswachstumsbeschleunigungsgesetz für die Länder herauszuholen? Selbst Peter Harry Carstensen – man kann ihn nicht gerade als Avantgardisten der Politik beschreiben – hat mehr für sein Land Schleswig-Holstein herausgeholt als Sie. Sie haben entweder nicht stattgefunden oder Sie sind gar nicht erst zu dem Termin hingegangen. Sie haben im Bundesvorstand der CDU den Quatsch, der dort beschlossen wurde, nicht verhindert. Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt andere Beispiele.

(*Rolf Harlinghausen CDU*: Jetzt weiß ich auch, warum Sie in der Opposition sitzen!)

Wir fordern doch nicht, dass dieser Bürgermeister zum Einzelkämpfer mutiert, das will ihm keiner zumuten. Aber wir haben Herrn Müller, den Ministerpräsidenten aus dem Saarland, der unter anderem auch mit den Grünen koalitiert. Er macht Vorschläge, die aus meiner Sicht sehr sinnvoll sind. Selbst der Wirtschaftsrat der CDU fordert zumindest eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Sie haben heute immerhin auch begonnen, sich in diesem Bereich zu bewegen. Die Frage ist nur, was von dem geschehen wird, das Sie hier angekündigt haben. Sie werden jedenfalls unsere Unterstützung bei der Erhöhung des Spitzensteuersatzes haben – wobei die Durchschlagkraft der SPD-Fraktion im Bundesvorstand der CDU wahrscheinlich gering ist –, denn es ist eine richtige und notwendige Maßnahme, auch wenn Sie, das ist heute deutlich geworden, über Jahre die Hamburgerinnen und Hamburger hinsichtlich der wirklichen Kassenlage systematisch hinters Licht geführt haben. Sie haben gemeinsam mit Herrn Freytag immer wieder das Märchen von dem angeblich aus eigener Kraft ausgeglichenen Haushalt erzählt. Heute wissen wir, das war ein Lügenmärchen, und das Schlimme ist, Sie wussten es, es war eine bewusste Entscheidung. Sie haben die Hamburgerinnen und Hamburger hinters Licht geführt.

(Beifall bei der SPD – *Farid Müller GAL*: Und was will die SPD?)

Es gibt im Grunde nur zwei Möglichkeiten. Entweder haben die Finanzsenatoren Ihnen hinterrücks die tatsächliche Finanzlage verheimlicht und haben Sie getäuscht oder aber Sie haben dieses wahrheitswidrige Theaterstück vom ausgeglichenen Haushalt mitinszeniert und mitgespielt. Beides ist Anlass genug nicht nur für die Rücktritte der Finanzsenatoren, sondern auch für die Frage, ob ein Hamburger Bürgermeister nach den Schauermärchen, die er uns hier über Jahre erzählt hat, nicht

(Michael Neumann)

Grund hätte, auch die persönliche Konsequenz zu ziehen.

(Beifall bei der SPD – *Viviane Spethmann CDU*: Was wollen Sie?)

Deshalb ist die zentrale Frage, ob man dem, was Sie hier vorgetragen haben, glauben kann und ob man Vertrauen in das setzen kann, was Sie gesagt haben, denn wir stehen vor unglaublichen Herausforderungen. Richtig ist, dass die Grundlage für das Meistern dieser Herausforderungen konsolidierte und stabile Finanzen sind. Aus unserer Sicht darf dabei nicht dort gekürzt werden, wo es um die Zukunftschance unserer Stadt geht, nämlich im Bereich der Arbeit, der Bildung, der Wissenschaft und der Zukunft unserer Kinder. Wenn ich die Vorschläge noch einmal Revue passieren lasse, die Sie heute angedeutet haben, dann sind sie in weiten Teilen ungewiss geblieben. Bei so vielen Millionen als Beitrag der öffentlichen Unternehmungen sehe ich schon wieder Mieterhöhungen bei der SAGA vor mir. Dann kommt das Zauberwort Effizienzsteigerung in der Verwaltung, das war auch eine der vielen Floskeln von Herrn Freytag. Effizienzsteigerung, intelligente Lösungen ist genau das, was uns über Jahre erzählt worden ist. Da bin ich sehr gespannt auf das, was es wirklich einmal bedeuten wird. Sie haben vom Spitzensteuersatz gesprochen, Sie haben von der Kooperation in Norddeutschland gesprochen und das Ganze wollen Sie bis zum Haushaltsplan-Entwurf im Herbst dieses Jahres hinbekommen. Da bin ich gespannt, das ist ein ambitioniertes Programm. Es sind vor allem aber jede Menge ungedeckte Schecks. Und nach den Erfahrungen, die wir, aber auch die Hamburgerinnen und Hamburger mit Ihnen gemacht haben, gibt es in dieser Stadt so gut wie niemanden mehr, der sich von Ihnen noch einen ungedeckten Scheck ausstellen lässt.

(Beifall bei der SPD)

Sollte es wirklich Vorschläge von Ihnen geben, die wir auch schwarz auf weiß in der Bürgerschaft haben, dann sage ich Ihnen die ernsthafte Prüfung zu. Ich sage Ihnen auch zu, dass es kein reflexartiges Ablehnen der Vorschläge geben wird,

(Zurufe von der CDU: Nein, nein!)

denn die Situation ist so, wie sie ist. Wir können sie nicht ändern. Sicherlich haben wir, das klingt vielleicht auch klug im Nachhinein, immer wieder darauf hingewiesen, das ist aber jetzt vorbei. Der Drops ist gelutscht, die Situation ist eingetreten und deshalb steht der Senat in der Verantwortung, jetzt seine Vorschläge zu unterbreiten. Meine sozialdemokratische Fraktion sagt Ihnen die ernsthafte Prüfung zu und dass es kein reflexartiges oppositionelles Ablehnen geben wird.

(*Frank Schira CDU*: Ach so!)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen, und das auch seit Jahren in der Opposition, für ein solides, stabiles und vor allem sozial ausgewogenes Finanzierungskonzept. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder Vorschläge im Parlament gemacht, wie der Haushalt auf Vordermann gebracht werden kann. Die wenigen Dinge, die Sie heute genannt haben, gehen auf unsere Vorschläge zurück. Das ist auch gut und richtig,

(Heiterkeit bei der CDU)

das zeigt aber auch, dass wir Sozialdemokraten zu unserer Verantwortung als Hamburger für Hamburg stehen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb möchte ich den einen oder anderen konkreten Punkt zu unseren Vorstellungen nennen, wie sich eine verlässliche und berechenbare Finanzpolitik aus unserer Sicht darstellt.

Das Erste ist, und daran hapert es noch, um auch wieder Vertrauen wachsen zu lassen, dass ein wirklich glaubwürdiger und transparenter Kassensturz her muss. Was Sie heute und über Wochen in den Zeitungen geäußert haben, hat noch nicht einmal den Anschein eines wirklich transparenten, nachvollziehbaren Kassensturzes und ohne den brauchen wir über Weiteres gar nicht zu reden.

(*Olaf Böttger CDU*: Geht's auch konkreter?)

Wir wollen Zahlen, wir wollen Fakten und dann werden wir uns daran auch beteiligen und unsere Verantwortung als Opposition wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite: Wir wollen politische Schwerpunktsetzung und unsere Schwerpunkte sind Kinder, Familien, Bildung und Arbeit. Wir wollen – das ist heute eingeräumt worden, da sind wir uns einig – den sofortigen Verzicht auf den Universitätsumzug.

(*Olaf Böttger CDU*: Das haben Sie doch heute schon gehört!)

Wenn ich aber höre, welche Gedanken Sie sich machen, was kreative Bilanzierung, Übertragung von Grundstücken und solche Dinge angeht, will ich nur einen Satz sagen: Schulden bleiben Schulden, egal, wo sie verbucht werden. Das ist ohnehin ein Teil Ihrer kreativen Buchführung, ganz viel aus dem Kernhaushalt herauszubuchen und in Sondervermögen zu übertragen. Deshalb wird auch da gelten: Transparenz. Wir werden das Spielchen Ihrer angeblichen Sondervermögen nicht weiter mitmachen.

(Beifall bei der SPD)

Weiterhin brauchen wir einen sofortigen Verzicht des Neubaus der Baubehörde. Wir brauchen die Streichung des HafenCity-Universitätsgebäudes. Wir wollen die verwaltende Verwaltung und vor allem die bestehenden Doppelstrukturen innerhalb

(Michael Neumann)

der Verwaltung reduzieren. Dort sehen wir ein Einsparvolumen von mehr als zweistelligen Millionenbeträgen. Wir wollen auch gemeinsam mit Ihnen die Initiative zur Einführung des Mindestlohns und der Vermögensteuer auf den Weg bringen. Wir wollen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, so wie sie der Wirtschaftsrat und auch Herr von Beust heute eingeräumt hat. Und wir wollen über die Möglichkeit reden, einen erhöhten Mehrwertsteuersatz auf Luxusgüter einzuführen, wie Ministerpräsident Müller aus dem Saarland es gefordert hat.

(Beifall bei *Thomas Böwer SPD*)

Diese Vorschläge summieren sich über den Damm auf gut 2,77 Milliarden Euro an Investitionskürzungen und gleichzeitig gut 500 Millionen Euro an dauerhaften Hamburger Einnahmeverbesserungen, die aber vor allen Dingen – und das ist entscheidend – sozial gerecht sind und die Schere zwischen Arm und Reich in unserer Stadt nicht weiter öffnen.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Böttger CDU*: Das ist unerträglich!)

Herr von Beust, Sie sind heute meiner Ansicht nach der grundlegenden Frage nach Ihrer Bürgermeisterstrategie für ein gerechtes Hamburg wieder einmal ausgewichen. Sie haben Dinge angedeutet – beim Fußball hätte man vielleicht Körpertausch angedeutet –, aber Sie sind nicht auf den Punkt gekommen. Sie haben gesagt, es könne daran liegen, dass Sie zu wenig Zeit hatten, es vorzubereiten. Das sei Ihnen zugestanden, Sie sind erst seit neun Jahren im Amt. Wir wollen Ihnen bis zu den Haushaltsplänen im Herbst die Zeit geben, aber dann wird es zum Schwur kommen, ob das, was heute angekündigt wurde, auch wirklich erreicht wurde und ob es vor allen Dingen sozial ausgeglichen und gerecht zugeht, denn das ist der entscheidende Punkt.

Es geht um die Frage, wie wir auch in dieser Krise, in einer wirtschaftlich schwierigen Situation, Hamburg gerecht gestalten und dem werden wir uns als Opposition nicht entziehen. Wir werden Verantwortung dafür übernehmen.

(*Rolf Harlinghausen CDU*: Und das 40 Jahre lang!)

Wir haben Vorschläge gemacht und ich stelle Ihnen anheim, über diese Vorschläge nachzudenken. Wir bekennen uns auch als Opposition zu unserer Verantwortung für unsere Stadt. Wir stehen zu dieser Verantwortung und wir machen es uns nicht leicht und gehen in schwierigen Zeiten von Bord. Deshalb noch einmal: Nehmen Sie die Vorschläge an, insbesondere, was die Einnahmeverbesserungen angeht,

(Unruhe bei der CDU)

um das Gefühl in Hamburg entstehen zu lassen, dass es gerecht zugeht, alle betroffen sind und ins-

besondere diejenigen, die mehr tragen können, auch mehr beitragen werden. Das ist das zentrale Signal, das von Ihnen heute nicht ausgegangen ist, das aber die Sozialdemokratie in Hamburg ausstrahlt. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Schira.

Frank Schira CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was strahlt diese Rede aus, Herr Neumann? Gehässigkeit und Polemik strahlt sie aus. Auch wenn man mit Herrn Dr. Tschentscher unterschiedlicher Meinung sein kann, so bemüht er sich zumindest annähernd um Sachlichkeit. Aber wenn Sie von Verantwortung reden, dann hat man nicht das Gefühl, dass Sie sie auch tatsächlich wahrnehmen. Das ganz persönlich an Sie, Herr Neumann.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Der Bürgermeister hat in seiner Regierungserklärung sehr deutlich gesagt, wo in den nächsten zwei Jahren die zentralen Herausforderungen für Hamburg liegen. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende zur Überwindung der Finanzkrise und zur Sanierung unserer Finanzen tun. Es geht um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Deutschland hat in den vergangenen Jahren den stärksten wirtschaftlichen Einbruch seit Gründung der Bundesrepublik erlebt. Die Rahmenbedingungen für Politik haben sich auch in Hamburg grundlegend geändert, unser Gestaltungsspielraum ist erheblich eingeschränkt. Es scheint – das ist das Gefühl – wieder bergauf zu gehen; die Konjunkturprogramme und die Kurzarbeiterregelung haben einen dramatischen Einbruch am Arbeitsmarkt verhindert. Die Politik der krisenbedingten Ausgabenprogramme muss jetzt aber vorbei sein, die Finanzlage aller Gebietskörperschaften gibt es einfach nicht mehr her. Wir müssen in allen Bereichen sparen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Diese Riesensummen, mit denen wir Schlimmeres verhindert haben, müssen natürlich auch zurückgezahlt werden. Auch wenn die Statistik wieder ein leichtes Wachstum der Wirtschaftsleistung verkündet, so weiß doch niemand von uns – und da sind Sie nicht schlauer als wir –, wie die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung und damit die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren sein werden. Die Neuverschuldung erreicht zunächst leider bisher nicht gekannte Höhen. Die Finanzlage in ganz Deutschland, egal wer regiert, ist dramatisch.

Aber energisches Handeln gegen die Krise und gleichzeitig einen Haushalt ohne Neuverschuldung

(Frank Schira)

zu fordern, wäre völlig wirklichkeitsfremd. Gerade deswegen ist eine konsequente Sparpolitik jetzt ohne Alternative und dies tun wir, darum bemühen wir uns. Wir wissen, dass das noch nicht reicht, das sagte der Bürgermeister auch. Die Behörden werden in ihren Bereichen nach weiteren Möglichkeiten suchen und dies wird zum Teil schmerzhaft Einschnitte erfordern. Einsparungen sind immer unbequem, aber sie sind leider unausweichlich. Nicht kopfloses Handeln, sondern Besonnenheit und der Mut auch zu unpopulären Entscheidungen sind jetzt wichtig. Das haben wir bereits vor acht Jahren mit der ersten Runde bei den Jesteburger Beschlüssen getan und das gilt jetzt auch für die beschlossenen Sparmaßnahmen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Insbesondere in der Haushaltspolitik – das ist mit Händen zu greifen – wiederholen sich natürlich altbekannte Rituale: Sie greifen an, wir verteidigen. Sie müssten sich aber deutlich mehr Gedanken zu Alternativen, zu konkreten Vorschlägen machen, Herr Neumann. Und Sie, Herr Dr. Tschentscher, forderten in einer Zeitung

(Dr. Monika Schaal SPD: Er hat doch noch gar nichts gesagt!)

eine Begrenzung der Betriebsausgaben ohne Kahlschlag im Sozialbereich, aber das Ganze mit einer effizienten Kostenkontrolle. Das wollen wir eigentlich auch. Was steckt eigentlich in dieser konkreten Aussage? Diese Forderung ist gleichwohl wässrig und entzieht sich jeglicher Logik. In einer anderen Zeitung ist zu lesen, dass Ihr haushaltspolitischer Sprecher die Luxusinvestitionen streichen will. Aber, Herr Dr. Tschentscher – ich weiß jetzt nicht wo er ist –, wenn Sie in den letzten Tagen dem Finanzsenator richtig zugehört hätten, dann hätten Sie festgestellt, dass es damit keinesfalls getan ist. Die von Ihnen geforderte strenge Ausgabendisziplin unterstützen wir.

Herr Neumann ließ sich vor einiger Zeit mit den Worten in einer Zeitung zitieren, in diesen Zeiten müsse alles wegsparbar sein.

(Michael Neumann SPD: In welcher Zeitung war das denn?)

Gleichzeitig werden aber von den Fachpolitikern in nahezu allen Bereichen Mehrausgaben gefordert.

(Michael Neumann SPD: Das zeigen Sie mir mal bitte!)

– Herr Neumann, das will ich Ihnen gerne sagen.

(Michael Neumann SPD: Da lesen wir ganz unterschiedliche Zeitungen!)

Ich nenne jetzt einmal die Forderungen, die gerade aus Ihrer Fraktion in der letzten Zeit gekommen sind: Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus für rund 49 Millionen Euro, Einrichtung eines Notfallfonds für mittelständische Betriebe 30 Millio-

nen Euro, die Fortführung des Sofortprogramms "Ausbildung sicherstellen" 24 Millionen Euro, ein Fonds zur Förderung kleinteiliger Quartiersprojekte für 17 Millionen Euro. Das hört sich meines Erachtens nicht nach Ausgabendisziplin an. Allein diese vier Punkte einer sehr langen sozialdemokratischen Liste

(Michael Neumann SPD: Lassen Sie uns doch mal machen!)

kosten 120 Millionen Euro mehr. Das ist keine Haushaltsdisziplin.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Herr Neumann, nicht alles, aber einiges würden wir auch gerne unterstützen, es geht aber nicht, weil das Geld nicht da ist. Mehrausgaben sind nicht mehr finanzierbar.

(Michael Neumann SPD: Das ist die Rede von heute Vormittag von Carstensen!)

Das wissen Sie eigentlich ganz genau und das wissen ganz besonders auch die Menschen in dieser Stadt. Natürlich kann man als Opposition ohne Regierungsverantwortung mit den Problemen anders umgehen als die Regierungsfaktionen, denn wir tragen die Verantwortung, Sie und Ihre Fraktion wirken mit solchen Forderungen nur verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren! Wir brauchen natürlich einen Wettbewerb, Ideen und Vorschläge, wie wir unseren Haushalt entlasten können und wir müssen bei diesen Vorschlägen ehrlich sein. Es hilft uns überhaupt nicht, wenn zum Beispiel Herr Dr. Tschentscher einige Investitionen zur Streichung vorschlägt. Wir brauchen eine ungeheuer große strukturelle Entlastung bei den laufenden Ausgaben und strukturell heißt jährlich wiederkehrend. Das hat der Bürgermeister gesagt und das wissen Sie eigentlich auch ganz gut. Es ist leider so, dass dafür unpopuläre Entscheidungen notwendig sind. Wir müssen den Bürgern Hamburgs offen sagen, dass es nicht anders geht. Die Stadt kann viele Leistungen im bisherigen Umfang nicht mehr erbringen.

Ich kann verstehen, dass Sie als Opposition diese Entscheidung nicht mittragen wollen. Aber wir wurden gewählt, um Verantwortung zu übernehmen. Das haben wir vor der Wahl versprochen und zu Recht erwarten die Wähler von uns, dass wir Hamburg führen. Das gilt ganz besonders in dieser schwierigen Zeit. CDU und GAL stellen sich dieser Verantwortung.

Hamburg war vor der Krise gut aufgestellt. Schon 2002 haben wir erhebliche Sparanstrengungen unternommen. Für alle politischen Beobachter ist das Wort Jesteburg fast ein Synonym für Sparen im Hamburger Haushalt.

(Frank Schira)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ja eine Lachnummer!)

Und jetzt ist es für uns von großem Vorteil, dass wir vor acht Jahren mit diesen Beschlüssen auf konsequente Haushaltssanierung gesetzt haben. Sonst befänden wir uns in einer vielleicht noch dramatischeren Lage als unser nördlicher Nachbar Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Hamburg ist, wie alle anderen Bundesländer, von der Wirtschafts- und Finanzkrise und ihren Folgen betroffen. Wir müssen uns aber nicht verstecken. Unsere Wirtschaft besitzt zum Glück eine große und solide Basis. Wir sind nicht wie andere Bundesländer, Städte und Regionen von einzelnen Großunternehmen abhängig. Hamburg hat die globale Wirtschafts- und Finanzkrise bisher gut bewältigt. Mit dem Konjunkturprogramm des Senats und des Bundes wurden über 550 Milliarden Euro für Aufschwung und Beschäftigung in unserer Stadt bereitgestellt. Die Wiederbelebung der Wirtschaft kommt auch auf dem Hamburger Arbeitsmarkt an. Die Betreuungsquote im Kindergarten haben wir von 81 Prozent im Jahr 2002 auf über 94 Prozent erhöht.

Meine Damen und Herren! Um zu sichern, was wir für Hamburg bisher erreicht haben, müssen wir jetzt gemeinsam den Weg der Konsolidierung beschreiten. Die Wirklichkeit sieht aber heute so aus, dass wir von drei Seiten unter erheblichen Druck gekommen sind. Auf der einen Seite drücken uns hohe Beträge, die wir gegen die Weltwirtschaftskrise aufwenden mussten und müssen. Zweitens liegen die Steuereinnahmen erheblich niedriger, als wir es zu Beginn der Wahlperiode erwartet haben und drittens zwingt uns die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse in einigen Jahren zu einem vollständigen Verzicht auf neue Kredite. Wenn wir also Hamburg als funktionsfähiges Gemeinwesen erhalten wollen, müssen wir den Weg gehen, der uns Gestaltungsoptionen zurückgibt, der uns wieder handlungsfähig macht. Das wird nicht einfach sein, aber dazu gibt es keine Alternative, wenn wir Hamburgs Zukunftsfähigkeit erhalten wollen.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der jeder seinen Beitrag leisten muss. Wir, das Parlament, die Abgeordneten und der Senat sind selbstverständlich als erste angesprochen. Wir müssen und werden mit gutem Beispiel vorangehen. Wir können und müssen gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Stadt weiter an der Spitze liegt. Es ist nicht leicht in diesen Tagen, sich dieser Verantwortung zu stellen, insbesondere als Christdemokrat kann man das wirklich einmal sagen. Wir sind aber alle aufgerufen, Herr Neumann, jenseits des Parteistreits diese Aufgabe zu leisten. Es geht hier nicht um Parteilichkeit, es geht um die Zukunft unserer Stadt.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und meine Herren! In Zeiten der schlimmsten Weltwirtschafts- und Finanzkrise seit Jahrzehnten geraten die öffentlichen Haushalte der Staaten und ganze Länder ins Wanken. Griechenland stand kurz vor dem Staatsbankrott, weitere Länder drohen in die gleiche Situation zu geraten. Enorme Milliardenbeträge zur Rettung des Bankensystems, zur Rettung dieser Länder, zur Rettung des Euros und auch zur Rettung der Konjunktur waren nötig, um einen Absturz der Wirtschaft wie in den Dreißigerjahren des letzten Jahrhunderts zu verhindern mit all den gesellschaftlichen Verwerfungen und all dem Elend als Resultat. Die Folgen treffen auch Hamburg.

In einer solchen Situation kommt ein Oppositionsführer der SPD in der Hamburgischen Bürgerschaft an dieses Rednerpult und redet über die Situation der öffentlichen Finanzen dieser Stadt. Und die Weltwirtschaftskrise, die Finanzkrise, die alle Länder dieser Welt im Moment umtreibt, wird mit keinem einzigen Wort erwähnt. Die Schuld wird einzig und allein diesem Senat angelastet; so viel zu Klarheit und Wahrheit des Anspruchs, den Sie hier eingeführt haben, Herr Neumann.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dann werfen Sie diesem Senat vor, für die höchste Schuldenaufnahme verantwortlich zu sein, die es jemals gegeben hat. Das trifft ebenso auf den Bundesfinanzminister der Großen Koalition, Peer Steinbrück von der SPD zu, der die jemals höchsten Schulden in diesem Land gemacht hat. Ich werfe ihm das nicht vor. Die Große Koalition hat die Verantwortung dafür übernommen, Schaden von den Arbeitsplätzen, dem Wohlstand und der Zukunft der Menschen in diesem Land abzuwenden, genauso wie es der schwarz-grüne Senat getan hat. Es waren Milliarden zusätzlicher Schulden notwendig, das werfe ich Herrn Steinbrück nicht vor. Sie, Herr Neumann, tun das aber bei dem ehemaligen Finanzsenator des schwarz-grünen Senats und bemerken noch nicht einmal, was für ein Zeugnis Sie Ihrem eigenen Parteifreund ausstellen. Das zeigt, dass Sie zwar keine Rücksicht, dafür aber Verluste in Kauf nehmen, um billige Punkte zu erzielen. So viel zum Vertrauen, das die SPD in dieser Stadt erwecken will.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Eglhoff SPD: Sagen Sie doch mal was zum Hamburger Haushalt!)

Dann werfen Sie dem Senat vor, in Zeiten sprudelnder Steuerquellen die zusätzlichen Steuerein-

(Jens Kerstan)

nahmen zum Fenster hinausgeworfen und die Ausgaben gesteigert zu haben. Ich kann mich an all diese Entscheidungen sehr gut erinnern. Bei den wesentlichen Ausgabensteigerungen der letzten Jahre im Betriebshaushalt hat die SPD in allen entscheidenden Punkten entweder zugestimmt oder selber Forderungen aufgestellt, die diese Kosten in die Höhe getrieben haben. Bei ein paar Punkten – da haben Sie Recht – haben Sie nicht zugestimmt und wissen Sie auch, warum? Weil Sie uns vorgeworfen haben, dass wir den Betriebshaushalt nicht noch weiter ausweiten, das sei alles nicht genug. Das ist die Wahrheit und wenn Sie dann sagen, es sei einzig und allein die Schuld dieses Senats, dann zeigt das einfach nur akuten Gedächtnisschwund

(Michael Neumann SPD: Auch nicht zugehört!)

oder Flucht aus der Verantwortung für das eigene Handeln.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Regen Sie sich nicht so auf, das tut Ihrer Stimme nicht gut!)

Eine solche Haltung ist bedauerlich, denn inmitten einer großen Krise, vielleicht der größten Krise seit vielen Jahren, tut Wahrheit wirklich not, hat sich doch in dieser Krise gezeigt, welche wichtige Rolle der Staat nicht nur in diesem Land, sondern auch in der Weltwirtschaft zu spielen hat. In einer Zeit, wo verantwortungslose Spekulation im Finanzwesen ganze Staaten, ganze Wirtschaften an den Rand des Abgrundes gebracht und Auskommen und Zukunft von Millionen von Menschen bedroht hat, war es der Staat als Retter der letzten Instanz, der das Schlimmste verhindert hat.

(Ingo Egloff SPD: Hat er doch gar nicht!)

Dieser Staat, in Hamburg, in Deutschland, aber auch international, hat durch enorme finanzielle Verpflichtungen Unheil abgewendet. In dieser Situation muss man aber auch sagen, dass er damit an den Rand seiner finanziellen Möglichkeiten gegangen ist und vielleicht sogar darüber hinaus. Das zwingt zu Ehrlichkeit, denn angesichts dieser Situation ist doch klar, dass jetzt auch die internationale Staatenwelt nicht die finanziellen Mittel hätte, um einen weiteren Flächenbrand, wie wir ihn nach der Lehman-Krise im Jahr 2008 erlebt haben, wirksam zu bekämpfen.

Deshalb ist es in dieser Zeit eine zwingende Notwendigkeit, den Staat wieder handlungsfähig zu machen, auch finanziell handlungsfähig, und das bedeutet, dass wir uns alle fragen müssen, was der Staat in dieser Situation noch machen kann, was er noch machen sollte und worauf er verzichten müsste, um diese notwendige Funktion des Staates noch erfüllen zu können. Herr Neumann, da hilft der billige Populismus, den Sie an den Tag gelegt haben, leider nicht weiter. Die SPD als Op-

positionspartei fällt anscheinend für diese wichtige Debatte komplett aus; das ist bedauerlich.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn man sich die finanzielle Situation dieser Stadt einmal ehrlich ansieht, dann ist immer die erste Reaktion – und das war auch bei Ihnen der Fall, Herr Neumann –, auf Investitionen zu verzichten; eine Antwort, die an der Oberfläche bleibt.

(Michael Neumann SPD: Bei Ihnen doch auch!)

Es ist doch überhaupt nicht wahr, dass wir in den letzten Jahrzehnten zu viel investiert haben. Das Gegenteil ist richtig. Unsere Schulen sind verrottet, wir haben in diesem Winter erlebt, dass das Straßennetz in einem beklagenswerten Zustand ist. Die Universitäten sind von Sanierungen freigehalten worden und auch viele Infrastrukturprojekte sind nicht ausfinanziert. Wer in dieser Situation sagt, wir hätten zu viel investiert und man müsste jetzt einfach nur ein paar Investitionen streichen, um den Haushalt zu sanieren, der hat noch gar nicht begriffen, was der Ernst der Lage ist und worum es eigentlich bei dieser Debatte gehen muss.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das Bittere, was wir uns jetzt eingestehen müssen, ist schlichtweg und ergreifend, dass die laufenden Einnahmen aus den Steuereinnahmen nicht reichen, um die laufenden staatlichen Leistungen und den öffentlichen Dienst, der dafür notwendig ist, zu finanzieren. Vor diesem Problem stehen wir und nicht vor dem Problem der Investitionen. Und man muss sich ansehen, was jetzt aus dieser Situation folgt.

Es mag sein, dass wir in manchen Bereichen über die Verhältnisse gelebt haben, es ist doch aber auch so – und da sind die Befürworter aus dem öffentlichen Dienst sicher an meiner Seite –, dass es so viele Sachen, die wir nicht mehr machen müssten, im öffentlichen Dienst gar nicht gibt. Auf Bundesebene fällt mir eigentlich nur noch das Betreuungsgeld ein, Geld für Familien, bei denen keine Bedürftigkeit vorhanden ist,

(Beifall bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

die einfach nur sagen, sie brauchen zusätzliches Geld vom Staat, weil die anderen es auch bekommen. Das brauchen wir nicht, aber das ist nicht das Problem.

Der Staat heutzutage muss viele zusätzliche Aufgaben lösen, die in der Vergangenheit nicht gelöst werden mussten. Wir haben die Situation, dass viele Familien in dieser Stadt nicht mehr in der Lage sind, ihre Kinder nicht verelenden zu lassen und auch Nachbarschaften nicht verhindern, dass Kinder teilweise elendig zu Tode kommen. Dort muss der Staat mit vielen Mitteln eingreifen, was

(Jens Kerstan)

auch richtig ist. Natürlich wird der Staat im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie viel stärker in Anspruch genommen als das noch vor 20, 30 Jahren der Fall war. Aber all diese zusätzlichen Aufgaben sind nicht mit zusätzlichen Einnahmen verbunden. Wir haben sogar eine Debatte in dieser Stadt, bei der man schon fast den Eindruck gewinnen könnte, staatliche Leistungen seien nur dann richtig und gut, wenn sie umsonst sind, als ob solche staatlichen Maßnahmen nicht auch ihren Preis hätten, den die Bürgerinnen und Bürger bereit sein müssen zu bezahlen.

(Wolfgang Rose SPD: Fragt sich nur, welcher!)

Es gibt auch ideologische Verblendungen. Wenn ich mir die Bundesregierung anschau und dort eine kleine Partei an der Regierung sehe, die unabhängig davon, was in dieser Welt gerade los ist, nur ein einziges Ziel hat, das Goldene Kalb, um das sie tanzt, nämlich Steuern zu senken, dann ist natürlich auch das ein Problem. In einer Situation, in der der Staat immer mehr machen muss und auch soll, ist ein weiteres Abschmelzen der Steuereinnahmen der falsche Weg und führt dazu, diesen Staat zu demontieren, was nicht richtig ist. Auch hier braucht es eine Umkehr, das muss einmal ganz deutlich gesagt werden.

(Ingo Egloff SPD: Das haben wir nie bestritten!)

Aber wenn man sich in dieser Situation befindet, dann muss man sich – auch wir Politiker, auch die Verwaltung – ehrlich fragen, ob wir angesichts dieser zusätzlichen Aufgaben richtig aufgestellt sind. Wenn man die notwendigen Dienstleistungen nicht mehr bezahlen kann, bei denen wir uns alle einig sind, dass sie der Staat erbringen muss, die Mittel im Moment aber begrenzt sind, dann muss man sich schlichtweg und ergreifend die Frage stellen, ob es der richtige Weg ist, Dienstleistungen einzuschränken.

Dieser Senat glaubt, dass das nicht richtig ist, sondern dass der richtige Weg ist zu überprüfen, ob die Verwaltung richtig aufgestellt ist, ob es nicht viel wichtiger ist, die Dienstleistungen zu erbringen anstatt vor Ort an vielerlei Stellen die gleichen Verwaltungsbeamten vorzuhalten und man das nicht in manchen Punkten zentral erledigen kann. Diese Frage ist nicht einfach und erfordert viel Ehrlichkeit von uns, auch von den Parteien. Ist das, was wir in der Vergangenheit nie antasten wollten, eigentlich im Sinne der Bevölkerung? Wir werden in diesem Bereich viele Debatten führen und darum bin ich vorhin auch Herrn Neumann gegenüber scharf geworden, der im Moment nicht im Raum ist.

(Michael Neumann SPD: Doch, ich höre zu!)

Wir haben gemeinsam beschlossen, trotz Krise mehr Geld in den Bereichen Kinderbetreuung und Schule auszugeben. Wenn wir das gemeinsam ge-

tan haben, dann würde es uns auch gut anstehen, über die Folgen dieses Tuns nachzudenken und darüber, welcher Beitrag aufseiten der Politik und der Verwaltung notwendig ist, um diese zusätzlichen Aufgaben zu erbringen. Ohne einen solchen Beitrag werden wir nicht die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger in der Stadt für notwendige Maßnahmen erringen. Darum würde ich mich freuen, wenn Sie diese Haltung anlässlich einer Regierungserklärung des Bürgermeisters bei den harten und schwierigen Aufgaben in den nächsten Monaten ablegen und eine Debatte darüber führen würden, was dieser Staat leisten kann, was er leisten soll und was vielleicht im Moment nicht mehr notwendig ist.

Lassen Sie mich einmal sagen, warum wir zuerst diese Debatte führen müssen. Als einfachste Schritte anlässlich knapper öffentlicher Kassen akzeptiert man die zusätzlichen Ausgaben, macht einen Einstellungsstopp und Nullrunden im öffentlichen Dienst. Der öffentliche Dienst muss dann dafür bezahlen und an die Strukturen geht man nicht heran, die bleiben so wie sie sind – die Bediensteten des öffentlichen Dienstes, die dort gute Arbeit machen, mussten in der Vergangenheit einen sehr großen Beitrag leisten –, anstatt einmal darüber nachzudenken, ob denn reale Aufgaben wirklich noch notwendig sind.

Darum bin ich froh, dass wir diesen einfachen Weg nicht gehen, sondern erst eine Aufgabenkritik durchführen

(Wolfgang Rose SPD: Ah, von Aufgabenkritik haben wir noch nichts gesehen!)

und dann darüber nachdenken werden, an welchen Stellen man Einnahmen verbessern kann. Das ist ein ehrlicher und notwendiger Ansatz, um diese Krise zu bewältigen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber am Ende des Tages werden wir vielleicht angesichts dieser gigantischen Aufgabe – es lässt sich gar nicht leugnen, 500 Millionen in einem Jahr, aufwachsend auf eine Milliarde – in eine Situation kommen, wo man bei aller Aufgabenkritik, bei aller Effizienzsteigerung feststellen muss, dass wir bei den schwierigen und harten Belastungen nicht darum herumkommen, dem öffentlichen Dienst auch etwas aufzuerlegen. Ich weiß sehr genau, dass das Weihnachtsgeld gerade in den unteren Besoldungsgruppen ein wichtiger Bestandteil ist. Es gibt einige Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die mittlerweile sogar einen zweiten Job annehmen, um ihre Familie durchzubringen; das wissen wir. Um nicht noch schärfer einschneiden und vielleicht an Maßnahmen herangehen zu müssen, die notwendige Dienstleistungen

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

(Jens Kerstan)

für die Bürgerinnen und Bürger sind, werden wir irgendwann an den Punkt kommen, wo es auch um Einnahmeverbesserung geht.

Und da bin ich froh über die Worte des Bürgermeisters – auch von der Seite unseres Koalitionspartners –, dass dann Gedanken über Einnahmeverbesserungen nicht tabu sein dürfen und, was wir bisher immer versucht haben zu erreichen, starke Schultern mehr tragen müssen. Diesen Punkt vernachlässigt die Bundesregierung zurzeit sträflich und darum werden wir im Bereich Spitzensteuer und Reichensteuer mit Sicherheit einen konstruktiven Beitrag leisten. Selbst wenn es zu einer Debatte um die Anpassung der ermäßigten Mehrwertsteuersätze oder die Streichung von Subventionen, die ökologisch schädlich sind, kommen sollte, bin ich mir sicher, dass dieser Senat eine konstruktive Rolle im Bundesrat spielen wird.

Das ist eine wichtige Botschaft, wenn es darum geht, dem öffentlichen Dienst, aber auch den Bürgern einiges zuzumuten, denn letztendlich ist der Staat zu wichtig für zu viele Menschen in dieser Stadt, als dass man ihn so unterfinanziert lassen kann, was bisher ein Teil unserer Probleme war.

Meine Damen und Herren! Insofern will ich dem Bürgermeister aber auch in einer Sache zustimmen.

(Zurufe: In einer Sache!)

– In der einen entscheidenden Sache.

Bei den vor uns liegenden schwierigen Aufgaben haben wir in Hamburg gute Voraussetzungen, dieses zu bewältigen, da wir in manchen anderen umkämpften Bereichen – und dafür bin ich auch sehr dankbar – die Kraft gefunden haben, gemeinsam zu agieren, nämlich im Bereich Bildung angesichts einer schwierigen Situation.

Ich würde mich freuen, wenn es mit Ihnen gelingen würde, die notwendigen Debatten darüber zu führen, wofür der Staat da ist, was wir tun können und was er dafür braucht. Aber man muss auch den Bürgerinnen und Bürgern sagen, dass alles seinen Preis hat und sie dafür auch mit höheren Steuern zahlen müssten. Wenn wir diese Debatte gemeinsam führen und dies konstruktiv tun, hat diese Stadt eine bessere Chance, aus der Krise herauszukommen, als viele andere in diesem Land. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach vielen Rauchzeichen aus der Senatsklausur in den öffentlichen Blättern wurde uns heute eine Regierungserklärung angekündigt, die es in sich haben wird. Diesem An-

spruch, Herr Bürgermeister, sind Sie nicht gerecht geworden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Darüber hinaus müssen wir von der LINKEN bemängeln, dass von dem parlamentarischen Brauch abgewichen wurde, den Inhalt den Fraktionen, insbesondere den Oppositionsfraktionen, zur Verfügung zu stellen. Das halten wir für unhanseatisch. Und mein Fraktionskollege Norbert Hackbusch würde sagen, das gehört sich nicht, und das finde ich auch.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben heute kein Ergebnis für ein Sparkonzept des Senats erhalten, wir haben erste grobe Umrissse und vage Vorschläge vom Bürgermeister gehört. Das Zauberwort, darauf hat Herr Neumann schon hingewiesen, ist das Wort Effizienz. Und mit Effizienz sollen in öffentlichen Unternehmen und in der Verwaltung 150 Millionen Euro eingespart werden. Wie das konkret passiert, haben Sie uns leider nicht verraten, aber das wäre wichtig gewesen. Wir haben letztendlich eine grobe Überschlagsrechnung in drei Blöcken bekommen. Wir von der LINKEN werden uns damit intensiv auseinandersetzen und das machen wir ebenfalls in einer Fraktionsklausur.

Vor 20 Tagen hat Ole von Beust in einem Zeitungsinterview gesagt, wir hätten in Hamburg jahrzehntelang über die Verhältnisse gelebt. Nun weiß ich nicht genau, wen Sie, Herr Bürgermeister, mit wir gemeint haben, Sie haben heute nur von Schulden gesprochen und Herr Neumann hat auch seine Interpretation dazu beigetragen. Ich möchte hinzufügen, dass auch die CDU-geführten Senate das Tafelsilber der Stadt verscherbelt haben, um weiter über ihre Verhältnisse leben zu können.

Ich habe gelesen, dass Herr Frigge, der Senator für Finanzen, in einer Zeitung sagte, es werde sogar überlegt, den HHLA-Anteil der Stadt weiter abzusenken auf 50,1 Prozent. Also geht es weiter so mit dem Leben über die Verhältnisse.

Fest steht aber, dass viele Hamburgerinnen und Hamburger, insbesondere viele Kinder in dieser Stadt, weit unter zumutbaren Verhältnissen leben müssen und das muss geändert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbstverständlich müssen die starken Schultern mehr tragen als die schwachen. Wir von der LINKEN werden uns damit auseinandersetzen und wir werden auch darüber diskutieren, welchen Beitrag der Regierungsapparat, die Abgeordneten und die Fraktionen leisten können. Das haben wir 2008 getan und das werden wir jetzt wieder tun. Dem verschließen wir uns nicht, da haben wir eine große Verantwortung.

(Dora Heyenn)

Wir begrüßen, dass der Bereich Bildung von den Kürzungen ausgenommen wird. Hamburg hat hier allerdings auch einen großen Nachholbedarf. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern steht Hamburg mit seinen Bildungsinvestitionen von 2,9 Prozent vom BIP seit Jahren an vorletzter Stelle im Vergleich zu anderen Ländern in der Bildungsreform. Die Bildungsreform, die jetzt angestoßen wurde und von der wir hoffen, dass sie umgesetzt werden kann, kann nur gelingen, wenn genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das hat der Senat vorgelegt und da hat er auch unsere volle Unterstützung. Das haben wir gestern im Schulausschuss gemeinsam mit der anderen Oppositionspartei noch einmal unterstützt.

Bei der Heraufsetzung der Kita-Gebühren hat der Senat allerdings nicht unsere Unterstützung. Wir möchten noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, auch frühkindliche Bildung ist Bildung und an Bildungsausgaben darf nicht gespart werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bürgermeister hat heute deutlich gemacht, ebenso Herr Kerstan, dass die Haushaltssituation sehr dramatisch ist, aber das kommt doch auch keineswegs überraschend. Herr Kerstan, Sie haben immer nur das Gemälde von der weltweiten Finanzkrise aufgezeigt, als sei das der einzige Grund dafür, dass wir heute über diese Thematik diskutieren müssen.

Man muss doch sehen, dass es im Grunde drei Punkte sind, die zu der heutigen Situation geführt haben. Das eine ist der fortgesetzte Wahnsinn der Steuersenkungen auf allen Ebenen in den letzten Jahrzehnten.

(Beifall bei der LINKEN)

Der zweite Punkt ist die Deregulierung des Arbeitsmarkts. Warum haben wir denn so wenige Steuereinnahmen – unter anderem auch, weil gerade hier in Hamburg extreme Dumpinglöhne gezahlt werden; das muss aufhören.

Der dritte Punkt ist die Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie haben darauf aufmerksam gemacht, dass sich das Problem so darstellt: Wie viele Aufgaben hat der Staat, welche Aufgaben kann er sich leisten und welche soll er sich leisten. Diese Frage hätten Sie als Regierung problematisieren und Ihren Standpunkt darstellen müssen. Aber sowohl der Bürgermeister als auch Sie haben nur Fragen gestellt, jedoch keine Antworten vorgeschlagen. Da müssen wir dann gemeinsam die Verantwortung übernehmen. Diese Diskussion muss geführt werden, weil der momentane Spielraum immer stärker eingeschränkt wird.

Vonseiten der schwarz-gelben Bundesregierung und auch vom schwarz-grünen Senat haben wir heute wieder gehört, dass der Gesamtumfang der Aufgaben im öffentlichen Dienst zur Disposition ge-

stellt wird. Es wird nur sehr vornehm umschrieben mit dem Begriff Effizienz. Das ist der falsche Weg und ein falscher Ansatz.

Was die Sparvorschläge, die heute in groben Umrissen vorgestellt wurden, für die Stadt insgesamt bedeuten, können wir heute überhaupt noch nicht abschätzen, weil es noch nicht nachvollziehbar und viel zu vage ist. Die, die am wenigsten Einkommen haben in dieser reichen Stadt, werden am stärksten belastet. Dies ist als Eindruck entstanden, das hat der Bürgermeister noch einmal bestätigt. Er hat darauf hingewiesen, dass diese Befürchtung in der Bevölkerung vorhanden ist und sie besteht auch nicht zu Unrecht. Ich möchte nur an diese Wahnsinnsidee der Bundesregierung erinnern, dass Hartz-IV-Bezieher, die Eltern werden, keinen Anspruch mehr auf Elterngeld erhalten sollen. Das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man das ganz stringent zu Ende denkt, muss man sagen, dass an diesem Punkt Kinder schon pränatal sozial benachteiligt werden.

Die Einkommensstarken und Reichen in dieser Stadt wollen Sie jetzt stärker beteiligen; das begrüßen wir sehr und auf dieses Signal haben wir lange gewartet. Es ist aber für uns erst einmal nur der Schritt in die richtige Richtung. Sie haben eben selbst gesagt, das sei noch lange nicht gegessen. Wir warten darauf, dass hier wirklich etwas in dieser Richtung passiert.

Was mich nicht überzeugt hat, sind die genannten Einsparungen im öffentlichen Dienst. Ich weiß nicht, wie man auf eine Einsparhöhe von 100 Millionen Euro kommt, wenn man beim Weihnachtsgeld einspart bis hin zur Gehaltsstufe A13, ab der es gar kein Weihnachtsgeld mehr gibt. Das müssen Sie uns noch einmal vorrechnen, aber Sie werden uns hoffentlich auch alle Zahlen zur Verfügung stellen.

Wir haben sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass Sie da einen Widerspruch zum Bürgermeister haben. Der Bürgermeister hat ganz klar gesagt, dass der Investitionshaushalt zurückgefahren werden müsse. Das haben wir auch immer wieder gefordert. Projekte wie die Elbphilharmonie haben sehr deutlich gezeigt, dass man, wenn man das nicht macht, letztendlich auch den Betriebshaushalt belastet und das geht nicht. Es sind einige Projekte genannt worden. In den Zeitungen kursierten viele Informationen über die HCU, die 66 Millionen Euro kosten soll. Wir haben heute nichts darüber gehört, ob sie auch auf der Streichliste steht. Wir müssen natürlich unbedingt wissen müssen, ob die Idee realistisch ist, die noch nicht gebaute, sondern nur geplante HCU auch tatsächlich an eine private Universität zu verkaufen. Hierzu brauchen wir Ihre Informationen, Sie müssen

(Dora Heyenn)

das Parlament umfassend informieren; das haben Sie heute von keiner Seite aus getan.

Es gibt auch Positionen, bei denen die Freie und Hansestadt Hamburg nicht sparen kann. Wir haben zum Beispiel die Vorschläge gehört, Museen zu schließen; auch dazu wurde heute nichts gesagt, aber die Vorschläge scheinen zu kursieren. Bei diesem Punkt können wir nicht mitgehen. Insbesondere kann nicht akzeptiert werden, dass ausgerechnet das Museum für Arbeit auf der Streichliste stehen soll.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Wir freuen uns auch, dass der Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst vom Tisch ist. Wir freuen uns, dass Ausbildungsplätze weiter im öffentlichen Dienst zur Verfügung gestellt werden und wir haben auch wohlwollend vernommen, dass junge Leute, die im öffentlichen Dienst ausgebildet werden, übernommen werden.

Ich habe mit Freude gehört, dass sich heute, fünf Tage vor Ablauf der Frist, der Senat dazu entschlossen hat, weder eine Vollverlagerung noch eine Teilverlagerung der Universität auf den Kleinen Grasbrook vorzunehmen. Diese Entscheidung war lange überfällig. Schade, dass die Stadt zwei Jahre mit einem solchen Gruselthema beschäftigt wurde und 1 Million Euro für ein Gutachten aus dem Fenster geworfen wurde, die man wirklich für etwas Besseres hätte verwenden können, zum Beispiel für die Erziehungswissenschaften in Hamburg.

(Beifall bei der LINKEN – *Jörn Frommann CDU*: Die Idee bleibt trotzdem gut!)

Wir begrüßen es, dass die Pläne der Gesamt- und Teilverlagerung beendet wurden. Vielleicht hat der neue Geschäftsführer des Bundes der Steuerzahler dies gemeint, als er davon sprach, dass in der dramatischen Haushaltslage der Hansestadt auch eine große Chance liege. Für DIE LINKE steht jedenfalls fest, dass die Universität in Eimsbüttel bleiben muss. Das haben wir immer gesagt, unabhängig davon, ob Geld in der Stadtkasse ist oder nicht. Wir freuen uns, dass Sie jetzt auch zu dieser Einsicht gekommen sind.

Aus unserer Sicht ist es politisch unverantwortlich, nicht alles zu unternehmen, um die Steuereinnahmen nachhaltig zu verbessern. Herr Kerstan hat eben sehr deutlich gesagt, das Problem sei, dass weniger Steuereinnahmen da seien, als von der Stadt an Ausgaben getätigt werden müsse. Dies ist das Grundproblem. Dann sagte der Bürgermeister, er möchte gern den Spitzensteuersatz und die Reichensteuer jeweils um 2 Prozent erhöhen, das wären 85 Millionen Euro pro Jahr für die Stadt. Das ist natürlich bei einem Defizit von 556 Millionen Euro viel zu wenig, hier muss viel mehr passieren. Selbst der Ex-Finanzsenator Michael Frey-

tag hat als Hauptgrund für die derzeitige dramatische Haushaltslage die wegbrechenden Steuereinnahmen genannt. Deshalb begrüßen wir es, dass an dieser Stelle etwas passiert.

Wir können jedoch nicht nachvollziehen, dass die Vorschläge aus der Opposition für einen besseren Steuervollzug offenkundig immer noch nicht aufgenommen wurden. Wir haben die Anträge mehrfach gestellt, CDU und GAL haben sie immer wieder abgelehnt und stets mit dem Argument, dies würde nur dreistellige Millionenbeträge für die Stadt bringen. Ich bitte Sie, dreistellige Millionenbeträge sind für Hamburg eine Menge Geld und darauf können wir überhaupt nicht verzichten, dies muss auf den Weg gebracht werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Für uns spielt bei dieser Frage die Steuergerechtigkeit eine ganz besondere Rolle. Der Steuerzahlerbund nennt dies politische Hygiene und meint damit eine Vermögensabgabe für die sehr hohen Einkommen, die er auf drei Jahre befristen will. Danach soll laut Steuerzahlerbund alles wieder unhygienisch werden; das unterstützen wir in keiner Weise. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen – das kann man jetzt auch überall hören –, dass kein Weg an einer Erhöhung der Steuereinnahmen vorbeiführt. Es führt auch auf keinen Fall ein Weg an der Erhebung der Vermögensteuer vorbeiführt. Täglich werden es mehr, die eine stärkere Beteiligung fordern, von Millionären über den Steuerzahlerbund bis hin zum christdemokratischen Lager. Wir würden uns freuen, wenn auch der Bürgermeister sich dort einreicht und hier europäische Normalität hineinbringt.

Der Landesverband der Grünen in Hamburg hat jetzt die Haushaltsdiskussion bereichert, indem auch hier eine Vermögensteuer gefordert wurde. Ohne Steuergerechtigkeit ist der soziale Frieden gefährdet, das weiß jeder. Unser Appell an die GAL-Fraktion: Wirken Sie auf Ihren Koalitionspartner ein und nehmen Sie den Bürgermeister ernst mit dem genannten Neuanfang. Sehen Sie zu, dass die CDU zur Vernunft kommt und setzen Sie sich für eine Bundesratsinitiative für eine Vermögensteuer ein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern vom Senat einen schnellen, ehrlichen Kassensturz und vor allem fordern wir eine uneingeschränkte Information, die es heute leider nicht gegeben hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Herr Finanzsenator.

Senator Carsten Frigge: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu der aktuellen Situation, vor

(Senator Carsten Frigge)

der wir stehen, ist schon beinahe alles gesagt worden. Aber es haben sich in diese Debatte doch einige Missverständnisse eingeschlichen und deswegen möchte ich gern noch einmal auf das eine oder andere eingehen.

Herr Neumann hat beispielsweise angesprochen, dass der Bürgermeister und der Senat keine Visionen haben. Ich glaube, es war ein bedeutender SPD-Politiker, Helmut Schmidt, der den berühmten Satz von den Visionen und dem Arzt geprägt hat.

(Michael Neumann SPD: Der hat, glaube ich, widerrufen!)

Es ist auch nicht die Zeit für Visionen. Wer jetzt glaubt, wir befänden uns in dieser Stadt in einer Situation, in der wir ein visionäres Füllhorn ausschütten könnten, der hat die Zeichen der Zeit in der Tat nicht erkannt.

Dann wurde gesagt, der Bürgermeister sei nicht tattendurstig. Ich glaube, dass der Senat und der Bürgermeister sich vorgenommen haben, 510 Millionen Euro strukturell einzusparen, ist mehr als tattendurstig.

Wir haben damals eine Situation vorgefunden, die in der Tat mit 18 Milliarden Euro Schulden keine einfache war. Wenn Sie darauf hinweisen, dass mit unserer Finanzplanung 78 Prozent Steigerung dieser Schulden einhergehen, dann möchte ich deutlich darauf hinweisen, dass wir in der Zeit von 1990 bis 2000, also unter SPD-geführten Senaten, eine Verdoppelung der damaligen Schulden erlebt haben. Es ist nicht nur diese Situation damals, sondern beides zusammen ist die Ursache dafür, dass wir jetzt vor diesem strukturellen Defizit stehen. Deswegen sagen wir, sagt der Bürgermeister, dass wir alle über unsere Verhältnisse gelebt haben. Wir sagen nicht, die Menschen in der Stadt haben über ihre Verhältnisse gelebt, sondern wir sagen, wir hatten über unsere Verhältnisse gelebt.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Genau!)

Und das bezieht diesen Senat genauso ein wie seine Vorgänger. Ich glaube nicht, dass wir weiterkommen, wenn wir uns dieser Verantwortung entziehen, sondern wir müssen uns ihr stellen und diese Verantwortung tragen wir gemeinsam.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Tatsache, einen ausgeglichenen Haushalt als Hinters-Licht-Führen zu bezeichnen, ist Augenwischerei. Ein ausgeglichener Haushalt ist ein ausgeglichener Haushalt. Wir haben uns strukturell mit der Frage beschäftigt, wie viel Vorsorge wir in einem solchen Haushalt treffen müssen, wenn wir ihn strukturell betrachtet hätten. Aber dass der Haushalt ausgeglichen war, da heißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die umfassende Information des Parlaments über die Sparvorschläge ist genau das, was kommen wird, aber wir haben es jetzt noch nicht. Und warum haben wir es noch nicht? Weil wir es uns in dieser Situation von 510 Millionen Euro strukturellen Defizits nicht leicht machen. Wir geben keine schnellen Antworten, weil wir in der Vergangenheit auch unter den vielen Vorgänger-Senaten gelernt haben, dass schnelle Antworten in der Regel nicht die richtigen sind. Was wir jetzt brauchen, sind gründliche Überlegungen und die Zeit für diese gründlichen Überlegungen nehmen wir uns.

Die Rahmenbedingungen dieser gründlichen Überlegungen haben wir dargestellt, der Bürgermeister hat es gesagt, wir werden 100 Millionen Euro von diesen 510 Millionen Euro strukturellem Defizit dadurch erreichen, dass wir die Verwaltungseffizienz steigern. Da höre ich nun von Herrn Neumann, das sei eine Floskel. Er selbst schlage dafür vor, die Doppelstrukturen in der Verwaltung zu reduzieren. Da würde ich gerne darauf hinweisen, dass der Unterschied zwischen diesen beiden Begriffen marginal ist, gemeinhin sind sie identisch.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Michael Neumann SPD: Das ist in der Sache kein Widerspruch!)

Wir haben 100 Millionen Euro aus dem Beitrag der Beschäftigten, indem wir das Weihnachtsgeld in einem sozial abgefederten Verfahren streichen und die unteren Einkommensstufen davon ausnehmen. Wir werden dafür auf Dinge wie eine Ausdehnung der Arbeitszeit, die in diesem Zusammenhang immer wieder gefordert wird, verzichten. Die 50 Millionen Euro der öffentlichen Unternehmen und die Quote von 260 Millionen Euro sind bereits genannt worden. Ich darf noch einmal zusammenfassen: 100 Millionen Euro Verwaltungseffizienz, 100 Millionen Euro als Beitrag der Beschäftigten, 50 Millionen Euro bei den öffentlichen Unternehmen und 260 Millionen Euro Quote ergeben zusammen 510 Millionen Euro. Das ist die Lücke, die es zu schließen gilt.

Wenn darüber hinaus davon gesprochen wird – und der Bürgermeister hat das getan –, dass wir uns darum bemühen wollen, Einnahmesteigerungen über den Bund, Steuererhöhungen in den Spitzenbereichen durchzusetzen, dann sind das Bemühungen, die darüber hinausgehen. Es soll eine additive Verbesserung der finanziellen Lage der Stadt geben und keine ungedeckten Schecks. Die Dinge, die wir tatsächlich vorhaben, haben wir klar benannt; ungedeckte Schecks gibt es nicht. Es gibt darüber hinaus weitere Aktivitäten, die wir ergreifen werden und die, wenn es uns gelingt, sie erfolgreich zu entfalten, den Handlungsspielraum der Freien und Hansestadt deutlich erhöhen werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

(Senator Carsten Frigge)

Von der SPD und auch von der LINKEN wurde gesagt, die heute konkret genannten Vorschläge gingen im Wesentlichen auf die SPD oder DIE LINKE zurück.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das hat keiner gesagt!)

Dazu kann ich nur sagen: Es freut mich, das zu hören, denn es heißt doch gemeinhin, der Erfolg hat viele Väter. Darum freue ich mich sehr, dass Sie die hier genannten konkreten Vorschläge als einen Erfolg ansehen. Sie sehen also selbst, dass wir die richtigen Dinge tun. Die Wahrheit ist, lieber Herr Neumann, dass sich kein Bürgermeister mit mehr Wahrheit den strukturellen Erfordernissen des Haushalts gestellt hat. Kein Bürgermeister hat hier mehr Tatkraft entfaltet und kein Bürgermeister hat mehr Mut zu unpopulären Entscheidungen an dieser Stelle bewiesen, zum Wohle unserer Stadt. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bürgermeister hat heute wieder große Worte gewählt, bis hin zu Europa. Aber wenn man es genau bedenkt, Herr Schira, hat er uns eigentlich erklärt, was er in den letzten zehn Jahren alles falsch gemacht hat. Dann hat er auch noch viele falsche Dinge gesagt, sodass die Redezeit zu knapp ist, das alles richtig darzustellen.

Aber eines ist klar, Herr Senator Frigge. Bevor Sie ins Amt gekommen sind, bis vor wenigen Wochen noch, hat Schwarz-Grün trotz massiver Steuereintrübe erklärt, alles sei ausgeglichen, es gäbe überhaupt keinen Grund zum Sparen. Sie haben Ausgabensteigerungen in Milliardenhöhe in allen Bereichen des Haushalts beschlossen und das Defizit, das wir und auch der Rechnungshof Ihnen vorgetragen haben, einfach ignoriert.

Und dann tritt der Bürgermeister über Nacht in einer Pressekonferenz auf und erklärt den Haushaltsnotstand. Er begründet dies heute mit einer Mai-Steuerschätzung; hier komme ich zu der ersten unwahren Behauptung. Die Mai-Steuerschätzung hat keine neue Zahl gebracht und dieses Ergebnis hat niemanden überrascht, außer offensichtlich den Bürgermeister.

Dann hat er uns heute dargelegt, es gäbe viele gute Gründe für einen Neuanfang in der Finanzpolitik, bis hin zu Griechenland. Dazu kann ich nur sagen: selbstverständlich. Diese Steuermindermaßnahmen in der Haushalts-, Wirtschafts- und Finanzkrise sind ein Problem unseres Haushalts, aber es ist eben nur ein Punkt.

Der zweite Punkt ist die Quittung für die unsolide Finanzpolitik der letzten Jahre. Allein der HSH-Nordbank-Skandal zog 1,6 Milliarden Euro Vermögensverlust in der Bilanz der Stadt nach sich, und daran ist der Senat maßgeblich beteiligt.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Punkt ist die bisherige Weigerung der CDU und leider auch der GAL in Hamburg, dafür einzutreten, dass es eine Vermögensteuer gibt und dass der Spitzensteuersatz erhöht wird. Diesen Punkt hat der Bürgermeister bis jetzt als CDU-Bundesvorstandsmitglied so behandelt, als sei dies alles nicht nötig, heute jedoch gibt es da ein Einlenken; das begrüßen wir. Was jetzt noch fehlt, ist eine Bundesratsinitiative für die Vermögensteuer, die den Ländern nach dem Grundgesetz zusteht. Beim vierten Punkt komme ich zum Sparen.

(Zurufe von der CDU)

– Nein, zur Vermögensteuer hat der Bürgermeister bezeichnenderweise nichts gesagt, obwohl es in aller Munde ist und obwohl es auf der Tagesordnung steht, hier endlich einen Beitrag einzufordern.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Schneider und Mehmet Yildiz, beide DIE LINKE)

Der vierte Punkt, das wird Ihnen auch nicht gefallen, ist die Ausgabewut von Schwarz-Grün. Man kann es nicht oft genug sagen, Sie haben die laufenden Ausgaben in vier Jahren um 1,3 Milliarden Euro erhöht, und zwar Ausgabesteigerungen für Projekte, die mit sozialer Stadtentwicklung und Zukunftsinvestitionen nichts zu tun haben. Da sind die 40 Pressesprecher des Senats nur die Spitze des Eisbergs.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem nun der Haushalt – im Grunde mit Ansaage – gegen die Wand gefahren ist, erklärt uns der Bürgermeister heute noch einmal, es läge gar nicht an ihm, im Gegenteil, ihn habe das eher überrascht. Schuld an dieser Misere sei, dass irgendwie alle überall und schon immer über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Das können Sie uns nicht erzählen, Sie haben über Ihre Verhältnisse gelebt, Sie haben in wirtschaftlich besten Jahren Defizite gemacht mit Luxusprojekten von der U4 bis hin zu den Mehrkosten der Elbphilharmonie. Sie haben Vermögen verkauft ohne Ende, Hafen, Krankenhäuser, Grund und Boden, und heute kommt eine Rede des Bürgermeisters gegen Privatisierung. Das passt nicht zusammen, denn Sie haben den SAGA-Mietern 500 Millionen Euro aus der Tasche gezogen,

(Jörn Frommann CDU: Mein Gott! – Kai Voet van Vormizeele CDU: So ein Blödsinn!)

um damit Ihr sogenanntes Sonderinvestitionsprogramm zu finanzieren, was darin besteht, dass Sie

(Dr. Peter Tschentscher)

die Mehrkosten der Elbphilharmonie daraus bezahlen. Das ist die Erkenntnis einer groß angekündigten Regierungserklärung.

Sie haben die HSH Nordbank in die Insolvenz geritten und Sie haben Schulden verschoben in Schattenhaushalte, das ist das griechische Modell. Und heute haben Sie ein weiteres Beispiel genannt, dass Sie die Haushalte und die Universitätsanierung nicht im Kernhaushalt, sondern auf andere Art und Weise finanzieren wollen. Bei Ihnen im Senat liegt das Problem, Herr Frigge, und bei niemandem sonst.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig – Herr Senator, Sie haben es gerade noch einmal gesagt –, dass die CDU 18 Milliarden Euro Schulden von den Vorgänger-Senaten übernommen hat, und die sind eine Belastung. Aber ist das ein Grund, den Schuldenstand aus vielen Jahrzehnten innerhalb von zehn Regierungsjahren der CDU nahezu zu verdoppeln? Wo ist denn da die Logik?

(Beifall bei der SPD)

Früher war auch nicht alles Gold, das ist völlig richtig.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist ein ganz schwaches Argument!)

– Ja, Herr von Vormizeele, es gab früher auch Haushaltsjahre, in denen man Dinge hätte anders machen können.

Aber 18 Milliarden Euro Schulden sind das Ergebnis der von Ihnen viel zitierten 44 Jahre SPD-Regierung, in denen Hamburg nach dem Krieg wieder aufgebaut wurde.

(Zurufe von der CDU)

Da rede ich nicht über den öffentlichen Wohnungsbestand, der bei Ihnen komplett unter die Räder gekommen ist, sodass die Rentner zum Teil ihre eigenen Mieten nicht mehr bezahlen können, sondern ich rede zum Beispiel von der HHLA, die zu einem der weltweit leistungsfähigsten und modernsten Logistikunternehmen ausgebaut wurde

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Reden Sie doch mal über die HEW!)

und die Sie einfach so verkauft haben, um 1,2 Milliarden Euro in einem unsoliden Haushalt zu verfrühen.

(Beifall bei der SPD)

Das mussten wir in den letzten zehn Jahren bei diesen unsoliden CDU-Finanzsenatoren erleben.

Dann komme ich zu einem Punkt, der mich auch gestört hat. Der Bürgermeister sagt, Hamburg stehe im Vergleich zu den anderen Bundesländern gut da. Wir haben noch vor wenigen Jahren 700 Millionen Euro in den Länderfinanzausgleich

eingezahlt. Es ist nicht schön, wenn man anderen Ländern so viel Geld geben soll, aber es war zugleich Ausdruck der großen Wirtschafts- und Finanzkraft Hamburgs im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Im vergangenen Jahr hat Hamburg noch 20 Millionen Euro eingezahlt. Wir kommen von 700 Millionen Euro und sind fast auf Null. Die Stadt steht in der Wirtschafts- und Finanzkraft auf der Kippe zum Saarland und das ist das Ergebnis von zehn Jahren CDU-Finanzpolitik in Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben jetzt Pressekonferenzen erlebt, wichtige Senatsverhandlungen und eine Regierungserklärung und was ist praktisch dabei herausgekommen? Die Verlagerung der Universität wird gekippt. Das war reif wie faules Obst, kann man Ihnen nur sagen. Das ist seit einem halben Jahr von aller Welt hier in Hamburg gefordert worden und ist nun ein ganz konkretes Ergebnis.

Was ist nun mit den Punkten, die auf der Tagesordnung stehen. Beendet die GAL ihre 10-Millionen-Euro-Werbekampagne für die Umwelthauptstadt, von der außer Kosten niemand etwas hat, die nicht einmal der Umwelt zugute kommt, weil es eine reine Imagekampagne werden soll? Stoppt der Senat seine Planung für einen Neubau der BSU in Wilhelmsburg? Kein Wort dazu. 200 Millionen Euro für eine Planung, für die noch nicht einmal eine Haushaltsunterlage erstellt worden ist, wie es sich eigentlich gehört für öffentlichen Hochbau.

Und dann sagte der Bürgermeister, wir dürften in der Krise nichts finanzieren, was am Markt keinen Bestand habe. Das fand ich eine bemerkenswerte Aussage, Herr von Beust. Was ist eigentlich mit diesem Geheimvertrag, der bei einem Hamburger Notar liegt, mit dem die Stadt wohl auf einen zweistelligen Millionenbetrag – ich vermute irgendwas zwischen 20 und 40 Millionen Euro – verzichtet, damit ein Konsortium Büroflächenleerstand in der HafenCity betreibt, auf Kosten der Steuerzahler? Staatliche Subventionen für zehntausende Quadratmeter teuerster Büroflächen, nur weil Schwarz-Grün nicht einräumen will, dass das Konzept zur Entwicklung der HafenCity nicht nur wohnungspolitisch, sondern auch wirtschaftlich komplett gescheitert ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine lange Streichliste vorgelegt, von den obersten Behördenetagen bis zu den unterirdischen Schießständen der Polizei, und können nach dreitägigen Senatsverhandlungen hinter kaum einer Position einen Haken machen; das ist die nüchterne Bilanz.

Wenn man sich den geltenden Haushaltsbeschluss für 2010 ansieht und ihn mit dem abgerechneten Haushaltsjahr 2009 vergleicht, dann muss man

(Dr. Peter Tschentscher)

feststellen, dass die Sozialhilfe und die gesetzlichen Leistungen von Ihnen mit 80 Millionen Euro weniger ausgestattet worden sind und Sie im Umkehrschluss 600 Millionen Euro Mehrausgaben für Ihre Behörden machen, von denen nichts der sozialen Stadtentwicklung oder den Zukunftsinvestitionen dient.

Diese Haushaltsberatungen werden Sie mit uns so nicht führen können. Wir werden bessere Vorschläge machen und nicht hinnehmen, dass Sie Ihre schwarz-grünen Extratouren auf Kosten von Familien und Menschen mit geringem Einkommen finanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Goldberg.

Thies Goldberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Neumann! – Wo ist er, ist er noch da?

(Michael Neumann SPD: Hier! Sie haben keinen Überblick!)

– Schön, Sie zu sehen.

Ich werde versuchen, mich genauso kurz und präzise mit diesem Thema zu befassen, wie Sie das getan haben. Keine Sorge, das soll keine Drohung sein.

Heute haben wir zum ersten Mal gehört, dass Sie die Mitverantwortung der SPD für die Haushaltssituation zumindest rudimentär einräumen. Das ist ein Fortschritt; ich finde das toll und hoffe, dass es in dieser Form mit Ihnen weitergeht.

Herr Neumann, Sie bringen leider viele Dinge durcheinander, besonders, wenn Sie anfangen, mit Zahlen zu jonglieren, das sollten Sie vielleicht doch besser Herrn Tschentscher überlassen. Nehmen wir ein Beispiel. Sie beklagen, wir hätten höhere Steuereinnahmen gehabt und diese im Haushalt verfrühstückt. Diese Steuereinnahmen hätten nicht ausgereicht, lieber Herr Neumann, um die Zinsen für die Schulden zu bezahlen, die Sie uns hinterlassen haben. Damit fängt es an.

Dann sagen Sie, Sie hätten uns Schulden in Höhe von 18 Milliarden Euro hinterlassen. Gott sei Dank haben wir jetzt die Doppik eingeführt und können feststellen, dass das so nicht stimmt. Es sind knapp 20 Milliarden Euro mehr, weil Sie nämlich keine Vorsorge gebildet haben für die Altersversorgung der ausgeschiedenen und zukünftig ausscheidenden Mitarbeiter der öffentlichen Hand. Die tatsächliche Verschuldung der Stadt war und ist wesentlich höher. Es wäre schön, wenn Sie das zur Kenntnis nehmen würden.

In einem Punkt haben Sie natürlich recht. Wir haben in den ersten Jahren des Senats von Beust,

zu den Zeiten von Herrn Peiner, die Konsolidierung möglicherweise nicht konsequent genug umgesetzt. Ich darf Sie aber daran erinnern, dass vor allem Sie es waren, die bei jedem einzelnen von uns in der Bürgerschaft gefassten Beschluss zur Ausgabenreduzierung massiv protestiert und gesagt haben, es werde viel zuviel eingespart. Von zu wenig Einsparung hat man zu der Zeit nichts von Ihnen gehört, gar nichts.

(Beifall bei der CDU)

Sie behaupten, wir hätten mit dem Verkauf des LBK Vermögensverschleuderung betrieben. Der LBK hat wachsende Verluste gemacht und wurde schon von Ihnen aus dem Stadthaushalt ausgegliedert, soviel zum Thema Trickserien. Ich finde es nicht schlimm, dass Sie das gemacht haben, aber ich finde dieses Pharisäertum schlimm, dass Sie es gemacht haben und uns vorwerfen, wir würden solche Dinge tun. Sie sagen, der Senat sei verantwortungslos, aber in der Zeit, in der Sie regiert haben, haben Sie es selber nicht besser gekonnt und das waren nicht zehn Jahre, das waren 44 Jahre. Sie haben nie einen in Finanzierungsfragen ausgeglichenen Haushalt präsentiert. Warum werfen Sie das dieser Regierung vor?

(Zuruf von der SPD: Lesen Sie mal in den Annalen von Professor Weichmann nach, wenn Sie schon von 44 Jahren reden!)

Sie haben recht, wir können so nicht weitermachen und müssen das ändern, aber mit dem Finger auf andere Leute zu zeigen und die eigene Verantwortlichkeit nicht einzugestehen ist Pharisäertum und das ist nicht in Ordnung von Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Die Wahrheit beim LBK ist nämlich, dass wir nicht Vermögen verkauft, sondern einen negativen Ertragswert abgegeben und dafür Geld bekommen haben. Jetzt sind die Verluste weg, die Investitionen sind höher und das Dienstleistungsangebot im LBK ist deutlich besser als früher. Das wissen Sie doch, Herr Egloff, Sie können es nur nicht zugeben. Wahrscheinlich leiden Sie ein bisschen darunter, dass Sie das früher nicht selber rechtzeitig gemacht haben.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommen Sie mit so ein paar kleinen, lustigen Nickeligkeiten. Sie sagen zum Beispiel, es gäbe einen Verlust, weil der Wert der HSH Nordbank heute niedriger sei. Das stimmt, zumindest der Buchwert ist heute niedriger als vor drei Jahren. Sie verschweigen dabei aber, dass das Geschäftsmodell der HSH Nordbank von Leuten entwickelt wurde, die alle Ihrer Partei angehören.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wer war noch mal Aufsichtsratsvorsitzender?)

(Thies Goldberg)

Durch dieses Geschäftsmodell, das einige Jahre gut funktioniert hat, hat die Wertentwicklung der HSH Nordbank enorm profitiert und genau das hatten wir auch in den Büchern. Leider war diese Wertentwicklung nicht nachhaltig. Dass aus der HSH Nordbank die Dividenden in größerem Maße geflossen sind als früher bei der Hamburgischen Landesbank, verschweigen Sie auch. So richtig schön sind Ihre Beispiele nicht.

Dann beziehen Sie sich auf den Schießstand. Was wollen Sie denn machen, wollen Sie die Polizei unausgebildet lassen? Das wollen Sie wahrscheinlich nicht.

(Ingo Egloff SPD: Schießen die im Moment nicht, oder was?)

– Die haben keinen Schießstand, das wissen Sie doch.

Wollen Sie einen Schießstand irgendwo in der Wache bauen und die Polizisten hin und her fahren lassen, damit sie außerhalb Hamburgs ausgebildet und trainiert werden, anstatt dass sie sich hier um die Sicherheit der Stadt kümmern?

(Ingo Egloff SPD: Sie können die ja mal zu Ihrer Jagd mitnehmen, da kann man schießen lernen!)

Leider sind Ihre bisherigen Vorschläge ein bisschen nickelig.

Sie behaupten, Sie hätten in Ihrer Regierungszeit Vermögen aufgebaut. Meinen Sie das Vermögen in den Schulgebäuden, das dazu geführt hat, dass wir ein 3-Milliarden-Euro-Sondervermögen aufbauen müssen, um 40 Jahre Sanierungstau aufzuarbeiten? Oder meinen Sie vielleicht das Vermögen in den Hochschulbauten,

(Ingo Egloff SPD: Wir meinen die HHLA zum Beispiel, die Sie verscherbelt haben!)

das dazu führte, dass die ganze Universität schon beim Regierungswechsel so marode war, dass man im Grunde genommen schon damals ein Sondervermögen hätte aufbauen müssen? Das meinen Sie doch nicht ernsthaft.

Liebe Frau Heyenn, dass Sie sich zum Thema Haushalt und Haushaltskonsolidierung überhaupt hier nach vorne wagen, finde ich schon erstaunlich.

(Carola Veit SPD: Werden Sie mal nicht frech!)

Immer, wenn man über irgendetwas spricht, wofür man weniger Geld ausgeben will, sagen Sie, das könne nicht akzeptiert werden. Als die Finanz- und Wirtschaftskrise begann, war es Ihre Fraktion, die sagte, es sollten nun erst einmal 2 Milliarden Euro Schulden aufgenommen und den sozial Schwachen in der Stadt gegeben werden. Genau das wollten Sie, Sie wollten 2 Milliarden Euro aufneh-

men und im Betriebshaushalt untergehen lassen, ohne damit etwas für die Stadt zu schaffen. Das waren Ihre Vorschläge und Sie reden von Konsolidierung, das ist doch wirklich niedlich.

(Beifall bei der CDU – Kersten Artus DIE LINKE: Frechheit!)

Sie reklamieren Kassensturz. Genau das hat Herr Frigge gemacht, deshalb debattieren wir das heute. Sie sagen, die Mai-Steuerschätzung hätte nichts gebracht – ein großer Irrtum, lieber Herr Dr. Tschentscher. Zunächst einmal haben wir gesehen, dass wir um weitere 150 Millionen Euro niedrigere Steuereinnahmen haben werden. Darüber hinaus haben wir erkennen können, dass die Steuermindereinnahmen, die wir zu beklagen haben – bisher sind wir von 6 Milliarden Euro in vier Jahren ausgegangen –, sich leider nicht auf vier Jahre beschränken werden, sondern dass ein großer Teil von ihnen nachhaltig sein wird. Das ist die neue Erkenntnis, um die es geht.

2007 und 2008 hatten wir ausgeglichene Betriebshaushalte, denn im Gegensatz zu Ihnen haben wir Vermögensmobilisierungen nicht im Betriebshaushalt untergehen lassen, sondern neues Vermögen geschaffen.

(Ingo Egloff SPD: Welches denn?)

Das Gleiche gilt für die HHLA-Milliarde und das wissen Sie ganz genau. Aber eines erkennen wir: Wir haben uns hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Steuereinnahmen geirrt. Da haben Sie recht, das haben wir falsch gemacht.

(Michael Neumann SPD: Nicht nur das!)

Allerdings sind wir im Gegensatz zu Ihnen dazu bereit, zu unseren Fehlerkenntnissen zu stehen

(Zuruf von der SPD: Echt?)

und einen Richtungswechsel herbeizuführen. Genau das haben wir gemacht und Sie werden es sehen, wenn wir den Doppelhaushalt 2011/2012 vorlegen.

Ich nehme Ihre Ankündigung sehr gern an, dass Sie nun, obwohl Sie sich dem bisher immer verweigert haben, auch ernsthafte strukturelle Vorschläge machen und sich in die Konsolidierung des Haushaltes einbringen wollen. Das wäre in der Tat einmal etwas Neues. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Kerstan.

(Ingo Egloff SPD: Nun sagt er mal konkret, was er einsparen will!)

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei einer Regierungserklärung

(Jens Kerstan)

zum Haushalt lässt sich eine Generaldebatte über Politik nicht vermeiden. Wir haben eine Debatte erlebt, deren Fokus im Wesentlichen auf der Vergangenheit lag. Das finde ich bedauerlich, wenn es eigentlich darum gehen sollte, was wir jetzt tun können. Der Senat hat mit seinen Leitlinien dargestellt, wo er in Zukunft hin will. Diese Leitlinien sind nicht so unverbindlich, wie Sie denken, und beinhalten viel Sprengstoff. Insofern hätte ich mir gewünscht, dass wir stärker über sie geredet hätten.

Ich greife einmal einen Punkt heraus. Der Finanzsenator hat zu Recht festgestellt, dass zumindest die SPD und wir aufseiten der Regierungskoalition in einem Bereich Effizienzgewinne in beträchtlicher Millionenhöhe erreichen wollen, und zwar in der Verwaltung. Wenn Herr Tschentscher sagt, er gehe von einem mehr als zweistelligen Millionenbetrag aus und wir 100 Millionen Euro einsparen wollen, dann liegen wir da relativ nah beieinander. Ich bin sehr gespannt, ob Sie Ihren Worten nun Taten folgen lassen, denn Sie wissen sehr gut, dass die Regierungskoalition manche Dinge – Sie haben von Doppelstrukturen in den Behörden geredet – nicht allein regeln können. Es gibt eine ganze Reihe von Projekten, mit denen man Effizienzen in der Verwaltung heben kann, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger auf irgendetwas verzichten müssten und weiterhin die Dienstleistungen bekommen, die wir ihnen geben wollen. Dafür braucht man aber Verfassungsänderungen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nennen Sie doch mal konkret, was Sie meinen! – Ingo Egloff SPD: Wollen Sie die Bezirksamter abschaffen?)

Ich bin gespannt, ob Sie zu Ihren vollmundigen Ankündigungen stehen werden, wenn es in diesem Bereich Vorschläge geben sollte, die Ihre Zustimmung erfordern. Da wird es keine Tabus geben, über die man nicht nachdenken darf, denn sonst wird sich der von Ihnen in die Welt gesetzte Betrag nicht erreichen lassen.

Diese Debatten werden nicht einfach werden und vieles in Politik und Verwaltung infrage stellen, auch uns Abgeordneten Liebgewordenes. Ich bin gespannt, ob wir dann wirklich so nah beieinander sind, wie es teilweise bei Ihnen angeklungen ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, vor gut einem Jahr haben Sie davor gewarnt, dass die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise in eine Vertrauenskrise münden könnte. Ich unterstelle einmal, dass Sie mit Vertrauenskrise das vor Au-

gen hatten, was wir gegenwärtig vielleicht weniger in Griechenland, aber in Belgien, den Niederlanden oder Ungarn sehen. Vor diesem Hintergrund haben Sie für eine aktive Konjunktur- und Strukturpolitik geworben. Wörtlich sagten Sie im Februar 2009:

"Es wird für Hamburg eine schwierige Zeit kommen. [...] Die Erfahrung der Krise, die ja jetzt erst beginnt und in eine Depression münden könnte, zeigt uns, dass diese Form eines Kapitalismus ohne Regeln gescheitert ist."

Herr Goldberg, das war der Bürgermeister, nicht DIE LINKE. Und weiter:

"Wenn jetzt die globalisierten Wirtschaftsfelder schwächeln, sind wir in Hamburg besonders gefährdet. [...] Die gegebenen Standortvorteile reichen aber nicht. Wir müssen aus der Politik, soweit wir es können, lokal und regional für Nachfrage sorgen. Das ist unsere Aufgabe in der Politik."

Vor gut zwölf Monaten, Herr Kerstan, haben Sie sich hinter dieser von Herrn von Beust vorgetragenen Konzeption versammelt. Auch wir haben in dieser Situation eine Nachfragepolitik gefordert, Herr Goldberg hat es angeführt und, wie es so seine Art ist, verhohnepiepelt.

Was ist nun praktisch auf diese Ankündigung einer Nachfragepolitik gefolgt? Es war wenig Überzeugendes. Die sogenannte Konjunkturoffensive war ein Flop. Statt die Realwirtschaft wirksam zu fördern und Strukturen zu verändern, haben Sie kreditfinanzierte 1,5 Milliarden Euro in die marode HSH Nordbank gesteckt. Nachfragepolitik ist ein nicht umgesetztes Ziel von Ihnen gewesen, Herr Kerstan, und jetzt verabschieden sie sich ganz von diesem Punkt und gehen zu einer massiven Kürzungspolitik über, Sie wollen sich jetzt doch aus der Krise heraussparen.

Ich werde Ihre Argumente noch einmal prüfen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann sagen Sie, dass das, was konjunkturpolitisch auf den Weg gebracht wurde, ein reines Strohfeuer sei. Herr Schira macht es sich noch einfacher. Er sagt, wir seien mit den öffentlichen Ressourcen am Ende und könnten daher diesen Kurs, der ohnehin nicht überzeugt, nicht fortführen.

Sie werden mit diesem Kurs der Kürzungspolitik scheitern.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Andreas Dressel SPD)

Sie fallen im Grunde in das zurück, was Sie vor gut einem Jahr gesagt haben, nämlich das wollen wir nicht machen und das werden wir nicht machen.

Herr Kerstan, Sie sagen zu Recht, dass der öffentliche Sektor immer unterfinanziert gewesen ist. Da

(Dr. Joachim Bischoff)

sind wir uns einig und das haben wir gerade in den letzten Tagen noch einmal lesen können. Die Infrastruktur in Deutschland zerfällt zunehmend. Den Städten und Gemeinden fehlen seit Jahren die Mittel, um Verkehrswege, Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen, Universitäten, Klärwerke et cetera zu unterhalten. Der Investitionsstau ist gigantisch, auch in Hamburg. Diese Unterfinanzierung des Staates ist die Ursache dafür, dass Sie überhaupt zu Sondervermögen für Schulbau und Universität greifen müssen. Der entscheidende Punkt ist doch aber, dass man dann darüber reden muss, wie man aus dieser Unterfinanzierung herauskommt.

Sie sagen nun, Sie wollen dem öffentlichen Dienst einen Sparbeitrag abfordern, der aber sozial ausgewogen sei. Frau Heyenn ist schon darauf eingegangen, dass wir uns das noch einmal genauer anschauen wollen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, geht es dabei um Umschichtungen beim Weihnachtsgeld, dem 13. Gehalt, plus weitere 150 Millionen Euro aus zusätzlichen, von den Behörden selber zu erbringenden Sparvorschlägen. Insgesamt reden wir damit für das nächste Jahr über eine Summe von 250 Millionen Euro im öffentlichen Sektor, die sich für das Jahr 2013 auf 700 Millionen Euro und für das Jahr 2014 auf 1 Milliarde Euro auswachsen sollen. Das sind die Summen, die Sie brauchen. Damit das Ganze – ich sage das jetzt einmal polemisch – sozial ausgewogen erscheint, schlagen Sie vor, 85 Millionen Euro über die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und die Reichensteuer einzuwerben, und ich fürchte, dass das so nicht funktionieren wird.

Mich ärgert, dass Herr Schira mit der berühmten neoliberalen Formel kommt, es gäbe keine Alternative. Sie steigen jetzt aus der Nachfragepolitik aus. Keynes hat dazu einmal sinngemäß Folgendes gesagt: Die Stimmen, die uns in einer solchen Situation sagen, dass der Ausweg über eine rigorose Kürzungspolitik in den öffentlichen Haushalten zu finden sei, statt einen vernünftigen Umgang mit den gesellschaftlichen Potentialen zu organisieren, sind Stimmen von Ignoranten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen sagen, Herr Kerstan, was Keynes vor Augen hatte. Herr Goldberg hat dafür sowieso keine Ader, ebenso wenig Herr Frigge mit seinen Visionen.

Aus der großen Finanz- und Wirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts konnte man sich nicht herausparen. Die vernünftige Antwort auf diese Krise war der New Deal von Roosevelt. Dieser beinhaltete trotz struktureller Unterfinanzierung und dem Mangel an öffentlichen Finanzen die Einführung einer staatlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung, Mindestlöhne für Industriearbeiter, staatliche Kontrolle der Lohnentwicklung, um fallende Löhne zu verhindern – alles sehr aktuelle Gesichtspunkte –, eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeiten

und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur im Rahmen eines staatlichen Investitionsprogramms zur Belebung der Wirtschaft. New Deal bedeutete auch staatliche Überwachung der Börsen und die Einführung eines Steuersystems mit niedrigen Steuersätzen für Arme und hohen Steuersätzen für Reiche. Bis in die Jahre nach 1945/1950 waren das für höhere Einkommen Steuersätze von 70, 80 Prozent. Das ist der Kurs, den Sie einschlagen müssten; in diese Richtung müsste es gehen.

So wie ich es sehe, werden wir die Reichensteuer und die Anhebung des Spitzensteuersatzes nicht durchsetzen können. Trotzdem ist für Hamburg der Einstieg in eine sozial gerechte Steuer- und Einnahmepolitik möglich. Lassen Sie sich einmal vorrechnen, was die Verbesserung des Steuervollzugs für Hamburg und bundesweit bringen würde, das sind gewichtige Summen. Setzen Sie sich für die Wiedererhebung der Vermögensteuer ein. Folgen Sie Herrn Schäuble und fordern Sie – was Herr Goldberg nie machen würde – eine Finanztransaktionssteuer, reformieren Sie die Grundsteuer, setzen Sie eine gerechte Erbschaftsteuer ein und tragen Sie Sorge für eine vernünftige Besteuerung von Kapitalerträgen und höheren Einkommen. Auf dieser Basis können Sie dann wirklich vernünftige Politik machen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Monika Schaal SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Habe ich irgendjemand übersehen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt angekommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 27a, Drucksache 19/6440, Bericht des Europaausschusses: Abschluss einer Städtepartnerschaft Hamburgs mit Daressalam/Tansania.

[Bericht des Europaausschusses über die Drucksache 19/6357: Abschluss einer Städtepartnerschaft Hamburgs mit Dar es Salaam/Tansania (Senatsantrag) – Drs 19/6440 –]

Wer wünscht das Wort? – Frau Machaczek, bitte.

Bettina Machaczek CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Allerspätestens seit letztem Freitag steht Afrika wieder im Zentrum weltweiter Aufmerksamkeit. Die Welt ist begeistert von der Gastfreundlichkeit der Südafrikaner und staunt nicht nur ob der lauten Töne, sondern auch ob der Professionalität, mit der dieses Land die Fußballweltmeisterschaft ausrichtet. Noch vor Kurzem, erinnern wir uns, hielt man es fast für unmöglich, dass ein afrikanisches Land ein solch globales

(Bettina Machaczek)

Ereignis erfolgreich veranstalten könnte. Die meisten Kritiker sind verstummt und reihen sich nun in die Gruppe der Südafrika-Fans ein.

Demnächst wird ein anderer Teil Afrikas bei uns im Fokus stehen, wenn am 1. Juli in Hamburg die Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Daressalam begründet wird. Zum ersten Mal wird eine Stadt auf dem afrikanischen Kontinent unsere Partnerstadt sein. Durch die Unterzeichnung des Städtepartnerschaftsabkommens wird das langfristige Engagement Hamburgs in Afrika offiziell in Tinte gegossen. Der 1. Juli wird somit den vorläufigen Höhepunkt der Entwicklung der bisherigen Beziehung zwischen Daressalam und Hamburg darstellen. Diese Beziehung reicht schon viel länger zurück, als manche es vielleicht wissen, nämlich bis ins 19. Jahrhundert. Während der Kolonialzeit war Daressalam Sitz der Kolonialverwaltung im damaligen Deutsch-Ostafrika. Es lässt sich nicht leugnen, dass bei allen zweifelhaften und teilweise sogar inakzeptablen Gesinnungen und Ansichten der damaligen Zeit die Kontakte der Menschen unserer beiden Städte dort ihren Ursprung haben. Ich möchte heute jedoch nicht in erster Linie auf die deutsche Kolonialgeschichte zurückblicken, ich denke, dieses wird zu einem anderen Zeitpunkt geschehen. Man kann mit unseren afrikanischen Partnern, unabhängig von der Vergangenheit, sehr offen und unvoreingenommen über diese Zeit reden. Inzwischen sehen viele ihre Bande zu Deutschland und auch zu Hamburg sehr freundlich und orientieren sich an unserem Land.

An diesem Tage blicken wir nach vorn. Es geht um die künftig breiter angelegte Entwicklung der Beziehungen zwischen Hamburg und Daressalam. Lange bevor wir als Politiker dies begonnen haben, gab es zwischen unseren Städten gesellschaftliche und wirtschaftliche Aktivitäten, ich denke insbesondere an die Kirchen, Kaufleute und Wissenschaftler. Erst deutlich später bahnten sich vertiefte politische Kontakte an.

Im Jahre 2005 besuchte erstmals eine Hamburger Senatsdelegation unter der Leitung von Bürgermeisterin Birgit Schnieper-Jastram die ostafrikanische Metropole. Dabei wurden gemeinsame Interessen der beiden Städte gefunden und Kontakte aufgebaut. Es begann mit drei Haupthandlungsfeldern: Zum Ersten die Erhöhung der Lebensqualität in Daressalam durch die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, wie zum Beispiel der Wasser- und Abwasserdienste, der Feuerwehr, dem Hafenmanagement oder den Mülldeponien, zum Zweiten der Wissensaustausch zwischen Hochschulen und Museen und zum Dritten die interkulturelle Verständigung durch Schul- und Jugendaustausch.

Auf Antrag der CDU ersuchte die Bürgerschaft im Jahr 2006 den Senat zu prüfen, wie die Beziehungen zu afrikanischen Großstädten, vorzugsweise in

Tansania, vertieft werden könnten. Bereits im Jahr darauf unterzeichneten die beiden Bürgermeister das erste Memorandum. Zweck war es, eine immer enger werdende Partnerschaft zu entwickeln sowie die Begegnung der Menschen zu fördern. Mit einem weiteren Ersuchen forderte die Bürgerschaft den Senat 2008 auf, die partnerschaftlichen Beziehungen erneut zu intensivieren. Zusätzliche Tätigkeitsfelder wurden Kultur, Klimaschutz und Tourismus. Im Juni 2009 wurde das zweite Memorandum auf den Weg gebracht. Die Kooperationsbeziehungen wurden dieses Mal um die Felder Gesundheit, erneuerbare Energien, Freiwilligendienste, Kirchen und Rotes Kreuz erweitert.

Für die Zukunft sollte meines Erachtens auch die Bürgerschaft selber einen sichtbaren Beitrag leisten. Vielleicht wäre die Verleihung eines Preises für gelungene Partnerschaftsprojekte ein geeigneter Beitrag. Mit so einem Preis würden wir die Aufforderung an die Hamburger und Hamburgerinnen verbinden, sich aktiv an der Umsetzung der neuen Partnerschaft zu beteiligen. Das entspräche unserem Ziel, dass diese Partnerschaft auf vorhandenem Engagement aufbauen und neues initiieren soll.

Meine Damen und Herren! Die Zeit ist nun reif, diese offizielle Partnerschaft zu begründen. Das ist etwas Besonderes. In den Debatten des Europaausschusses wurde deutlich, dass wir generell sehr zurückhaltend damit sind, neue Partnerschaften zu begründen,

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

denn jede einzelne Partnerschaft soll gelebt werden und nicht nur auf dem Papier stehen. In diesem Falle haben wir nun seit 2005 mehrere Dutzend konkrete Beziehungen auf verschiedenen Feldern zwischen den neuen Partnern entwickelt. Das heißt, die Voraussetzungen sind gegeben, eine Städtepartnerschaft einzugehen. Jetzt verbinden sich zwei Städte, die sehr unterschiedlich sind und doch wichtige Gemeinsamkeiten haben. Hamburg und Daressalam sind weltbekannte, bedeutende große Handelsstädte auf ihren Kontinenten. Beide sind Metropolen der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur und übernehmen als Hafenstädte Verantwortung für die Versorgung ihres Landes und der Region. Es gibt jedoch Bereiche, in denen der Unterschied kaum größer sein könnte. Ein Beispiel nannte ich vorhin, die Abfall- und Abwasserbeseitigung. Hamburg kann hier ein hochentwickeltes und bewährtes System vorweisen. Um eine verbesserte Situation in Daressalam zu erreichen, entstehen schon seit einigen Jahren Know-how-Transfers in den Bereichen Mülldeponien, Wasser und Wasserversorgung.

Ich möchte allerdings auch betonen, dass es für uns eine Herausforderung sein wird, mit Afrikanern über den Stand ihrer demokratische Entwicklung

(Bettina Machaczek)

zu sprechen und uns fragen zu lassen, wie es denn mit der Behandlung von Afrikanern in Deutschland und in Europa aussieht.

Meine Damen und Herren! Wie Sie alle wissen, sind diese Städtepartnerschaften auf Dauer angelegt. Mittel- und langfristig wollen wir nicht nur die Entwicklung Daressalams dauerhaft fördern, sondern auch die Chancen für unsere Stadt nutzen. Die wirtschaftlichen und politischen Vorteile liegen auf der Hand, aber ich wünsche mir, dass wir in Hamburg vielleicht auch noch einiges von den Afrikanern lernen, zum Beispiel Respekt vor der älteren Generation und Familienzusammenhalt, manchmal auch ein bisschen traditionelle Konsensorientierung, vielleicht auch Spiritualität und Lebensfreude.

Vielleicht werden wir noch die Chance haben, diese Lebensfreude auch im Parlament oder bei Veranstaltungen zu erleben, wenn wir diese Städtepartnerschaft des Senats in zwei Wochen mit bezeugen können. Leider müssen wir die Debatte schon heute führen, weil aus formalen Gründen die Bürgerschaft zunächst entscheidet und dann der Senat seine Unterschrift unter das Partnerschaftsabkommen setzen wird. Aufgrund der Verschiebung der Bürgerschaftssitzungen muss es eben heute passieren.

Wie dem auch sei, wir freuen uns sehr auf den Besuch des Bürgermeisters Adam Kimbisa und ich hoffe, alle werden sich unserem Votum anschließen und grünes Licht für diese Partnerschaft geben. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Frank hat das Wort.

Günter Frank SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute stimmen wir über eine neunte Städtepartnerschaft Hamburgs ab und, um es gleich vorweg zu sagen, wir begrüßen die kommende Partnerschaft zwischen Hamburg und Daressalam ausdrücklich.

(Beifall bei Rolf-Dieter Klooß SPD)

Wie Sie gesagt haben, ist sie für Hamburg die erste Partnerschaft auf dem afrikanischen Kontinent und für die Menschen in Daressalam und Hamburg von großer Bedeutung. Die gemeinsame Erklärung und auch das Memorandum zeigen sehr eindrucksvoll die vielen Projekte auf, zum Beispiel in den Bereichen Wissenschaft, Umweltschutz, Hafen, Jugend oder auch Kultur. Bemerkenswert ist, dass in sehr vielen Projekten nichtstaatliche Organisationen mit einbezogen werden. Das ist sehr erfreulich und überaus zu begrüßen.

Die Städtepartnerschaft mit Daressalam ist aber nicht nur eine mit vielen Projekten und einer ge-

wollten Zusammenarbeit zwischen zwei großen Hafen- und Handelsstädten. Sie ist auch eine Partnerschaft in einem afrikanischen Entwicklungsland, mit dem uns eine leidvolle Geschichte verbindet. Ich will das Thema Kolonialismus nicht so sehr vertiefen, aber die kritische Debatte über Hamburg und den Kolonialismus – Stichwort Straßennamen in der HafenCity: Tansaniapark, von der GAL sehr gut aufgearbeitet, oder auch die Schimmelmänn-Büste – Schimmelmänn, ein Global Player des deutschen Kolonialismus – geben Anlass zu berechtigten Diskussionen.

Straßennamen, Denkmäler, Büsten oder was auch immer prägen eine Stadt und geben ein bestimmtes Geschichtsbild wieder. Was für die einen Internationalität im positiven Sinne ist, ist für die anderen Plünderung von Rohstoffen, Zwangsarbeit und Plantagenwirtschaft. Der Blick auf die Geschichte Hamburgs, auch auf die Geschichte Hamburger Kaufleute, ist kritischer und selbstbewusster geworden. Wir müssen Fragen an die Geschichte unserer Stadt aber auch zulassen. Insofern haben wir noch etwas Wichtiges vor uns und etwas Wichtiges zu leisten. Auch in diesem Sinne ist diese Städtepartnerschaft mit Daressalam von Bedeutung, und zwar auch von historischer Bedeutung. Sie ist aber auch von politischer Bedeutung, weil sie als ein kleines Mosaiksteinchen zum Ausdruck bringt, dass Hamburg seinen Beitrag dazu leisten will, dass Afrika kein vergessener Kontinent wird. Wie Sie wissen, ist diese Gefahr nicht von der Hand zu weisen.

Nicht zuletzt ist die Städtepartnerschaft zwischen Daressalam und Hamburg auch eine Anerkennung für das langjährige Engagement vieler Hamburgerinnen und Hamburger und daher von dieser Stelle aus herzlichen Dank für die bisher geleistete äußerst eindrucksvolle Arbeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Gestatten Sie mir noch eine kritische Anmerkung in Richtung Senat. Diese neunte Städtepartnerschaft Hamburgs muss oder sollte zumindest im Senat auch dazu führen, noch einmal über die Konzeption seiner Städtepartnerschaftspolitik nachzudenken. Dieser Politik fehlen aus unserer Sicht klare Konturen. Die Städtepartnerschaftspolitik generell braucht wie jede einzelne Partnerschaft eine politisch konzeptionelle Begründung. Es steht außer Frage, dass sich Daressalam politisch, konzeptionell und humanitär sehr gut und nachvollziehbar erklären lässt. Ich wiederhole, der Senat schlägt hier eine wichtige Partnerschaft vor, die meine Fraktion ausdrücklich unterstützt.

Johannes Rau hat 2004 in Daressalam Folgendes gesagt – ich zitiere –:

"So wie wir, Afrikaner und Europäer, Verantwortung für die Vergangenheit und für die

(Günter Frank)

Gegenwart teilen, so können wir nur gemeinsam eine bessere Zukunft schaffen."

Dem wird niemand ernsthaft widersprechen wollen. Daressalam heißt Haus des Friedens und in diesem Sinne möchten wir alle, dass diese Städtepartnerschaft den Menschen in beiden Städten zugute kommt. Ich bin mir sicher, dass Hamburg mit dieser Städtepartnerschaft an Ansehen gewinnen wird. Das ist eine gute Botschaft für unsere Stadt.
– Schönen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Waldowsky hat das Wort.

Andreas Waldowsky GAL: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Anlass zur heutigen Debatte ist ein außerordentlich seltener, aber auch ein sehr erfreulicher. Hamburg schließt eine weitere Städtepartnerschaft ab, und das nach fast 20 Jahren Abstinenz. Die letzte Städtepartnerschaft wurde Anfang der Neunzigerjahre abgeschlossen. Diesmal richten wir den Fokus auf Afrika und glücklicherweise fällt diese Unterzeichnung der Städtepartnerschaft mit der Weltmeisterschaft zusammen, mit der das öffentliche Interesse sowieso sehr stark auf Afrika fokussiert ist.

Mit dieser Städtepartnerschaft werden wir dafür sorgen, dass Afrika für Hamburg kein vergessener Kontinent bleibt. Acht Städtepartnerschaften haben wir abgeschlossen. Wenn man sich diese anschaut, kann man sie in zwei Phasen einteilen. In einer ersten Phase haben wir Städtepartnerschaften abgeschlossen, um Gräben zu überwinden, um das schwere Erbe des Krieges anzugehen und uns mit den deutschen Verbrechen auseinanderzusetzen, die dort geschehen sind. Das war der Fall bei der Städtepartnerschaft mit Leningrad und dann mit Marseille. In einer zweiten Phase haben wir vor allen Dingen Städtepartnerschaften abgeschlossen, um wirtschaftliche Kontakte in aufstrebenden Regionen der Welt zu knüpfen; Shanghai und Osaka in den Achtzigerjahren wären da zu nennen. Dort dienten die Städtepartnerschaften vor allen Dingen dazu, Türöffner für Wirtschaftsdelegationen zu sein. Der Kontakt auf der menschlichen Ebene blieb dabei relativ gering.

Wo ist nun die neue Städtepartnerschaft mit Daressalam einzuordnen? Gibt es jetzt eine dritte Phase, eine neue Konzeption, eine neue Qualität? Ich glaube, nein. Meiner Meinung nach kehren wir zurück zu den Städtepartnerschaften der Fünfzigerjahre. Wieder geht es darum, Gräben zu überwinden. Diesmal geht es nicht um die Überwindung der Gräben von Krieg und Kaltem Krieg, sondern zum Beispiel um die Überwindung des Grabens, den das Mittelmeer zwischen Afrika auf der einen und Europa auf der anderen Seite darstellt, dieses Massengrab, in dem seit 1992 schon über

zehntausend Menschen auf der Flucht ertrunken sind und dies mit hoher Dunkelziffer. Diese Gräben bestehen also weiter und sie bestehen nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Wirtschaftskontakte mit Afrika. Hohe Handelshemmnisse der EU sorgen dafür, dass afrikanische Produkte nicht in dem Maße auf den Markt kommen können, wie es eigentlich der Fall sein sollte.

Wir haben es – dies ist eine weitere Parallele zu den Städtepartnerschaften der Fünfzigerjahre – auch mit der Überwindung von Krieg zu tun, mit der Auseinandersetzung mit deutschen Verbrechen. Dabei geht es um den Kolonialismus und die deutsche Kolonialvergangenheit. Gerade Hamburg hat dabei eine zentrale Rolle gespielt und wir haben den afrikanischen Völkern und gerade auch den Völkern in Tansania und den Menschen in Daressalam ihre Freiheit geraubt. Während der deutschen Kolonialherrschaft haben wir Zwangsarbeitssysteme in den Kautschuk- und Baumwollplantagen eingeführt. Beim Maji-Maji-Aufstand 1905 starben nach Schätzung zwischen 100 000 und 300 000 Menschen als Opfer des deutschen Kolonialkriegs; auf deutscher Seite starben 15 Kolonialsoldaten. Zu trauriger Berühmtheit brachte es Paul von Lettow-Vorbeck, ein deutscher Kolonialoffizier, dessen Politik der verbrannten Erde während des Ersten Weltkriegs zu mindestens 100 000 Opfern geführt hatte, als er die deutsche Kolonie in verzweifelterm Widerstand gegen die Engländer verteidigte. Diese Kolonialvergangenheit ist noch gar nicht richtig aufgearbeitet.

(Beifall bei der GAL und bei Ingo Eglöff
SPD, Dr. Joachim Bischoff und Christiane
Schneider, beide DIE LINKE)

Noch immer steht das Bismarck-Denkmal als eines der zentralen Denkmäler am Hafen. Dem Mann, der als Reichskanzler das deutsche Kolonialreich errichtet hat, wird hiermit kritiklos gehuldigt. Lange, lange Jahre hatten wir die Lettow-Vorbeck-Kaserne in Jenfeld, die nicht deshalb geschlossen wurde, weil wir mit Lettow-Vorbeck ein Problem hatten, sondern weil der Kalte Krieg vorbei war. Und immer noch gibt es in Wandsbek die Wißmannstraße, die Straße zum Gedenken an Hermann von Wissmann, den Reichskommissar und Gouverneur in Deutsch-Ostafrika. Stuttgart und Hannover haben im letzten Jahr ihre Wissmannstraßen umbenannt, weil sie es unerträglich fanden, dass so ein Kolonialoffizier noch immer als Vorbild gewürdigt wird. Wir sollten darüber nachdenken, ob das nicht auch ein Schritt für Hamburg wäre.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Diese Städtepartnerschaft, bei der Daressalam symbolisch für alle afrikanischen Städte und alle Afrikaner steht, soll so etwas auch in unseren Köpfen in Hamburg verändern. Es soll keine reine Entwicklungspartnerschaft werden. Wir sammeln keine alten Müllfahrzeuge oder alten Medizingeräte,

(Andreas Waldowsky)

um damit die Menschen in Daressalam zu beglücken. Es geht auch nicht darum, mit großzügiger Geste Geldgeschenke vor Ort zu verteilen. Es geht um diese berühmte Begegnung auf Augenhöhe. Im wirtschaftlichen Bereich wird das aufgrund der hohen Handelshemmnisse und der Zollschranken, die vor allem der EU-Gesetzgebung geschuldet sind, ausgesprochen schwierig. Aber jeder Hamburger Bürger kann durch sein Konsumverhalten dafür sorgen, dass Afrika und somit auch Daressalam eine faire Chance bekommen, nämlich indem man zum Beispiel faire Produkte kauft. Wir als Stadt werden uns weiterhin für die faire Beschaffung einsetzen. Wir haben dazu auch einen Antrag beschlossen, dass wir uns als faire Handelsstadt, als Fairtradetown, bewerben und dieses Thema weiter bewegen werden.

Weiterhin unterstützen wir auch nachdrücklich das Engagement der Open School, die mit vorbildlicher Bildungsarbeit in den Schulen aktiv ist, zu den Jugendlichen hingeht, auf die Benachteiligung Afrikas hinweist und nun auch in der Arbeit mit Tansania einen Schwerpunkt bilden wird, da Daressalam jetzt eine Partnerstadt von uns wird.

Eine letzte große Herausforderung aus dieser Städtepartnerschaft ist meiner Meinung nach der Umgang mit unseren Freunden aus Afrika. Es ist noch nicht allzu lange her, da wurden in Carl Hagenbecks Tierpark sogenannte Völkerschauen organisiert. Das geschah bis in die Dreißigerjahre hinein und es gibt noch Menschen, die das erlebt haben. Dort wurden Menschen aus Afrika wie Tiere ausgestellt. Der eine oder andere wird auch das Buch "Neger, Neger, Schornsteinfeger!" von Hans Jürgen Massaquoi gelesen haben, in dem er unter anderem schildert, was ihm als Jugendlichen passiert ist und wie er in Hamburg nicht nur Opfer der rassistischen Politik der Nazis geworden ist, sondern auch begafft worden ist, weil er dunkelhäutig war, weil er ein Schwarzer war und in welchem Maße er Hohn und Verfolgung seitens seiner Mitbürger ausgesetzt war.

Diese Städtepartnerschaft steht auch dafür, dass wir uns daran gewöhnen müssen, dass auch Hamburger mit afrikanischen Wurzeln ein selbstverständlicher Teil der hamburgischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts werden. So wie heute der Austausch mit Russen, Chinesen, Amerikanern, Tschechen ein selbstverständlicher Bestandteil geworden ist, so müssen wir in dieser Städtepartnerschaft auch dafür kämpfen, dass es zwischen Afrika, zwischen Daressalam auf der einen Seite und Europa, Hamburg auf der anderen Seite zu regem normalen menschlichen Austausch und Kontakt kommt.

Die Weltmeisterschaft zeigt symptomatisch die Probleme Afrikas auf. Afrika hat tolle Mannschaften, tolle Fans, hervorragende Spieler, aber bislang lief es noch nicht so besonders gut für die afri-

kanischen Mannschaften. Genau solche Probleme hat Afrika aktuell auch. Das Potenzial ist aber immer noch da und ich bin sicher, dass die afrikanischen Mannschaften noch einige schöne Siege feiern können werden, und so wird auch Afrika insgesamt in den nächsten Jahrzehnten einen ganz positiven Weg nach oben gehen. Wir werden als Partnerstadt von Daressalam diesen Weg Afrikas mit nach oben begleiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Hackbusch hat das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Aufgrund der Vorreden bleibt mir gar nicht mehr so viel zu sagen, denn es ist schon viel Gutes gesagt worden. Es ist immer schön, eine Rede halten zu können, bei der man im Wesentlichen einer Meinung ist. Besonders lobend möchte ich erwähnen, dass das, was Herr Waldowsky gesagt hat, im Großen und Ganzen auch meinen Vorstellungen entsprochen hat. Schön, wenn zwei verschiedene Parteien einmal so eng beieinander liegen. Auch die beiden anderen Redebeiträge haben mir sehr gut gefallen und in gewisser Weise kann ich gut damit leben.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Besonders hervorheben möchte ich meine große Freude über die Städtepartnerschaft mit Daressalam. Sie ist für die Stadt bestimmt wunderbar, gerade hinsichtlich zweier Projekte, die ich besonders toll finde. Bei dem einen Projekt engagieren sich sehr stark die Kirchen und mit ihnen viele Menschen, vor allem auch junge Menschen. Fast noch toller aber finde ich die Projekte der Jugendfeuerwehr, die mit großer Begeisterung zusammenarbeiten. Gegenwärtig sind tansanische Jugendfeuerwehrleute in Hamburg und in Kürze werden etliche Hamburger Jugendfeuerwehrleute in Daressalam sein. Das ist eine wirklich gute Zusammenarbeit, die richtig Freude macht.

Ich finde es gut, dass wir aufgrund dieser Städtepartnerschaft in der Lage sind, einiges voneinander zu lernen. Ich selbst war letztes Jahr in Daressalam und habe entgegen mancher Vorurteile erfahren, dass man dort nicht nur Respekt vor älteren Menschen lernen kann, sondern auch mit Erstaunen festgestellt, wie stark und dynamisch diese Metropole ist und wie schnell sie wächst. Wer das gesehen hat, denkt nicht mehr, dass Afrika ein vergessener Kontinent ist. Die neuen Kräfte, die dort mobilisiert und praktiziert werden, zeigen, dass viele Vorurteile unberechtigt sind. Dort wird noch viel passieren und für Hamburg ist es unheimlich spannend, sich damit auseinanderzusetzen.

(Norbert Hackbusch)

Wie Herr Waldowsky es schon ausführlich angesprochen hat, ist die deutsche Kolonialvergangenheit ein wichtiges Thema. Auf einem Friedhof in der Nähe von Daressalam liegen zwei Hamburger Jungs begraben, die beide im Alter von 21 Jahren im Jahr 1905 zur Bekämpfung des Aufstands eingesetzt wurden, bei dem Hunderttausende Afrikaner umgekommen sind. Das ist eine böse Geschichte. Nur wenn wir diese Geschichte aufarbeiten, können wir vernünftig mit Afrika zusammenkommen. Dabei geht es nicht um die Vorurteile, die möglicherweise die Afrikaner uns gegenüber haben, sondern darum, dass wir unsere Vergangenheit als Kolonialmacht für unser eigenes Selbstverständnis aufarbeiten und sie ins Positive wenden müssen. Wir werden gemeinsam Vorschläge machen, wie wir das verarbeiten können.

Als Opposition muss ich natürlich noch ein bisschen mäkeln, und zwar hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung dieser Städtepartnerschaft. Es ist schon etwas unglücklich, wenn derjenige, der diese koordiniert, jeweils nur eine halbe Stelle für Tansania und eine halbe für Shanghai besetzt. Eine solche Koordination ist nicht gerade mit liebevollem Engagement ausgestattet. Das ist also nicht der Weisheit letzter Schluss und sollte noch einmal genauer diskutiert werden. Mit Sparmaßnahmen hat das übrigens nichts zu tun, weil diese Stelle im Wesentlichen aus den bisherigen Haushaltstöpfen finanziert wird.

Ich freue mich darauf, dieses Projekt gemeinsam mit Ihnen im Parlament zu stützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer möchte der Empfehlung des Europaausschusses zur Drucksache 19/6357 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? Damit ist es einstimmig angenommen.

Ich rufe jetzt den Punkt 29 auf, Drucksache 19/6370, Antrag der SPD-Fraktion: "Bahnsteigkante" – Verbesserung der Sicherheit bei U- und S-Bahn durch verstärkte Personalpräsenz in den Bahnhöfen und ein klares Waffen- und Alkoholverbot in den HVV-Beförderungsbedingungen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Konzept "Bahnsteigkante" – Verbesserung der Sicherheit bei U- und S-Bahn: durch verstärkte Personalpräsenz in den Bahnhöfen und ein klares Waffen- und Alkoholverbot in den HVV-Beförderungsbedingungen
– Drs 19/6370 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Die CDU-Fraktion möchte die Überweisung der Drucksache an den Stadtentwicklungsausschuss.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Egloff, Sie haben es.

Ingo Egloff SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende SPD-Antrag nimmt sich eines dringenden Problems dieser Stadt an, nämlich der Frage der Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr. Es ist in der letzten Zeit keine Woche vergangen, in der nicht über Vorfälle berichtet wurde, die sich in den Bahnhöfen und in den Bussen dieser Stadt abgespielt haben und bei denen Personen zum Teil schwer verletzt worden sind. Berichtet wird in der Regel nur über die spektakulären Fälle und die Fälle, in denen nur geschubst, gepöbelt oder nur einmal kurz zugelangt wird, stehen in der Regel nicht in den Zeitungen. Aber auch sie müssen berücksichtigt werden, wenn man die Sicherheitslage in Bussen und Bahnen beurteilen will.

Der Kleinen Anfrage meiner Kollegen Dr. Dressel und Karin Timmermann sind die Steigerungsraten der Deliktzahlen zu entnehmen. Bei Gewaltdelikten haben wir eine Steigerung von insgesamt 17,1 Prozent, bei gefährlichen und schweren Körperverletzungen 13,8 Prozent und bei Raubdelikten 25,8 Prozent. Da die S-Bahn keine Zahlen erhebt, ist dies allerdings nur ein Ausschnitt, aber er zeigt, dass wir ein erhebliches Problem haben und über diese Dinge nicht einfach hinweggehen können, auch wenn es vielleicht unangenehm ist, darüber zu reden.

Fakt ist, dass die Menschen sich unwohl fühlen, wenn sie es für unsicher halten, mit U-Bahn und S-Bahn zu fahren. Dies ist nicht nur deshalb schlecht, weil wir es nicht dulden dürfen, dass einige meinen, sie hätten sich nicht an Regeln zu halten. Schlecht ist es auch für das Image des ÖPNV in Bezug auf die Sicherheit und es führt gerade nicht dazu, dass die Menschen das tun, was wir alle immer propagieren, nämlich das Umsteigen vom Auto auf den umweltfreundlichen öffentlichen Personennahverkehr. Gerade diejenigen, die es sich nicht leisten können, auf Taxi oder Auto auszuweichen, haben einen Anspruch auf Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln und insofern ist das Thema Sicherheit im öffentlichen Raum auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Der Anfrage meiner werten Kollegen ist ebenfalls zu entnehmen, dass in bestimmten Schwerpunkstationen mit Umsteigefunktion die Deliktdichte am größten ist, insbesondere am Wochenende, wenn häufig auch noch Alkohol im Spiel ist. Daraus er-

(Ingo Egloff)

gibt sich, dass bei diesen Stationen angefangen werden muss, verstärkt Sicherheitspersonal einzusetzen. Mit unserem Konzept "Bahnsteigkante" haben wir den Versuch unternommen, die Defizite, die in den letzten Wochen offensichtlich geworden sind, aufzugreifen und für Abhilfe zu sorgen.

Wir wollen gar nicht bestreiten, dass in den letzten Jahren auch Positives passiert ist. Die Aufstockung der Hochbahnwache um 25 Mitarbeiter auf 200 Einsatzkräfte und die Einführung der Videoüberwachung – die zwar nicht zur Verhinderung dieser Taten geführt hat, aber immerhin dazu, dass die Täter schnell identifiziert werden können – halten wir für positiv und erwähnen diese Maßnahmen deswegen auch noch einmal ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Jetzt kommt es darauf an, Präsenz zu zeigen, und zwar an den Stellen, die als Gefahrenschwerpunkte erkannt wurden. Dass man dazu Personal benötigt, ist klar, dass dieses Personal etwas kostet, ist auch klar. Deshalb gibt es unsererseits den Vorschlag, zu versuchen, Menschen im Rahmen von Arbeitsmarktmaßnahmen für diese Tätigkeit zu qualifizieren. So etwas hat es in der Vergangenheit schon einmal gegeben, und zwar mit Erfolg vor einigen Jahren bei der S-Bahn. Wenn es nicht reicht oder nicht möglich ist, das über Arbeitsmarktmaßnahmen zu realisieren, dann muss man über andere Arten der Finanzierung nachdenken. Auch dazu haben wir in unserem Antrag Vorschläge unterbreitet.

In Zukunft wird es darauf ankommen, dass die Sicherheitsdienste der einzelnen Verkehrsunternehmen nicht nebeneinander her, sondern koordiniert arbeiten mit dem Ziel, diese später in einen gemeinsamen Sicherheitsdienst des HVV zu überführen. An diesem Punkt ist der Senat gefordert, mit der Deutschen Bahn über diese Forderung zu verhandeln.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich spielt die Frage der Bekämpfung des Alkoholkonsums in den Bahnen eine wichtige Rolle. Die Metronom Bahn AG hat gezeigt, dass man dabei Erfolge erzielen kann, denn seit der Einführung des Alkoholverbots ist die Zahl der Straftaten um 70 Prozent zurückgegangen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Schira, hatte recht, als er am 21. Mai dieses Jahres erklärte, er halte nichts von bunten Kampagnen gegen Alkoholkonsum in Bus und Bahn, um an die Menschen zu appellieren, sondern dass stattdessen das Geld lieber in die Menschen investiert werden solle, die tatsächlich für Sicherheit sorgen. Der Mann hat recht und deswegen haben wir diesen Antrag gestellt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Einer der lichten Momente von Herrn Schira!)

Ich begrüße es daher, dass wir, wie dem Fahrplan für die Bürgerschaft zu entnehmen ist, anscheinend gemeinsam das Anliegen haben, diese Frage in den Ausschüssen zu diskutieren und auch gemeinsam nach Lösungen zu suchen, denn so zu tun, als gäbe es dieses Problem nicht, nehmen uns die Menschen in der Stadt nicht ab. Sie haben ein feines Gespür dafür, wenn irgendetwas nicht in Ordnung ist, auch wenn wir von objektiver Sicherheitslage und subjektivem Sicherheitsgefühl reden. Die Sicherheitslage im öffentlichen Personennahverkehr ist im Moment nicht in Ordnung und deswegen sind wir alle aufgefordert, im Interesse der Stadt gemeinsam Lösungen zu suchen, und ich bin optimistisch, dass uns das gelingt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Herr Hesse hat das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dieser Debatte können wir sehr viel Zeit einsparen, denn es gab in der Rede von Ingo Egloff wirklich nichts, bei dem ich eine andere Auffassung vertreten würde.

(Beifall bei *Egbert von Frankenberg CDU* und der SPD – *Michael Neumann SPD*: Gleich beschließen! Nicht überweisen!)

Es ist völlig unstrittig, dass Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr ein dringendes Problem für unsere Stadt ist. Es ist ein dauerhaftes Problem, über das wir nicht hinweggehen, lieber Ingo Egloff, sondern auf das wir hinsehen. Ich würde mir auch wünschen, dass in der Öffentlichkeit noch mehr hingesehen wird, auch im öffentlichen Personennahverkehr, und dass es noch mehr Zivilcourage im öffentlichen Personennahverkehr gäbe. Der Ruf nach Sicherheit ist richtig und ihm muss angemessen gefolgt werden, aber auch der Ruf nach mehr Zivilcourage, nach Hinsehen, wenn etwas im öffentlichen Personennahverkehr geschieht, ist mindestens genauso wichtig.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wie Ingo Egloff sagte, ist die Situation im öffentlichen Personennahverkehr nicht katastrophal und es ist nicht so, dass die Menschen Angst haben müssten, mit Bussen und Bahnen zu fahren. In den letzten Jahren ist tatsächlich sehr viel geschehen und das muss man auch einmal als Kompliment an unsere Verkehrsunternehmen weitergeben, denn sowohl die S-Bahn als auch die Hochbahn, PVG und VHH haben in den letzten Jahren etwas für die Sicherheit getan. Ich erwähne die Videoüberwachung, die wir im Parlament durchaus auch kontrovers diskutiert haben. Es gibt mittlerweile hoffentlich niemanden mehr im Parlament, der sie wieder weg haben möchte. Ich erinnere

(Klaus-Peter Hesse)

mich auch, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, dass Sie sich immer wieder über die Erhöhung der HVV-Tarife beschwert haben, obwohl wir damit natürlich auch Investitionen für die Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr getätigt haben.

(Karin Timmermann SPD: Es gab auch Zeiten, in denen Sie sich darüber beschwert haben!)

Es ist eine kontinuierliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die bestehenden Konzepte noch weiter verbessert werden. Seit 2009 wird das Sicherheitspersonal nun verstärkt in den Abend- und Nachtstunden eingesetzt. Seit Januar 2010 wird zudem jede S-Bahn am Wochenende nach 23 Uhr von Sicherheitskräften begleitet, denn gerade in den freitags und samstags nachts durchfahrenden S-Bahnen haben wir ein großes Problem. Als Reaktion auf die schlimmen Vorfälle, die am Jungfernstieg, aber auch woanders passiert sind, wurde in den letzten Wochen das Sicherheitspersonal der Bahn noch einmal um 10 Prozent auf 220 Mitarbeiter aufgestockt. Bei allem berechtigten Ansinnen der SPD mit diesem Antrag ist es eine kontinuierliche Aufgabe, der der Senat, aber auch unsere Verkehrsunternehmen in den letzten Jahren immer gerecht wurden.

Einen großen Kritikpunkt habe ich aber doch, denn an einer Stelle geht mir der Antrag zu weit. Darüber werden wir uns sicherlich auch noch einmal im Ausschuss unterhalten müssen. Auch bei Ingo Egloff habe ich eben ein bisschen herausgehört, dass er sich auch nicht 100-prozentig sicher ist, ob das die beste Idee ist. Da geht es um die Qualifizierung des Personals, das als weiteres Sicherheitspersonal eingesetzt werden soll. Sicherheit ist ganz klar ein hohes Gut und bedarf gut qualifizierter und erfahrener Fachkräfte. Dafür kann man nicht einmal irgendwie jemanden in einem Kurzausbildungslehrgang qualifizieren. Wenn wir solche Menschen im öffentlichen Personennahverkehr einsetzen, dann müssen wir uns auch sicher sein, dass sie das richtige Fingerspitzengefühl haben und bitte auch nur da zupacken, wo sie zupacken sollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle Module sind hilfreich, um mehr Sicherheit zu erlangen, aber Gewalt ist natürlich ein gesellschaftliches Problem, das nicht nur in den U- und S-Bahnen oder generell im öffentlichen Personennahverkehr stattfindet. Tatsächlich finden 97 Prozent der Gewaltdelikte in Hamburg auf Straßen, Plätzen und in Wohnungen statt und nur 2,5 Prozent im öffentlichen Personennahverkehr.

Hier habe ich eine weitere Bitte: Wenn wir über dieses Thema sprechen – das werden wir auch noch im Ausschuss ergebnisoffen tun –, dann bitte in einer Form, die die Menschen nicht verängstigt. Ich glaube, man muss sehr deutlich sagen, dass,

wer heute mit Bussen und Bahnen durch die Stadt fährt, in der Regel sicher ist, er ist nicht in Gefahr. Gefahr droht an sehr vielen anderen Plätzen dieser Stadt. Also lassen Sie uns mit Augenmaß über dieses Thema sprechen und keine subjektiven Ängste bei den Menschen schüren, denn im Großen und Ganzen ist der öffentliche Personennahverkehr sicher. Ich möchte mit Ihnen gemeinsam – lieber Ingo Egloff, wir haben gestern gehört, die Berliner hätten ein ähnliches Problem und überlegen auch, was sie machen können – im Ausschuss sehen, wie wir das, was wir gemacht haben, vielleicht noch verbessern können. Der Antrag ist ein erster Ansatz, wir wollen schauen, ob wir darauf aufbauen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel: Die Abgeordnete Gregersen hat das Wort.

Martina Gregersen GAL:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wissen, dass Videokameras in Notsituationen überhaupt nicht helfen können, dass sie Täter leider auch nicht abgeschreckt haben und dass die gefühlte Sicherheit durch weitere Kameraaugen nicht unbedingt steigt. Von daher, liebe SPD, ist Ihre Forderung nach noch mehr Personal im öffentlichen Personennahverkehr obsolet. Die von der Hamburger Hochbahn vorgelegten Statistiken über Gewaltdelikte im Bereich der Hochbahn zeigen auch, dass eine Verdoppelung beim Sicherheitsdienst 1998 fast zu einer Halbierung der Gewaltfälle geführt hat. Die Statistik zeigt aber auch, dass wir erst seit der Einführung des Nachtverkehrs wieder einen leichten Anstieg zu verzeichnen haben. Trotzdem ist die Hochbahn mit 281 gezählten Gewaltdelikten bei circa 400 Millionen Fahrgästen pro Jahr ein immer noch sicheres Verkehrsmittel, auch wenn jede Tat und jedes Opfer eines zu viel sind.

(Beifall bei der GAL und bei Kai Voet van Vormizeele CDU)

Ich fühle mich im ÖPNV sicher und das auch spätabends und nachts. Dass die Fahrgäste der Hochbahn sich auch immer sicherer fühlen, spiegelt auch die Befragung der Nutzerinnen und Nutzer der Hochbahn wider. In den letzten Jahren stieg das objektive Sicherheitsempfinden der Fahrgäste stetig. Aber trotzdem gibt es seit der Einführung des durchgängigen Nachtverkehrs an den Wochenenden diesen Anstieg der Gewaltdelikte. Die Antwort auf die Kleine Anfrage der SPD, Drucksache 19/5427, nennt uns eine Fallzunahme von 235 auf 281. Die Anfrage zeigt aber auch, dass räumliche Schwerpunkte von Gewaltdelikten nicht feststehen und für die Hochbahn auch nicht zu erkennen sind. Deshalb ist die Frage, an welcher Stelle und mit welchen Ressourcen die Si-

(Martina Gregersen)

cherheitslage weiter verbessert werden kann, nicht im Schnellverfahren zu beantworten, Herr Egloff.

(Ingo Egloff SPD: Deshalb tun wir das ja im Ausschuss!)

Auch die SPD hat dies gemerkt, will mit der Erstellung eines Lagebildes vorschalten und dann erst die Frage klären, ob mehr Personal gebraucht wird. Aber das ist genau das Problem des SPD-Antrags, dass die Aktion schon vor der Analyse anfängt. Zuerst wird in Bausch und Bogen mehr Sicherheitspersonal gefordert, dann sollen Arbeitslose in diese Lücke springen und erst am Ende machen wir uns dann Gedanken, wo das Personal herkommt und ob es überhaupt Sinn macht. Das ist Effekthascherei, das finde ich schade, verantwortungsvolle Politik, meine lieben Kollegen, geht anders.

(Beifall bei der GAL und bei Kai Voet van Vormizeele CDU)

Die Frage, ob zusätzlicher Sicherheitsservice aus Ein-Euro-Jobbern die Sicherheitslage wirklich verbessert, müssen wir erst einmal einschätzen, bevor wir dieses Instrument einsetzen. Da helfen die Erfahrungen der rund 100 jetzt schon eingesetzten Arbeitsgelegenheiten im Bereich des HVV. Es ist also nicht so, dass die SPD auf eine neue, originelle Idee gekommen ist, aber wir müssen das alles erst einmal auswerten.

(Karin Timmermann SPD: Das ist eine Unterstellung!)

Die von der SPD eingebrachte Finanzierung des Sicherheitspersonals über die Fahrpreise muss auch gut überlegt sein. Sie sprachen hier von 2 bis 3 Cent pro Fahrt. Wenn das wirklich 250 Kräfte wären und wir alle Kosten inklusive rechnen, dann würde das eine Fahrpreiserhöhung von ungefähr 2,5 Prozent bedeuten. Es ist die Frage, ob wir das wirklich wollen; ich möchte es nicht unbedingt.

Weil die Hochbahn, die Deutsche Bahn und auch die S-Bahn dicht an der Situation dran sind, wurde bei beiden Organisationen das Personal bereits um 10 Prozent erhöht. Zusammengerechnet beträgt das Sicherheitspersonal bereits 550 Personen. Das ist eine Zahl, hinter der wir uns nicht verstecken müssen. Die Höhe des Sicherheitspersonals zeigt, dass auf die jüngsten Anstiege der Fallzahlen bereits reagiert wurde.

Ich möchte noch einmal zum Alkoholverbot kommen. Vom Grundsatz her befürworten wir eine Haltung, die Menschen erst dann sanktioniert, wenn ihr Verhalten dazu konkreten Anlass gibt. Wer friedlich alkoholisiert Bahn fährt, den möchte ich nicht davon abhalten, denn ein betrunkenen Partygänger in der Bahn ist mir dort allemal lieber, als wenn er sich in sein Auto setzt und versucht, selbst zu steuern.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU und bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Die generelle Durchsetzung pauschaler Verbote ist auch sehr aufwendig, wenn sie flächendeckend und nicht willkürlich sein soll. Zudem wird mit dem Alkoholverbot im öffentlichen Personennahverkehr noch ein neues Problem geschaffen, denn wenn man Menschen überprüft, wie will man dann überprüfen, ob im Orangensaft Wodka ist oder in der Colaflasche Whisky oder Rum. Es wird schwierig und wir müssen das vorher klären.

Problematisch wird es aber auch dann, wenn es zu Belästigungen oder Bedrohungen von Mitreisenden kommt. Hier kann aber die Bahn auch heute schon eingreifen, lästige Personen oder Randalierer können vor die Tür gesetzt werden. Von daher müssen wir nicht diesen Schnellschuss machen, wie ihn die SPD wünscht.

Wir können über ein Alkoholverbot im HVV gern diskutieren. Ich bin mir aber nicht sicher, ob es wirklich unser gesellschaftliches Problem im Umgang mit Alkohol verbessert. Die Hochbahn hat bei diesem Thema bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt, bei der alle Beteiligten des ÖPNV mitarbeiten und die Erfahrungen des Alkoholverbotes im Metronom auswerten werden. Diese Ergebnisse sollte man abwarten, bevor man so einen Antrag stellt und dann sollten wir schauen, ob wir das in Hamburg wollen. Gern diskutiere ich das mit Ihnen gemeinsam im Stadtentwicklungsausschuss, aber bitte betreiben Sie nicht vorher mit so einem Antrag wilden Aktionismus. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Die Abgeordnete Frau Schneider hat das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Wir werden der Überweisung an den Stadtentwicklungsausschuss zustimmen und werden gegen die Überweisung an den Innenausschuss stimmen, und zwar deshalb, weil unseres Erachtens ein Problem des öffentlichen Nahverkehrs angesprochen ist. Ich halte es nicht für angemessen, dass wir jetzt anlässlich einiger Ereignisse eine allgemeine Gewaltdebatte führen, die übergreifend ist und bei der Probleme der Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr mit einer allgemeinen Debatte über Gewalt vermengt werden.

Es ist mehrfach gesagt worden, dass die SPD eine verstärkte Präsenz von Service- und Sicherheitskräften fordert und geprüft haben will, ob das durch eine Aufstockung der bestehenden Sicherheitsdienste oder durch Bildung einer neuen Service-

(Christiane Schneider)

einheit aus bisher Arbeitssuchenden gewährleistet wird.

Ein Problem – hier stimme ich vielleicht mit Ihnen oder Herrn Hesse nicht ganz überein – ist nicht zu bestreiten. Im ÖPNV hat es seit Jahrzehnten einen dramatischen Personalabbau gegeben. Das Netz ist ausgeweitet worden, die Fahrgastzahlen sind enorm gestiegen, teilweise um ein Vielfaches, das Personal hat sich hingegen seit 1950 mehr als halbiert. Die Züge sind von Personal entleert, ebenso die Bahnhöfe, selbst die großen. Man kann überhaupt nicht bestreiten, dass es bei vielen Leuten Angstgefühle gibt. Diese Angst gibt es zum Beispiel bei Jugendlichen, die am Wochenende ausgehen, ob diese Angst nun begründet ist oder nicht. Ebenso gibt es diese Angst bei vielen älteren Menschen, bei Frauen zum Beispiel, wenn sie abends mit der U-Bahn fahren, und dieser Angst muss man in gewisser Weise Rechnung tragen. Die Tatsache, dass die Züge und die Bahnhöfe derart von Personal entleert sind, ist nicht gut. Deswegen finden wir es nicht schlecht, wenn es eine gewisse Wende oder wenigstens einen Stopp in der seit Jahrzehnten kurzatmigen Personalpolitik im Bereich des HVV gibt, und zwar eine Wende, die sich an den Bedürfnissen einer ausreichend sicheren Mobilität in einer Metropole wie Hamburg orientiert, und nicht vorrangig am Gewinn.

Den Gedanken, den jahrzehntelangen Personalabbau wenigstens leicht umzukehren und zusätzliches Servicepersonal einzustellen, unterstützen wir, aber wir unterstützen nicht – das sage ich vorsorglich – irgendeine Art von Niedriglohnvariante, sondern nur Lösungen, bei denen die geltenden Tarifverträge volle Anwendung finden. Was wir nicht wollen, ist eine vergleichsweise schlecht bezahlte Art von schwarzen Sheriffs.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Beim Problem Alkoholverbot stimme ich Frau Gregersen zu. Ich habe grundsätzlich immer Probleme mit der Verbotslogik. Hier ist eine Debatte zu führen und wird auch in der Gesellschaft geführt. Es gibt noch eine Menge Fragen zu klären, die man auch im Austausch mit anderen Großstädten erörtern muss, die beispielsweise schon ein Alkoholverbot und teilweise auch ein Ess- oder sogar Kaugummiverbot im ÖPNV verhängt haben. Es muss überlegt werden – Frau Gregersen hat es angesprochen –, ob ein Alkoholverbot nicht möglicherweise Leute, die trinken wollen, aus den U- und S-Bahnen in die Autos abdrängt und Alkohol im Straßenverkehr zunimmt.

Auch sind wir unbedingt dagegen, dass ein Alkoholverbot zu unverhältnismäßiger Kontrolldichte und maßloser Verhängung von Bußgeldern führt. In Köln zum Beispiel verzichtet man darauf, Bußgelder zu erheben, in anderen Städten werden Bußgelder verhängt, dafür wären wir jedoch nicht

zu gewinnen. Es ist beispielsweise aus Düsseldorf und München bekannt, dass es zumindest in der ersten Zeit des Alkoholverbots erhebliche, auch körperliche, Auseinandersetzungen zwischen Fahrgästen, die sich nicht an das Verbot gehalten haben und kontrolliert wurden, und dem Servicepersonal gekommen ist. Deswegen müssen diese Fragen diskutiert werden und auf jeden Fall muss verhindert werden, dass es zu unverhältnismäßigen Praktiken von Kontrolle und Überwachung insbesondere von Jugendlichen kommt.

Die Forderung nach einem vollständigen Verbot des Tragens jeglicher Waffen im Sinne des Waffengesetzes kann ich überhaupt nicht begreifen, weil mir nicht bekannt ist, dass man überall Waffen tragen kann. Das bedeutet meiner Meinung nach realitätsbezogen gar nichts, es ist eine reine Symbolpolitik und ich denke, eine Symbolpolitik der schlechten Art. Wenn man diese Forderung erhebt, suggeriert dies, dass es jetzt legitim und gang und gäbe sei, zudem auch unproblematisch, dass Menschen mit Waffen im öffentlichen Nahverkehr fahren. Sie suggeriert auch, wenn man das Verbot fordert, dass eigentlich potenziell ein erheblicher Anteil von männlichen Jugendlichen Waffen mit sich führt. Das schürt Angst und auch eine Art von Generalverdacht.

Wenn Sie diese Forderung aber nicht nur aus symbolischen Gründen erheben, sondern das Mitführen von Waffen tatsächlich unterbinden wollen, dann zielen Sie mehr oder weniger offen auf verdachtsunabhängige Kontrollen. Dann müssen vielleicht junge Leute ihre Rucksäcke öffnen und das halte ich für nicht vereinbar mit den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der männlichen Jugend, die dann die Zielgruppe solcher Kontrollen wäre.

Wir unterstützen also die Überweisung an den Stadtentwicklungsausschuss. Herr Hesse hat schon richtig darauf hingewiesen,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Ja, das hat er!)

dass nur ein kleiner Teil der Gewalt im öffentlichen Nahverkehr passiert. Hierzu hat auch die Kleine Anfrage einiges aufgezeigt. Es sind 281 Gewaltdelikte gewesen, eine lokale Konzentration ist nicht zu erkennen. Man kann sagen, dass 50 Prozent aller Gewaltdelikte im U-Bahn-Bereich, jedenfalls in den Nächten auf Samstag und Sonntag, stattfinden. Und wenn wir jetzt eine Gewaltdebatte führen, sind wir nicht der Meinung, dass wir sie anlässlich der Debatte um die Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr führen sollten. Wir halten diese Debatte über die Ursachen von Gewalt, das sagten wir schon mehrfach, für dringend erforderlich und wir werden eine solche Debatte auch führen.

Die Tendenz in diesem Antrag ist – deswegen wollen wir ihn auch nicht an den Innenausschuss überweisen –, dass diese Debatte über Jugendge-

(Christiane Schneider)

walt, die so wichtig ist, immer als eine Debatte über Verstärkung der Kontrolle, Verstärkung der Überwachung, Verstärkung der Repression geführt wird und nicht an die Ursachen herangeht.

Was Sie jetzt fordern, kostet sehr viel, das Geld könnte man auch anderweitig ausgeben.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Ich hatte gehofft, dass Sie von allein etwas leiser werden würden. Bitte, folgen Sie doch den Worten der Rednerin aufmerksam.

Sie haben das Wort, Frau Schneider.

Christiane Schneider (fortfahrend): – Wenn es Sie nicht interessiert, können Sie trotzdem leise sein.

Ich möchte das an einem Beispiel verdeutlichen. Die Sportvereine beispielsweise erreichen 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen. Sie machen eine Menge Angebote, leiden jedoch zum erheblichen Teil an Finanznöten. Es gibt Angebote, die dann teilweise nicht aufrechterhalten werden können, für Sport am Abend, Sport in der Nacht.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Ja, Sport um Mitternacht!)

Ich sagte es bereits, 50 Prozent der Gewalttaten im U-Bahn-Bereich finden in den Nächten auf Samstag und Sonntag statt; es wäre doch toll, wenn es da Sportangebote geben würde. An den Wochenenden steigt natürlich der Testosteronspiegel, es steigt der Alkoholspiegel, die jungen Leute drängen in die Innenstadt und wollen etwas erleben, eben auch solche, die grundsätzlich frustriert sind, weil ihnen die Gesellschaft wenig Perspektiven bietet. Hier wäre es wirklich gut, wenn es verschiedene Versuche gäbe, diesen Jugendlichen Perspektiven zu bieten, sie zu integrieren, den Desintegrationserscheinungen entgegenzuwirken. Es wäre doch ein kreativer Ansatz, wenn man sich überlegt, was man tun kann und an Abwechslungen anbietet, statt die Kontrollen und die Überwachungen immer mehr zu erhöhen. Solche Debatten sollten geführt werden, aber nicht anlässlich dieses Antrags. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Dressel, Sie haben das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Debatte darüber, was im Bereich Jugendgewalt getan werden muss, haben wir miteinander aufgenommen. Wir haben die Arbeit an diesem Einzelfall jetzt gemacht, auch in der Frage, wie das Handlungskonzept gegen Jugendgewalt weiterentwickelt werden muss mit den

vielen präventiven Aspekten; das ist die eine Baustelle.

Hier haben wir jetzt einen konkreten Bereich herausgenommen, nämlich die Frage der Sicherheit im ÖPNV. Das soll nicht gegeneinander ausgespielt werden, es sind verschiedene Themenfelder, die bearbeitet werden müssen. Zum Bereich Jugendgewalt haben wir jetzt einen Diskussionsprozess vereinbart zum Handlungskonzept, an dem noch weitergearbeitet werden muss.

Ich möchte nur zwei Sachen ansprechen zum Alkoholverbot. Unser Vorschlag zum Alkoholverbot ist interessanterweise dem ähnlich von Herrn Ahlhaus und Herr Wersich hat es auch gefordert. Jetzt habe ich von den Grünen gehört, dass es nicht ihren Vorstellungen entspräche. Die Vorschläge des HVV, 15 Euro Strafzahlungen für Pöbeltrinker zu erheben, haben natürlich auch Anwendungsprobleme, nämlich wo genau die Grenze zu ziehen ist, wann eine Belästigungsschwelle erreicht ist. Dies scheint mir eher eine Alibiveranstaltung zu sein. Eine klare Regelung zum Alkoholkonsum in U- und S-Bahnen wäre das, was wir vorschlagen und was durchaus auch im Senat überlegt wird. Insofern sollten Sie sich von Ihrer Seite aus noch ein bisschen bewegen.

Bei der Frage des Waffenverbots bei den Beförderungsbedingungen ist bizarrerweise im Moment das Tragen von Schusswaffen ausdrücklich verboten. Es gibt keine Regelung zu den Stichwaffen. Schauen Sie einmal zu anderen Verkehrsverbünden, zum Beispiel nach Berlin. Dort gibt es ein allgemeines Waffenverbot entsprechend den Regelungen des Waffengesetzes. Die Frage ist erst einmal, welche Formulierung in den Beförderungsbedingungen steht.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Sie müssen nicht hineinschreiben, was schon umgesetzt worden ist, Herr Dr. Dressel!)

– Warum steht dann zum Beispiel das Schusswaffenverbot dort schon drin?

Insofern gibt es einen Ansatz, bei dem man weitergehen kann. Lassen Sie uns das gemeinsam im Ausschuss diskutieren.

Ein letzter Punkt: Hier sollten wir vielleicht einmal ein wenig innehalten, weil Herr Hesse so viel von dem Sicherheitsempfinden gesprochen hat. In den letzten Wochen haben die Ereignisse in der Tat – Herr Egloff hat es angesprochen – dazu geführt, dass das Sicherheitsempfinden der Menschen, bezogen auf den ÖPNV, nicht besser geworden ist. Es hat Umfragen gegeben, die auch repräsentativ waren, nach denen 73 Prozent der befragten Hamburger Angst haben, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen. 40 Prozent sind schon einmal belästigt worden im öffentlichen Nahverkehr. Ich denke, wir müssen das ernst nehmen und das sollten wir in den nächsten Wochen bei den Beratungen

(Dr. Andreas Dressel)

auch tun. Gerade an dieser Stelle ist das subjektive Sicherheitsempfinden entscheidend, wenn es darum geht, mehr Leute zum Umstieg zu bewegen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/6370 an den Innenausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das mit Mehrheit abgelehnt.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/6370 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 23 auf, Drucksache 19/6373, Bericht des Sozialausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Landespflegegesetzes.

[Bericht des Sozialausschusses über die Drucksache 19/5818:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Landespflegegesetzes (Senatsantrag)

– Drs 19/6373 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr von Frankenberg, bitte.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben heute schon viel über Haushalt und Sparmaßnahmen geredet und auch bei unserer heutigen Anmeldung zur Debatte geht es um eine Sparmaßnahme. Wenn man konkret wird, dann stellt man meistens fest, dass Sparen nicht populär ist, aber uns ist auch wichtig, Transparenz zu schaffen und dies nicht im Verborgenen zu tun. Deswegen wollen wir heute als Regierungsfraktion eine Debatte mit Ihnen führen, die vielleicht nicht immer ganz leicht ist; das hatte schon die Beratung im Ausschuss ergeben.

Sparen fällt nicht immer leicht, aber es ist notwendig. Wir müssen alle Ausgaben der Stadt überprüfen. Die gesetzlichen Leistungen, an die wir gebunden sind, stehen ohnehin nicht zur Disposition. Insofern müssen wir uns bei den Punkten, bei denen wir Handlungsspielraum haben, immer genau fragen, ob wir uns das noch leisten können. Schließlich haben wir die Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Worum geht es bei diesem Gesetz genau? Das Landespflegegesetz sieht bisher einen Investitionskostenzuschuss vor. Wir wollen, dass dieser ab dem 1. Juli entfallen soll und ich halte das für vertretbar. Bisher war in der durch die seinerzeit neu

eingeführte Pflegeversicherung seit 1995 eine spezielle Förderung vorhanden. Zehn Länder haben das aber gar nicht angenommen und außer Hamburg sind es mittlerweile nur noch drei, die diese spezielle Förderung haben. Wenn man sich das genauer ansieht, dann stellt man fest, dass es im Grunde genommen ein Fehlanreiz ist, denn es ist eine Bevorzugung der stationären Pflege. Wir sind jedoch grundsätzlich der Meinung, dass ambulant vor stationär gehen sollte.

Vor diesem Hintergrund halten wir diese Maßnahme für gut vertretbar. CDU, GAL und Senat haben sich aber auch überlegt, den ursprünglichen Entwurf zu ändern, und zwar wollen wir eine Besitzstandswahrung als Übergangsregelung. Wir greifen hier eine Anregung des Landesseniorenbeirats und anderer auf, die sich an uns gewandt haben. Dies tun wir vor dem Hintergrund, dass diejenigen, die jetzt schon in einer Einrichtung leben, im Wissen um die derzeit noch geltende Regelung vielleicht diese Entscheidung getroffen hatten. Diese Menschen brauchen einen gewissen Vertrauensschutz. Deswegen ändert sich für die Bewohnerinnen und Bewohner, die jetzt in einem Pflegeheim wohnen, so lange sie leben, nichts. Das hat darüber hinaus den Vorteil, dass eine Neuberechnung entfällt. Man muss allerdings sagen, dass die ursprünglich geplante Einsparung dann auch nicht in vollem Umfang realisierbar ist; es handelt sich aber um eine aufwachsende Angelegenheit.

Mit der Übergangsregelung zur Besitzstandswahrung ist dies eine faire Regelung. Bei der öffentlichen Anhörung im Ausschuss haben wir dafür viel Zuspruch bekommen und ich konnte feststellen, dass es für diese Übergangsregelung durchaus Unterstützung gibt.

(Kersten Artus *DIE LINKE*: Bei welcher Anhörung waren Sie denn?)

Exemplarisch für die SPD ist allerdings, dass sie zwar, was die Haushaltspolitik angeht, grundsätzlich für das Sparen ist, aber immer dann, wenn es konkret wird, dagegen ist. Die Vorschläge bleiben dann im Allgemeinen, sind nebulös oder für Hamburg nicht wirklich durchführbar. Ich nehme an, dass sich Herr Kienscherf gleich in seiner betont sachlichen Art noch einmal mit der geplanten Maßnahme auseinandersetzen wird. Ich habe allerdings festgestellt, dass es leichter ist, wenn man mit der SPD über Haushalt oder Konsolidierung reden möchte, einen Wackelpudding an die Wand zu nageln, als zum Ziel zu kommen. So geht es nicht.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Wir sehen uns in der Verantwortung für die Geschicke unserer Stadt und dem wollen wir uns auch stellen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Kienscherf hat das Wort.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr von Frankenberg, wenn Sie sagen, dass Sie für Transparenz sind und deshalb diese Debatte anmelden, dann sollten Sie den Leuten nicht vorenthalten, dass Sie vorhin dafür plädiert haben, diese Debatte zu streichen. So viel zum Thema Transparenz und zum Thema Ehrlichkeit und dazu, dass die CDU diese schwierigen Themen angeblich in der Bürgerschaft ansprechen will. Ich finde, das sollte einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU:* Ja, ihr Sozialdemokraten!)

– Herr Beuß, bleiben Sie ganz ruhig.

In der Globalrichtlinie wie im Gesetz selbst steht hinsichtlich des Ziels der Einzelförderung, dass mit diesem Förderinstrument versucht werden soll, pflegebedürftige Menschen in den Heimen vor dem Sozialhilfebezug zu bewahren. Gerade vor dem Hintergrund der heutigen Haushaltslage ist es für uns Sozialdemokraten immer noch ein wichtiges Ziel, möglichst wenig Menschen in die Sozialhilfe abgleiten zu lassen. Wir werden alles tun, damit dies nicht passiert.

(Beifall bei der SPD)

Herr von Frankenberg, Sie haben auch angesprochen, was der Senator am 6. April in seiner Presseerklärung sagte,

(*Jörn Frommann CDU:* Mit Recht!)

nämlich warum Sie die Einzelförderung streichen wollen. Er hat zwei Dinge genannt, zum einen die Haushaltskonsolidierung. Es ist immer erstaunlich, warum gerade solche Dinge passieren müssen, weil der Haushalt in diesem Bereich in die Schieflage geraten ist. Über die Glaubwürdigkeit dieser Angelegenheit haben wir vorhin schon diskutiert.

Das Zweite, was Sie auch vorgebracht haben, ist das Thema Fehlanreize. Auch der Senator hat gesagt, es habe zu Fehlanreizen geführt. Menschen sind also eher in die stationäre Unterbringung gegangen, anstatt sie zu Hause ambulant zu pflegen. Wenn wir schon über Transparenz und Ehrlichkeit sprechen, dann möchte ich bitte von Ihnen oder dem Senator eine Stellungnahme eines Sozialverbandes, eines Wohlfahrtsverbandes und eines Privatmenschen haben, der sagt, diese Einzelförderung habe dazu geführt, dass Menschen letztendlich in stationäre Einrichtungen gekommen seien. Das Gegenteil ist der Fall, es gab keinen Anreiz

(*Olaf Ohlsen CDU:* Natürlich!)

und von daher ist Ihr Argument unehrlich.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mit den Angehörigen sprechen, wenn Sie mit den Wohlfahrtsverbänden sprechen, sagen alle, dass die stationäre Unterbringung das letzte Mittel ist, dass viele Angehörige in Hamburg und Deutschland alles versuchen, um Angehörige erst einmal zu Hause zu pflegen. Da sind wir uns in der Politik eigentlich auch einig, dass dieser Weg unterstützt werden muss, ambulant vor stationär, das ist ganz klar. Aber dort, wo es nicht mehr geht und die stationäre Unterbringung eigentlich besser wäre, müssen wir verhindern, dass Menschen aus finanziellen Gründen oder weil ältere Menschen Angst davor haben auf eine stationäre Unterbringung verzichten. Das ist gegen das Wohl der Betroffenen und gegen das Wohl der Angehörigen und das kann doch nicht Ziel Ihrer Politik sein.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen haben wir dazu aufgefordert, dieses Thema sehr ausgiebig und transparent zu diskutieren in einer Expertenanhörung und auch in verschiedenen Ausschusssitzungen. Es ist schon erstaunlich, dass der Senator Ende letzten Jahres festgestellt hat, bei der Einzelförderung etwas zu tun, uns die Drucksache aber erst im Mai im Ausschuss erreicht hat

(*Olaf Ohlsen CDU:* Das ist doch früh genug!)

und man versucht hat, das Gesetz relativ schnell durchzupeitschen, und mit welcher Konsequenz? In der Presseerklärung des Senators wurde gar nicht darauf hingewiesen, welche Konsequenzen es hat. Nach seinen Vorstellungen, was Sie jetzt etwas abgemildert haben,

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

hatte der Sozialsenator dieser Stadt vor, 7400 Menschen die Förderung zu streichen und 2000 Menschen zusätzlich mit mindestens rund 4000 Euro im Jahr zu belasten. Wir reden immer darüber, dass alles sozial gerecht geschehen müsse, aber dass wir in diesem Bereich Menschen mit 4000 Euro mehr im Jahr belasten, ist beispiellos. Und dass dies gerade im Pflegebereich passiert, ist einfach zynisch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Sie haben selbst mitbekommen, für welche Unruhe dies in den Pflegeheimen und im Landessenorenbeirat gesorgt hat. Alle haben gesagt, es könne nicht angehen, dass diese Menschen freiwillig Auskünfte hinsichtlich ihrer Vermögensverhältnisse gegeben haben, dass sie damit geplant haben, aber auf einmal wird ihnen das Geld weggenommen. Gleichzeitig erfahren sie noch, zum Beispiel durch Vitanas, erhebliche Mietsteigerungen. Dieses hat Sie wahrscheinlich auch dazu gebracht, dass Sie sagten, hier wollten Sie die Notbremse ziehen.

(Dirk Kienscherf)

Aber es ist auch nicht ehrlich, wenn Sie sagen, es werde jeden Heimbewohner treffen beziehungsweise er würde davon profitieren. Das ist nicht der Fall. Es wird nur die Heimbewohner treffen oder begünstigen, die jetzt schon in der Einzelförderung sind. Diejenigen, die vor einem halben Jahr in ein Pflegeheim gekommen sind, deren Vermögen jetzt abgeschmolzen wird und die in zwei, drei Monaten eigentlich in die Einzelförderung gelangen würden, werden dort nicht hineinkommen. Die werden in den Sozialhilfebezug gehen oder, was die Behörde besonders gern möchte, die Angehörigen oder die Partner werden zur Kasse gebeten. Das ist aus unserer Sicht keine soziale Politik. Familien in diesem Land sind ohnehin schon über die Maßen belastet, sie brauchen Stärkung und keine Schwächung.

(Beifall bei der SPD)

Was hier geschieht, war weder transparent noch wurde es von irgendjemandem fachpolitisch begründet. Und es geschieht auch vor dem Hintergrund der Enquete-Kommission Pflege in Nordrhein-Westfalen, wo sich Ihre Parteikollegen eindeutig für den Fortbestand des Pflegewohngeldes eingesetzt haben. Hamburg vergibt hier die Chance, weiterhin sozial tätig zu sein, und Hamburg vergibt auch den Spielraum, den uns der Bundesgesetzgeber mit der Einführung der Pflegeversicherung und den finanziellen Möglichkeiten zum Wohle der Menschen eingeräumt hat. Das bedeutet einmal die Objektförderung, das heißt die Unterstützung beim Bau oder Umbau von Pflegeheimen mit öffentlichen Mitteln oder eben auch die direkte Unterstützung der Bewohner. Weil dies nicht geschieht und Sie einseitig bestimmte Gruppen belasten, können wir Ihnen nur sagen: Lassen Sie die Finger davon, machen Sie auch dort eine Kehrtwende und beseitigen Sie endlich diese Verunsicherung, die es in den Heimen gibt. Tun Sie etwas für die Familien, für die Pflegebedürftigen und nicht gegen sie und kümmern Sie sich um die Einzelfälle. Frau Blömeke, es ist zum Teil ganz bitter, was sich da abspielt. Daran müssten wir als Politiker eigentlich alle gemeinsam arbeiten. Dazu sind wir Sozialdemokraten bereit, aber wir sind nicht dazu bereit, bestimmte Personen einseitig zu belasten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, natürlich hat der Wegfall der Einzelfallförderung für Unruhe gesorgt, das ist selbstverständlich, weil jeder Einschnitt und jede Einsparung bei den Betroffenen für Unruhe sorgt. Wir haben das – und da haben Sie völlig recht – in den Anhörungen auch deutlich zu spüren bekommen. Die Menschen sind zu uns

gekommen, haben uns ihre Sorgen geschildert und wir haben uns das angehört und hinterher darüber diskutiert. Das kann man gar nicht wegre-den. Positiv geäußert haben sich die Besucher der Anhörungen über die Übergangsregelung, das war das, was eben Kollege Frankenberg meinte; das wurde positiv anerkannt.

Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass das nicht die einzige unbequeme Maßnahme sein wird, die im Laufe der Zeit vielleicht noch auf uns zu kommt. Ich habe bei Ihnen nach wie vor das Gefühl, dass Sie die Haushaltslage, über die wir vorhin ausgiebig debattiert und diskutiert haben und die der Bürgermeister deutlich dargestellt hat, einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich glaube auch, dass die Bürger erkennen müssen – vielleicht ist das heute durch die Debatte zum Teil geschehen –, dass wir schwierigen finanziellen Zeiten entgegengehen und dass wir die nur gemeinsam bewältigen können. Und wenn ich gemeinsam sage, dann meine ich auch, dass jeder – so ist es auch angekündigt worden – Politikbereich dazu etwas beiträgt. Aus diesem Grund haben wir uns zum Wegfall der Einzelfallförderung entschlossen. Ich gebe zu, dass dies eine unpopuläre Maßnahme und ein schmerzhafter Einschnitt für die pflegebedürftigen Menschen ist. Natürlich hätten wir diese Maßnahme ohne den Druck der Einsparungen vielleicht nicht angetastet, obgleich der fachliche Aspekt – auf den komme ich noch – eine ganz wesentliche Rolle spielt. Die Situation in unserer Stadt ist aber nun einmal so, dass Entscheidungen und Maßnahmen auf den Prüfstand gehoben werden müssen. Vor diesem Hintergrund geht es darum, die Einsparpotenziale in allen Bereichen zu nutzen, und daher halte ich den Wegfall der Einzelfallförderung für vertretbar. Es ist eben so ein bisschen untergegangen, als Sie sagten, ein Bundesland werde sie beibehalten, dass es diese einkommensabhängige Einzelfallförderung in zwölf weiteren Bundesländern ebenfalls nicht gibt.

Ich will Ihnen noch einmal kurz erläutern, worum es eigentlich geht, weil ich glaube, dass viele gar nicht genau wissen, worüber wir eigentlich reden. Wenn ein Mensch ins Pflegeheim geht, dann muss er ein Heimentgelt bezahlen. Das setzt sich für den zukünftigen Bewohner aus drei Faktoren zusammen, aus Unterkunft und Verpflegung, Pflegeleistungen und Investitionskosten. Die Investitionskosten beinhalten Aufwendungen für Instandhaltung, Mieten, Pachten, alles Mögliche, was dazu gehört, damit das Gebäude in Schuss bleibt und abbezahlt wird. Im Durchschnitt betragen diese Investitionskosten in Hamburg 460 Euro. Das ist für die Menschen, die in ein Heim gehen, eine Menge Geld. Reichte die Rente nicht aus, dann hatten zukünftige Heimbewohner bislang die Möglichkeit, einen Antrag auf einen Zuschuss – die Einzelfall-

(Christiane Blömeke)

förderung – zu stellen, um einen Zuschuss für diese Investitionskosten zu erhalten. Dieser Zuschuss fällt künftig durch die Änderung im Pflegegesetz weg.

Für die betroffenen Menschen bedeutet dies, dass sie einen höheren Eigenanteil für die Unterbringung im Pflegeheim zahlen müssen. Wenn sie dazu nicht in der Lage sind, dann treten auch jetzt schon die üblichen sozialhilferechtlichen Bestimmungen in Kraft. Das heißt – und das ist wichtig –, bevor die Solidargemeinschaft letztendlich durch Hilfe zur Pflege, die es in Hamburg auch gibt, für die Kosten aufkommt, werden das Einkommen, Vermögen und die unterhaltspflichtigen Angehörigen herangezogen.

Meine Damen und Herren! Es mag Ihnen nicht gefallen, wenn Kinder auch für ihre Eltern aufkommen müssen, und auch mir würde das vielleicht nicht gefallen, wenn ich betroffen wäre. Aber genau das sieht das Sozialrecht vor, und zwar nicht nur in diesem Fall, sondern in vielen anderen auch.

Allerdings zeigt sich heute schon, dass 73 Prozent der bisherigen Leistungsempfänger dieser Einzelfallförderung bereits Hilfe zur Pflege erhalten und somit weder selber noch über Angehörige für diese Investitionskosten aufkommen können. Es geht also um die verbleibenden 27 Prozent der betroffenen Menschen.

Es war der schwarz-grünen Koalition wichtig, einen Bestandsschutz zu verabschieden und dafür zu sorgen, dass die jetzigen Heimbewohner, die noch mit ganz anderen Kosten kalkuliert haben, geschützt werden. Ich will noch einmal deutlich sagen, dass da keine Unklarheit herrschte. Alle, die bis zum 30. Juni noch Anträge auf Einzelfallförderung stellen oder bereits im Heim sind und diesen Zuschuss bekommen, werden ihn lebenslang auch weiterhin erhalten. Aber für die Menschen, die jetzt einen neuen Heimplatz suchen und die weder selber noch über ihre Angehörigen die Investitionskosten bezahlen können, ist über die Hilfe zur Pflege gesorgt. Kein pflegebedürftiger Mensch muss aus finanziellen Gründen vor den Türen eines Pflegeheimes stehen bleiben.

Meine Damen und Herren! Mit dem Wegfall der Einzelfallförderung wird auf der einen Seite ein finanzieller Sparbetrag zur Konsolidierung im Bereich der Pflege geleistet und auf der anderen Seite verfolgen wir in der Tat damit die fachliche Zielsetzung "ambulant vor stationär". Dabei geht es aber nicht darum, wie Sie eben auch kritisiert haben, Herr Kienscherf, dass die Menschen mithilfe der Abschaffung der Einzelfallförderung in die ambulante Pflege gesteuert werden sollen. Es ist uns allen klar, dass man sich erst am Ende einer ganz langen Pflegekette für ein Heim entscheidet. Es geht vielmehr um die Abschaffung einer Ungleichbehandlung zwischen ambulanter und stationärer Pflege. Heimunterbringung ist bislang durch diese

Einzelfallförderung finanziell bevorzugt und die Versorgung in der ambulanten Pflege ist im Vergleich dazu sehr teuer.

Das Streichen von Leistungen fällt niemandem – das wissen auch die SPD-Politiker, die damals in der Regierung waren – leicht. Dennoch hält die Koalition nicht zuletzt aus den eben genannten fachlichen Gründen den Wegfall der Einzelfallförderung – vor allem mit dem eingebauten lebenslangen Bestandsschutz – für vertretbar. Nicht vertretbar ist die Argumentation der SPD – da stimme ich dem Kollegen Frankenberg zu –, die in der Tat meistens gegen alles ist, was wir vorschlagen, aber selten eigene Vorschläge macht, schon gar nicht in diesem Bereich.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Die Auseinandersetzung um die Kürzung des Pflegewohngeldes in Hamburg – EEF, Einkommensabhängige Einzelförderung genannt – hat eine erstaunliche Selbstoffenbarung mit sich gebracht. Und ich weiß heute, dass manch einer im Senat wohl eher glaubt statt zu wissen. In spiritueller Hinsicht finde ich das begrüßenswert und menschlich, in politischer Hinsicht verleitet dieser Glaube zu recht abgehobenem Verhalten.

Da ist zum einen der Glaube an den Generationenvertrag. Herr Wersich hält daran fest, dass die Jüngeren die Älteren finanziell unterstützen können und müssen, weil die Älteren früher die Jüngeren unterstützt haben. Dies ist das Basisargument von Herrn Wersich für die Streichung des Pflegewohngeldes. Und da ist der Glaube an das Benchmarking. Das ist in der Betriebswirtschaft ein systematischer und kontinuierlicher Prozess zum Vergleichen von Produkten, Dienstleistungen und Prozessen im eigenen Unternehmen sowie mit denen fremder Unternehmen in qualitativer und/oder quantitativer Hinsicht. Herr Senator Wersich – wenn es Ihnen recht ist, dass ich das so ausspreche, das mache ich gerne – hat herausgefunden, dass einige Bundesländer das Pflegewohngeld abgeschafft beziehungsweise es nie hatten; deswegen könne es auch in Hamburg weggelassen werden.

Beide Glaubensgrundsätze überzeugen mich nicht, um dem Wegfall des Pflegewohngeldes zuzustimmen. Der Generationenvertrag ist seit Langem brüchig. Wir lesen heute, dass die Kluft zwischen Arm und Reich größer wird und die Mittelschicht immer kleiner. Wir lesen, dass eigentlich niemand, der in den Siebziger-, Achtziger- oder Neunzigerjahren geboren wurde, davon ausgehen kann, dass er mit einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis in die Rente gehen kann und aus-

(Kersten Artus)

reichende Altersbezüge erhalten wird. Das Konzept des Generationenvertrages ist ein zur Moral verkommenes Modell, mit dem hier reine Ideologie betrieben wird, um den Menschen das Geld aus der Tasche zu ziehen.

(Olaf Ohlsen CDU: Na, na, na!)

Das Problem dabei ist, dass diese Moral immer noch ankommt. Bei der öffentlichen Anhörung am 26. Mai haben wir die Betroffenen gehört. Sie wollen ihren Kindern nicht auf der Tasche liegen. Lieber bleiben sie zu Hause, schummeln sich vielleicht durch angestrengtes Verhalten eine Pflegestufe herunter und verzichten auf ihr gutes Recht, in stationäre Pflege zu gehen.

(Olaf Ohlsen CDU: So ein Blödsinn!)

Wer einen stationären Pflegeplatz in Anspruch nimmt, hat ihn bitter nötig. Betroffene sind meist weit über 80 Jahre alt, sie sind oft dement. Und deswegen muss sich Herr Wersich auch die Kritik daran gefallen lassen, dass im Zusammenhang mit dem Pflegegeld der Begriff Fehlanreize gefallen ist. Herr Wersich stellte bei der Senatsbefragung am 7. Juni 2010 fest, dass Hamburg im Vergleich zu anderen Bundesländern einen sehr hohen Anteil an stationär Gepflegten hat und einen geringen Anteil an Angehörigen, die ihre Familienmitglieder pflegen. Das möchte er offensichtlich gern ändern, aber so funktioniert das nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Hamburg ist die Hauptstadt der Singlehaushalte und der Alleinverdiener/-innen. Schon allein deswegen ist Hamburg nicht mit anderen Bundesländern vergleichbar. Der Präses der Sozialbehörde möchte einen Beitrag dazu leisten, den Haushalt zu konsolidieren. Die schwarz-grüne Mehrheit wird die Gesetzesänderung heute leider gegen unsere Stimmen beschließen. Aber ich würde es geboten finden, dass Sie sich dahingehend korrigieren und zugeben, dass das Pflegegeld keinen Fehlanreiz geschaffen hat. Wenigstens das erwarte ich von Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Zur eingangs angesprochenen Selbstoffenbarung: Es war bewegend, was die Menschen bei der öffentlichen Anhörung am 26. Mai gesagt haben. Herr von Frankenberg und Frau Blömeke haben das bewusst unterschlagen, indem sie gesagt haben, die Menschen hätten sich gegenüber der Bestandsschutzsicherung wohlwollend geäußert. Sie haben aber überhaupt kein Verständnis gehabt dafür, dass das Pflegegeld gestrichen werden soll. Niemand machte auf mich den Eindruck, er würde das Pflegegeld abzocken, um es sich im Pflegeheim gemütlich zu machen. Dafür war es auch nie gedacht. Es ist ein Zuschuss, um Menschen davor zu schützen, in die Sozialhilfe abzu-

rutschen. Dies ist für viele Menschen ein großer Gewinn für den Erhalt ihrer Würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Es hat bei der Anhörung Rednerinnen und Redner gegeben, die mit bebender Stimme darauf aufmerksam gemacht haben, dass sie dieses Land nach 1945 aufgebaut haben, gerade das in großen Teilen zerstörte Hamburg. Sie haben die Stadt aufgebaut für die Generation, die jetzt aktive Politik macht und ihnen jetzt, wo sie alt und schwach sind, das Pflegegeld nimmt.

Es hat mich wirklich erschüttert, dass es auf der öffentlichen Anhörung niemanden gab, der es begrüßt oder zumindest Verständnis dafür geäußert hätte, dass das Pflegegeld gestrichen wird. Die Regierungsparteien haben nicht einmal eine einzige Wortmeldung zu ihren Gunsten erhalten und trotzdem halten sie daran fest. Ich habe deswegen bei der Senatsbefragung im Sozialausschuss am 7. Juni konstatiert, dass der Senat offensichtlich ein Vermittlungsproblem gegenüber den Menschen hat und sich offenbar nicht klar genug ausdrücken kann, wenn er das fachpolitisch so sinnvoll findet und sagt, man müsse dem zwar schmerzvoll zustimmen, aber jeder müsse nun mal seinen Beitrag leisten. Darauf antwortete Herr Senator Wersich, dass der Senat nicht direkt mit den Bürgern kommuniziere. Vielleicht liegt genau da das Problem. Es wird nicht mehr direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert. Es wird stattdessen Benchmarking betrieben und es werden abgehobene Entscheidungen getroffen.

Ich bin noch aus einem weiteren, sehr rationalen Grund gegen die beabsichtigte Streichung der einkommensabhängigen Einzelförderung. Da der Senat keine Kenntnis darüber hat, in welchem finanziellen Umfang Angehörige künftig herangezogen werden können, ist der Beitrag der Streichung des Pflegegeldes zur Haushaltskonsolidierung völlig unklar. Deswegen haben Sie, sehr geehrte Herren und Damen des Senats, und auch die Abgeordneten von CDU und GAL heute die letzte Gelegenheit, ein Zeichen zu setzen, dass Sie wenigstens im Nachhinein die Sorgen der Betroffenen und künftig Betroffenen verstanden und verinnerlicht haben.

Der Senat könnte zum Beispiel heute erklären, dass er die Streichung des Paragraphen 6 Landespflegegesetz so lange aussetzt, bis er einen Überblick gewonnen hat, wie weit er mit seinen anderen Kürzungen vorankommt. Er könnte die Streichung des Paragraphen 6 Landespflegegesetz ganz nach hinten an seine Rasenmäher-Haushaltspolitik verschieben, um wenigstens den gebotenen Respekt vor dem Älterwerden und dem Alter zu zeigen.

Ich möchte mit einer kleinen Polemik enden. Vielleicht könnten die Senatorinnen und Senatoren auf ihre Dienstwagen verzichten und Bus und Bahn

(Kersten Artus)

fahren; das hätte zwei Vorteile. Es würden Steuergelder gespart werden und sie kämen mit den Bürgern und Bürgerinnen wieder ins Gespräch.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU*: Guter Vorschlag!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Landespflegegesetzes aus der Drucksache 19/5818 mit den vom Ausschuss empfohlenen Änderungen beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung mehrheitlich und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 30, Drucksache 19/6375, Antrag der SPD-Fraktion: Verbesserung der Hinterlandanbindungen des Hamburger Hafens auf der Schiene sowie Drucksache 19/6476, Antrag der CDU-Fraktion: Verbesserung der Seehafenhinterlandverbindung.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Verbesserung der Hinterlandanbindungen des
Hamburger Hafens auf der Schiene
– Drs 19/6375 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/6476 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Verbesserung der Seehafenhinterlandverbindung
– Drs 19/6476 –]**

Die Fraktionen sind überein gekommen, über diesen Tagesordnungspunkt keine Debatte zu führen. Beide Anträge sollen federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen werden.

Wer möchte dem zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9a, Drucksache 19/5797, Senatsantrag: Haushaltsplan 2009/2010, Einzelplan 6 "Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt", "Hamburg – Umwelthauptstadt Europas 2011", Nachforderung von Haushaltsmitteln und einer Verpflichtungsermächtigung sowie Bericht über den Sachstand.

**[Senatsantrag:
Haushaltsplan 2009/2010
Einzelplan 6 "Behörde für Stadtentwicklung
und Umwelt"
"Hamburg – Umwelthauptstadt Europas 2011"
Nachforderung von Haushaltsmitteln und einer
Verpflichtungsermächtigung sowie Bericht
über den Sachstand
– Drs 19/5797 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Kerstan, Sie haben das Wort.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die EU-Kommission hat Hamburg zur Umwelthauptstadt Europas im Jahr 2011 gekürt. Das ist eine große Ehre, denn diesen Preis gibt es noch nicht lange. In diesem Jahr ist es Stockholm, obwohl Stockholm eigentlich den zweiten Platz belegt hatte. Hamburg hatte damals in der Bewertung aller Städte, die sich beworben hatten, mit Abstand die meisten Punkte. Die Mitglieder der EU-Kommission fanden aber das Konzept Hamburgs so gut, so umfangreich und so förderungswert, dass sie sagten, weil das so gut ist, sollen die etwas mehr Zeit haben, das vorzubereiten, denn in diesem Punkt setzt Hamburg auch Standards.

Seitdem gibt es in dieser Stadt unglaublich viele, die das eine tolle Idee finden und mitmachen wollen. Die Wirtschaft will mitmachen, die Sponsoren rennen der Stadt die Bude ein, es gibt sogar welche, die sich beschweren, dass sie nicht einen der herausgehobenen Sponsorentitel bekommen. Es gibt eine ganze Reihe internationaler Unternehmen, die das, wann immer man mit ihnen redet, sehr interessant finden. Es wird im Jahr 2011 eine GreenPort Konferenz geben, einen Umweltjugendgipfel und einen internationalen Umweltrechtstag. Verschiedene Jahreskongresse werden in dem Jahr nur deshalb nach Hamburg kommen, weil Hamburg Umwelthauptstadt ist. Das heißt, überall auf der Welt findet dieses Thema Umwelt und Großstadt große Aufmerksamkeit und großes Interesse.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal. – Vielen Dank.

Jens Kerstan (fortfahrend): Nicht nur in Hamburg, nicht nur in Deutschland, sondern international gibt es großes Interesse, sich an diesem Ereignis zu beteiligen. Nur die SPD-Fraktion sagt, wir machen nicht mit, wir finden das überflüssig und das finde ich sehr bemerkenswert. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten schon öfter erlebt, dass es manche Menschen und auch manche Parteien gibt, die meinen, inmitten einer großen Wirtschaftskrise brauche man keine Ökologie; das ist dann das Erste, was man über Bord wirft. Dass Sie bei diesem Thema auch auf diesen Zug springen und diesem Votum sogar noch dadurch Gewicht zu verleihen suchen, indem Sie als ein Zeichen besonderer Missbilligung die zweite Lesung verweigern, hat mich ein bisschen zum Nachdenken gebracht. Bisher hatte ich immer den Eindruck, dass wir in diesem Parlament sehr arbeitsteilig vorgehen. Ich bin mir aber nicht sicher, ob alle Kolleginnen und Kollegen der SPD wussten, was genau sie dort ablehnen. Wenn man sich einmal den Vorwurf ansieht, das sei ein reines Marketingprojekt, dann ist dazu einiges zu sagen. In der Krise scheint die Position offenkundig wieder en vogue zu sein, Umweltschutz und Klimaschutz könnten wir uns nicht leisten. Vielleicht braucht man gerade in einer solchen Situation mehr Kommunikation, mehr Marketing, um Skeptiker davon zu überzeugen, dass das mit Sicherheit die falsche Antwort ist. Vielleicht ist ein solches Programm gerade auch für die SPD notwendig, um einmal ihre Grundposition zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie zu beleuchten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Um diese Kritik, das sei doch ein reines Marketingprogramm und völlig überflüssig, genauer bewerten zu können, muss man sich einmal ansehen, was dieses Konzept Umwelthauptstadt eigentlich bedeutet. Erst einmal gibt es dort ein Bewertungsschema, nach dem die Umwelthauptstadt gekürt wird, und danach hat Hamburg gewonnen, und zwar in drei Kategorien: Was hat die Stadt bisher erreicht, was hat sie sich vorgenommen und ist das wirklich eine Vision, die von der Regierung verfolgt wird und daher auch Realität werden kann? Ziel ist es, den Trend, dass immer größere Städte immer mehr Fläche, immer mehr Ressourcen verbrauchen und immer größere Umweltprobleme verursachen, umzukehren und im Gegensatz dazu das Bewusstsein zu stärken, dass eine umweltgerechte Stadt auch eine lebenswerte Stadt ist.

Ich möchte Ihnen einmal ein paar Kriterien vorlegen, nach denen die EU-Kommission beurteilt, ob eine Stadt diesen Preis verdient hat. Es wird von einer Preisträgerstadt erwartet, dazu beizutragen, dass das Umweltbewusstsein durch Kommunikation gestärkt, ein internationaler Fachaustausch gefördert und ein Diskurs, ein Wettbewerb um die besten Ideen eingeleitet wird. Eine Umwelthaupt-

stadt soll Impulse geben und auch für diesen Preis werben, denn heute wissen überhaupt nur sehr wenige, was es bedeutet, Umwelthauptstadt Europas zu sein. Von der Kulturhauptstadt Europas braucht man niemanden zu überzeugen. Das ist seit vielen Jahren ein großes Programm, an dem mit Recht Städte teilnehmen wollen, denn die Stabilisierung zum Beispiel einer Stadt wie Glasgow, die in einer großen Krise war, und ihr Aufstieg zu einer blühenden Metropole hat durchaus mit dem Preis Kulturhauptstadt Europas zu tun.

Das Gleiche möchte die EU-Kommission mit dem Titel Umwelthauptstadt Europas leisten. Da das bisher in der Stadt noch nicht bekannt ist, müssen die ersten Preisträger sich auch dazu verpflichten, für diesen Preis Marketing zu betreiben. Und wenn Sie jetzt sagen, das sei doch vor allem Marketing und das brauchten wir nicht, dann sagen Sie damit im Grunde genommen, Hamburg solle diesen Preis gar nicht annehmen, denn das war eine der Voraussetzungen, um den Preis überhaupt zu bekommen. Wenn es die Meinung der Opposition ist, dass Hamburg keine Umwelthauptstadt Europas sein soll, dann sollten Sie das sagen und sich nicht hinter dieser billigen Marketingkritik verstecken.

(Ingo Egloff SPD: Das hängt doch nicht an dieser Kampagne, Herr Kerstan!)

– Natürlich, das ist Teil dieser Kampagne und eine Vorgabe der EU-Kommission, Herr Egloff. Wenn Sie eben zugehört und auch selbst einmal nachgelesen hätten, bevor Sie Ihr Urteil gefällt haben, dann wüssten Sie das und ich müsste es Ihnen nicht sagen. Ich dachte mir, lassen Sie uns einfach einmal darüber reden, manchmal bildet das auch und kann zum Verständnis beitragen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Im 21. Jahrhundert, wo Umwelt, Nachhaltigkeit und Klimaschutz einen der großen Megatrends darstellen und selbst in Ländern, wo man es gar nicht für möglich hält, von den Regierungen mittlerweile als die Hauptherausforderung betrachtet werden – das ist in China so und auch in anderen Ländern –, ist es mit Sicherheit kein Nachteil für eine Stadt, als Umwelthauptstadt Europas international mit dem Begriff Klima- und Naturschutz verbunden zu werden.

Und zum Zug der Ideen, den Sie immer so kritisieren, möchte ich ein Argument bringen, das vielleicht auch in Richtung der SPD wirkt, die sonst gegen Stadtmarketing nicht so viel einzuwenden hat. Nennen Sie mir eine einzige Maßnahme in dem Bereich, mit der wir international so viel erreichen können wie mit diesem Zug der Ideen. Ich lese Ihnen einmal kurz vor, welche Städte dieser Zug anlaufen will.

(Zurufe von der SPD)

(Jens Kerstan)

Diese Städte haben sich selber beworben. Ihre Vertreter haben gesagt, wir wollen, dass Hamburg in diesem Bereich Maßstäbe setzt und zu uns kommt, um das vorzustellen. Dann wollen wir dort auch unsere eigenen Anstrengungen darstellen und das gemeinsam diskutieren. Ich lese Ihnen einfach diese Liste vor: Amsterdam, Antwerpen, Brüssel, Barcelona, Marseille, Oslo, Paris, Warschau, Wien, Zürich.

Für Sie scheint das alles nicht weiter wichtig zu sein. Ich glaube, dass dieser Titel Umwelthauptstadt Europas und die damit verbundenen Aktivitäten dieser Stadt zum Lob gereichen und auch für die Zukunft einen enormen Schub bedeuten und riesige Chancen bieten. Vielleicht sollten Sie als eine Partei, die sich einmal selbst als Hamburg-Partei oder Hamburgförderungs-Partei angesehen hat, einmal überlegen, ob die billige Ablehnung, die Sie mit der Verweigerung der zweiten Lesung gezeigt haben, vor diesem Hintergrund wirklich Bestand haben kann.

Zum einem anderen Punkt, und da sind wir beim Kern dieses Themas. Gerade in der Krise, wo manche Menschen sagen, wir können uns diesen übertriebenen Umweltschutz doch jetzt gar nicht leisten, zeigt eines ganz deutlich: Nachhaltigkeit und Klimaschutz kann man nur gemeinsam mit den Menschen betreiben. Und wenn man das ernst meint, dann muss man die Menschen mitnehmen. Darum ist Kern- und Angelpunkt des Projektes Umwelthauptstadt Hamburg der Slogan, aber auch das Motto, eine lernende Stadt mit einer lernenden Bevölkerung, eine Bevölkerung, die einbezogen wird, die überzeugt wird, denn nur so können wir in Zukunft eine nachhaltige Lebensweise entwickeln. Die kann die Politik doch nicht von oben befehlen. Die kann doch eine Verwaltung nicht per Verordnung durchsetzen, sondern in diesem Bereich müssen wir die Menschen mitnehmen, müssen wir diskutieren und genau das tun wir mit der Umwelthauptstadt Europas.

Das würden wir auch gerne mit Ihnen tun, denn Ihr Verhalten heute, aber auch schon in der letzten Sitzung hat uns deutlich gezeigt, dass Ihnen diese Botschaft der Nachhaltigkeit, diese Überzeugung, das gemeinsam mit den Menschen anzugehen, noch sehr fremd ist. Die wollen wir auch Ihnen nahebringen und in Zukunft in diesem Bereich viel Gutes tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Hecht.

Heiko Hecht CDU:* Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Europäische Umwelthauptstadt 2011 zu sein ist für Hamburg ein Pilotprojekt, das es bisher in dieser Stadt noch nicht gegeben hat. Wie es ist, wenn eine Stadt mit diesem Titel

amtiert, kann man zurzeit in Stockholm anschauen. Dort können wir lernen und auch Vorschläge einholen, was wir vielleicht besser machen möchten.

Hamburg will mit konkreten Beispielen werben, wie dem Autobahndeckel über der A7, der geplanten Einführung der Stadtbahn oder den Referenzprojekten in der HafenCity. Das sind keine Fassaden, sondern Projekte mit Substanz, mancher wird sagen, mit Brisanz. Wir alle haben die politische Debatte um einzelne Themen erlebt, auch der Kollege Völsch. Lassen Sie es mich klar sagen: Für ein außerordentliches Projekt muss man auch offensiv werben dürfen. Nur Werben erzielt Aufmerksamkeit. Habe ich die Aufmerksamkeit gewonnen, muss ohne Zweifel auch inhaltliche Substanz folgen. Werbung ohne Substanz ist unlauter und – das sollten alle Kritiker des heutigen Senatsantrags nicht unterschätzen – die Hamburgerinnen und Hamburger würden das auch merken. Ich bin sicher, dass unsere Bürgerinnen und Bürger das Bewusstsein für tragfähige Ideen zu Umweltschutz und Umweltpolitik gut zu bewerten wissen. Das ist im Grunde genommen auch ein Zeichen dafür, dass der Titel hier in Hamburg genau richtig ist. Hamburg kann die Themen Umwelt und Klimaschutz mit Inhalten füllen und auch über das Jahr 2011 hinaus vorantreiben. Die EU-Kommission schaut genau hin, wen sie auszeichnet.

Vielleicht kann Hamburg bei der Gestaltung der Präsentation als European Green Capital noch dazulernen und sich weiter verbessern. Konstruktive Vorschläge, auch vonseiten der Opposition, sind herzlich willkommen. Wir sollten aber nicht Gefahr laufen, den Blick für das Gesamtprojekt zu verlieren. Lassen Sie uns dieses großartige Projekt nicht durch einzelne Kritikpunkte leichtfertig ramponieren, sodass wir unsere Initiativen und Konzepte bereits im Ansatz erreichen können. Lassen Sie uns stattdessen auch durch eine breite Mehrheit für die angestrebten Planungen des Senats ein Zeichen setzen, dass der Titel European Green Capital von der Politik als Verpflichtung gesehen wird, mutig zu gestalten und dort, wo Nachbesserung nötig ist, auch zu korrigieren.

Natürlich hat der NABU Hamburg recht, wenn er in diesen Tagen dafür plädiert, beim Umweltschutz Konfliktlösungen auszuhandeln, statt nur auf Konfrontation zu setzen. European Green Capital ist kein bequemes Etikett für die ewig Unbeweglichen beim Thema Naturschutz; für die ist auch das notwendige mediale Trommeln, mit dem für die Umwelthauptstadt geworben wird, lediglich Lärmbelästigung. Für diejenigen aber, die einen Ausgleich erreichen wollen, kann es Signal und Motivationschub sein, um Projekte anzuschieben. Lassen Sie uns die Auszeichnung European Green Capital als das nehmen, was es ist: Eine große Chance, Umweltpolitik zu einem starken Thema zu machen. Wir können dafür sorgen, dass wir in vielen Berei-

(Heiko Hecht)

chen der Umweltpolitik 2011 echte Fortschritte erzielen.

Wir können kritische Debatten führen. Ich sage aber auch, dass wir einzelne Projekte dahingehend prüfen müssen, ob sie geeignet sind, das Thema Umwelt zu transportieren, gerade, wenn sie sehr teuer sind und sich der direkte Bezug zu einer Verbesserung von Umweltschutz und Umweltqualität nicht auf den ersten Blick erschließt.

Hamburgs Amtszeit als europäische Umwelthauptstadt soll nicht den Blick des Fachpolitikers schärfen, der Regierungspolitik kritisch begleiten möchte, und nicht den Blick des Fachreferenten in der Verwaltung, der über Genehmigungsverfahren langfristiger Umweltschutzprojekte wacht. Sie schärft im besten Fall den Blick der Bürgerinnen und Bürger dafür, dass sich in Hamburg etwas bewegt und dafür, dass solche Titel immer auch ein Stück weit Vorschusslorbeeren sind und die Politik Weichen stellen kann für eine grüne Stadt im besten Sinne des Wortes. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sicher, Herr Hecht, der Titel "Umwelthauptstadt Europas 2011" ist für Hamburg eine gute Möglichkeit, Umwelt- und Klimaschutz populär zu machen. Wir haben dennoch Kritik an dieser Drucksache und haben diese zum Teil auch schon im Ausschuss diskutiert.

Ich möchte daran erinnern, dass der Bürgermeister am Anfang dieser Sitzung sagte, man müsse, wenn man sich etwas leiste, ganz genau hinschauen, was notwendig sei. Uns erscheint es weder aus ökonomischer noch aus ökologischer Sicht notwendig, 8,65 Millionen Euro in ein Marketingkonzept für die Umwelthauptstadt zu stecken, so wie es hier dargestellt ist. Von den beantragten 8,65 Millionen Euro wird kein einziger Euro in Umweltschutz, erneuerbare Energien, Natur- oder Landschaftsschutz fließen. Das finden wir – gerade mit Blick auf die Umwelthauptstadt 2010, Herr Kerstan – ausgesprochen bedauerlich.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir finden es auch bedauerlich, dass der Senat die Auszeit seit der letzten Bürgerschaftssitzung nicht genutzt hat, darüber nachzudenken, ob dieses Werbekonzept für die European Green Capital nicht auch eine Nummer kleiner ginge und ob man von dem beantragten Geld nicht auch Maßnahmen für den Umweltschutz finanzieren könnte. Außerdem hat, mit Verlaub, der Senat es auch versäumt, die Drucksache nachzubessern.

In der Tat halten wir den 4 Millionen Euro teuren "Zug der Ideen" für überflüssig, der durch mindestens 15 europäische Städte touren und Klimaschutzideen aus Hamburg und der Metropolregion transportieren soll. Der Tourenplan lag bei Drucklegung leider noch nicht vor. Abgesehen davon, dass man auch in anderen Metropolen längst weiß, worauf es beim Klimaschutz ankommt, ließen sich gute Ideen viel kostengünstiger über das Internet als über Gleise transportieren. Darüber hinaus ist mir nicht klar, wen Sie mit diesem Zug eigentlich beeindrucken wollen. Ihre Kritiker? Zu denen gehören immerhin selbst Werbefachleute und die Handelskammer, die als eher senatsfreundlich gelten kann. Statt 4 Millionen Euro für den "Zug der Ideen" auszugeben, ließe sich das Geld sinnvoller für die unterfinanzierte Grünpflege oder den Ersatz gefällter Bäume, der auch unter einer grün geführten Behörde nach wie vor unzureichend ist, einsetzen.

Werbung für Umwelt- und Klimaschutz ist wichtiger denn je, da teile ich die Meinung meiner Vorredner. Genau darum wäre eine groß angelegte Effizienzkampagne in Hamburg viel mehr Wert für den Klimaschutz als eine Wanderausstellung, die auf europäischen Hauptstadtbahnhöfen herumsteht.

(Beifall bei der SPD)

Eine derartige Effizienzkampagne für 2011 würde dem Motto "Die ganze Stadt macht mit" auch viel mehr entsprechen, weil alle gefordert sind, die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und die Verwaltung. Stattdessen soll viel Geld für die Deutsche Bahn ausgegeben werden und für Kongresse und teure Veranstaltungen. Eingeladen werden nur wenige, immer dieselben und, seien wir ehrlich, auch immer diejenigen, die bereits katholisch sind.

Bisher hatten Bürgerinnen und Bürger und Verbände keine Gelegenheit, ihre eigenen Ideen für die Umwelthauptstadt vorzustellen. Um diese Projekte unterstützen zu können, brauchen wir natürlich auch Geld. Im Klimaschutzprogramm des Senats sind dafür lediglich 60 000 Euro eingestellt. Das Werbekonzept für die Umwelthauptstadt hingegen ist in der Klimaschutzdrucksache mit über 1,7 Millionen Euro veranschlagt. Das ist der Betrag, den Sie laut Ihrer Drucksache allein für Messen, Konferenzen und Veranstaltungen, auch international, ausgeben wollen. Der Senat sollte den aktiven Klimaschutz vor Ort fördern und nicht grün angestrichenes Stadtmarketing.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan* GAL: Als ob wir das nicht schon längst tun, sonst hätten wir den Preis gar nicht bekommen!)

– Dann wäre es aber schön gewesen, wenn Sie das eingebettet hätten in das, was im nächsten Jahr inhaltlich transportiert werden soll, so wie Stockholm es auch gemacht hat. Da lese ich wenig

(Dr. Monika Schaal)

von Marketingkonzepten, da lese ich, was sie sich vorgenommen haben. Wenn Sie das in Ihre Drucksache geschrieben hätten, dann wäre die Diskussion wahrscheinlich auch weniger heftig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

In der Drucksache wird versichert – das ist noch das Schönste –, dass alle Aktivitäten eine dauerhafte Wirkung für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz entfalten würden. Das können wir bei den Tagungen und Festveranstaltungen, dem Infopavillon und dem "Zug der Ideen" wirklich nicht nachempfinden.

Herr Kerstan, Sie haben sich schon im Haushaltsausschuss empört und diese teure Werbekampagne damit gerechtfertigt...

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Frau Schaal, entschuldigen Sie bitte. Ich bitte die Damen und Herren, die sehr intensiv in ihr Gespräch vertieft sind, dieses draußen weiterzuführen; es stört sehr. – Fahren Sie bitte fort, Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): – Vielen Dank, Herr Präsident.

Herr Kerstan, Sie haben darauf hingewiesen, dass Hamburg den Preis nur bekommen hat

(Jens Kerstan GAL: Nicht nur, sondern auch!)

– auch gut –, weil die Stadt sich zur Durchführung eines europaweiten Werbekonzeptes für den Titel Umwelthauptstadt verpflichtet hat. In der zweiten Fortschreibungsdrucksache zum Klimaschutz, die Ende letzten Jahres von Ihnen vorgelegt wurde, haben Sie für diese Werbekonzeption 1,5 Millionen Euro eingestellt; ich habe schon darauf hingewiesen. Wenn die Kampagne ein Muss gewesen wäre oder ein Muss ist, dann hätten Sie gleich die tatsächlichen Kosten für diese Kampagne einstellen oder zumindest einen Hinweis darauf geben sollen, was auf die Stadt noch zukommen wird. Stattdessen kommen Sie, kurz bevor der Haushalt in den Behörden zu Ende beraten ist und hier die Alarmglocken schrillen, mit einer Nachforderung, die den ursprünglichen Betrag um fast das Fünffache übersteigt. Das ist überhaupt nicht nachvollziehbar. Wir können gut und gerne davon ausgehen, dass sich die Behördenspitze das Konzept, insbesondere das Konzept für den "Zug der Ideen", von irgendeiner Agentur hat aufschwätzen lassen, ohne nach den -Kosten zu fragen und vor allen Dingen, ohne der Agentur einen Rahmen für die Kosten vorzugeben. Wie erklären Sie es sich denn sonst, Herr Kerstan, dass die Kosten für den "Zug der Ideen" und für andere Maßnahmen laut Drucksache noch mit Unsicherheiten behaftet sind

und es sich lediglich um Schätzwerte handelt? Wenn die wichtigsten Kostenfaktoren eines Projektes bei Drucklegung eines Senatspapiers noch nicht festgestanden haben, dann war die Drucksache doch gar nicht beschlussreif. Dann besteht die Gefahr – das ist uns sattem von anderen Senatsprojekten bekannt –, dass die Kosten in der Folgezeit weiter aus dem Ruder laufen, und das können wir nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Es gibt da noch eine Merkwürdigkeit. Obwohl das Konzept weder fertig war noch das Geld dafür bewilligt ist, wurden Konzeption und Umsetzung der rollenden Ausstellung bereits im Rahmen eines öffentlichen Teilnahmewettbewerbs ausgeschrieben. So steht es in der Drucksache und das ist ein Verstoß gegen das Budgetrecht der Bürgerschaft. Der Senat darf keine Maßnahmen zulassen, für die noch gar kein Geld bewilligt ist; so geht es nicht. Das ist auch ein Grund, warum wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der Senat bezeichnet die Kosten für das Werbekonzept für die Umwelthauptstadt in der Drucksache als moderat und angemessen. Dennoch gab es offensichtlich in der Behörde Diskussionen über die Kosten, das lässt sich eindrucksvoll aus der Drucksache entnehmen, wenn man die Passage über das Sponsoring-Konzept liest. Bände spricht hier die Aussage, die BSU bemühe sich – Zitat –:

"[...] um Kostenreduzierungen durch Akquise von Sponsorengeldern."

Abgesehen davon, dass man mit Sponsorengeldern keine Kosten reduzieren, sondern höchstens die Einnahmelage verbessern kann, wird in der Drucksache selber im Folgenden zu Recht darauf aufmerksam gemacht,

"[...] dass die möglichen Sponsoren ein größeres Interesse an der Unterstützung zusätzlicher Maßnahmen und Aktionen haben als an einer reinen Reduzierung der städtischen Kosten."

Wie wahr; darum ist das Spendenaufkommen in der Drucksache wahrscheinlich auch noch nicht darstellbar gewesen. Wenn es so wäre, Herr Kerstan, dass die Sponsoren Schlage bei Ihnen stehen, dann hätten Sie auch ein paar von ihnen in Ihrer Drucksache würdigen können. Es ist äußerst unterhaltsam, in einer Drucksache des Senats die behördeninternen Auseinandersetzungen nachvollziehen zu können; vielen Dank dafür.

(Claudius Lieven GAL: Das ist Transparenz!)

– Das ist Transparenz, in der Tat.

Der Umweltausschuss hat eine Selbstbefassung zum Thema Umwelthauptstadt beschlossen. Ich

(Dr. Monika Schaal)

hoffe dort auf eine erfreulichere Diskussion über das, was Hamburg inhaltlich beitragen will. Die vorliegende Drucksache – es wird Sie nicht wundern – lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man Umwelthauptstadt hört, dann denkt man, es geht um die Umwelt.

(Ingo Egloff SPD: Und in Wahrheit geht es um einen Eisenbahnzug!)

Herr Kerstan hat schon angedeutet, warum Hamburg die meisten Punkte von allen sich bewerbenden Städten bekommen hat und Umwelthauptstadt geworden ist. Ich lese noch einmal vor, was die Jury zur Begründung geschrieben hat:

"Hamburg, der Gewinner 2011, hat in den vergangenen Jahren und in der Gegenwart große Leistungen erbracht und auf der ganzen Bandbreite exzellente Umweltstandards erreicht. Die Stadt hat sehr ehrgeizige Pläne für die Zukunft, die zusätzliche Verbesserungen versprechen."

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Wie ist das denn mit den vorbildlichen Leistungen zur Verbesserung der Umwelt? Ich denke da an das Kohlekraftwerk Moorburg, an die Fernwärmetrasse, deren Bau von den Gerichten gestoppt werden musste, weil Bäume gefällt wurden. Die Umweltverbände haben die GAL-Fraktion als die Baumfällmeister dieser Stadt bezeichnet: alles Umweltschutz.

In Ihrer Drucksache steht weiter:

"Am Beispiel Hamburgs kann gezeigt werden, wie möglichen negativen Folgen des urbanen Wirtschaftswachstums, insbesondere dem steigenden Flächenverbrauch [...] begegnet werden kann."

Gerade die Umweltverbände in dieser Stadt beklagen, dass jeden Tag ein Hektar Fläche zur Bebauung verbraucht wird und dann soll Hamburg da Vorbild sein? Soviel zu den großen Leistungen der Vergangenheit und der Gegenwart.

Schauen wir einmal auf die Pläne für die Zukunft. Da hätten wir gern gewusst, welche Pläne zur Verbesserung der Umwelt in Hamburg und der Metropolregion Sie der Kommission vorgestellt und welche dieser Pläne Sie inzwischen aufgegeben haben, weil sie schon lange dem Rotstift zum Opfer gefallen sind. 10 Millionen Euro hat es ja schon für die Expo in Shanghai gegeben, wo ein Passivhaus vorgestellt worden ist. Darüber haben wir leider

keinen Bericht bekommen. Wahrscheinlich hat derjenige, der das Haus entwickelt hat, ein gutes Geschäft gemacht, aber warum das ein Plus für die Umwelt in Hamburg sein soll, kann ich nicht feststellen.

Wenn Sie sich hier hinstellen, Herr Kerstan, und die SPD beschimpfen – ich bin nun wirklich weit davon entfernt, die SPD immer zu verteidigen – und sagen, sie hätte noch nicht kapiert, dass man für die Umwelt ein großes Interesse bewirken müsse, dann haben Sie offenkundig noch nicht gemerkt, dass die Menschen nicht nur in dieser Stadt, sondern eigentlich überall auf der Welt, große Sorgen um die Umwelt haben. Sie müssen den Menschen nicht mehr erzählen, dass man die Umwelt schützen muss, das wissen sie selber sehr gut. Sie müssen auch nicht so tun, als müssten von der Politik irgendwelche Umweltmaßnahmen gegen den Willen der Menschen durchgedrückt werden, das Gegenteil ist der Fall. Die Menschen warten schon lange darauf, dass Umweltmaßnahmen endlich durchgeführt werden, aber genau das Gegenteil passiert. Sie wollen 8,65 Millionen Euro ausgeben für Folgendes: Kosten für Infopavillon und Umwelttouren 1,4 Millionen Euro, "Zug der Ideen" – Frau Dr. Schaal hat es schon gesagt – durch 15 europäische Städte und dann steht er irgendwo auf einem Gleis oder in der Fußgängerzone 4 Millionen Euro, Kosten für Veranstaltungen 1,75 Millionen Euro und für Öffentlichkeitsarbeit und Marketing noch einmal 1,5 Millionen Euro. Da ist kein einziger Cent für die Verbesserung der Umwelt drin und deswegen finden wir das hochproblematisch.

Der letzte Satz vor Ihrem Petitum ist typisch. Dort heißt es:

"Insgesamt zeigt sich schon jetzt, dass der Titel Umwelthauptstadt Europas deutlich zur Erhöhung der Attraktivität Hamburgs beitragen kann."

Dann nennen Sie das doch Tourismus-Programm, aber nennen Sie es bitte nicht Umwelthauptstadt,

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

denn mit diesen 8,65 Millionen Euro wird an keinem einzigen Punkt die Umwelt verbessert.

Ich möchte daran erinnern, was der Bürgermeister heute Morgen gesagt hat: nice to have. Es ist entschieden zu viel, was hier ausgegeben wird für eine Werbemaßnahme und deshalb werden auch wir dieser Drucksache nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Senatorin Hajduk.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

(Uwe Grund SPD: Das ist unglaublich, diese Geldverschwendung! Da reden Sie über Sparen und hauen so ein Ding raus!)

Senatorin Anja Hajduk:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat haben wir in der Drucksache die Grundzüge und Eckpunkte des Programms von Hamburg als Umwelthauptstadt 2011 dargestellt. Wir haben dieses Programm so präsentiert, wie wir es auch bei der EU-Kommission in Brüssel beworben haben. Die Zielsetzung der EU-Kommission ist es, Städte auszuzeichnen, die durchgängig hohe Umweltstandards erreichen, die Bereitschaft von Städten zu stärken, sich ehrgeizige Ziele zur Verbesserung zu setzen und auch eine Vorbildfunktion zu schaffen,

(Stephan Müller CDU: Sehr richtig!)

die sich natürlich auf den ganzen europäischen Kontext bezieht.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn man weiß, dass Umweltprobleme globale Probleme sind – wir können Umweltprobleme nicht alleine in Hamburg lösen –, dann sollte man offen dafür sein, dass der Dialog über Umweltprobleme eine hohe Verantwortung gerade der europäischen Städte ist. Ich sage einmal in Richtung Opposition, dass ich schon ein bisschen erschüttert bin, wie Sie diesen Dialog zu einer PR-Kampagne herunterreden. Ich kann da wirklich nur einen gewissen Populismus-Verdacht hegen. Ich finde es erschütternd, wie Sie sich hier uneuropäisch und anti-umweltmäßig präsentieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Bei der Bewerbung – man hätte sich nicht bewerben müssen, ich vermute, dass eine SPD-geführte Regierung sich auch nicht beworben hätte – war ausdrücklich vorgesehen, neben den eigenen Leistungen im Umweltbereich ein über die Standarddarstellung hinausgehendes Kommunikationskonzept vorzustellen. Wenn wir jetzt darüber reden, was wir an dem Programm gut oder weniger gut finden, dann möchte ich Ihnen sagen, dass wir nicht gerade die Teile weglassen wollen, die die EU-Kommission sich für die Akzeptanzschaffung dieses Titels wünscht; das wäre nicht gut. Wir haben mit unseren Ideen, gerade mit dem "Zug der Ideen", großen Zuspruch gefunden. Ich bitte Sie deshalb, noch einmal in sich zu gehen, ob Sie diesen "Zug der Ideen" wirklich schlicht und einfach und mit so einer Schärfe, wie es Ihr haushaltspolitischer Sprecher gemacht hat, ablehnen wollen, oder ob Sie nicht noch einmal über die Notwendigkeit des europaweiten Austausches von wichtigen Vorbildprojekten nachdenken wollen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Genau darum geht es. Gehen Sie noch einmal in sich.

(Uwe Grund SPD: Mehr Bescheidenheit!)

Ich möchte noch etwas dazu sagen, wieso wir diesen Titel erhalten haben. Wir haben darstellen müssen, wie sich die Umweltdaten der Stadt Hamburg – Wasserqualität, Luftqualität, Flächen für den Naturschutz und Stadtgrün – entwickelt haben. Mit diesen Daten hat Hamburg es geschafft, sofort unter die letzten acht zu kommen. Das war schon ein Erfolg, wenn man bedenkt, dass unter den 35 Bewerberstädten Städte wie Wien, Helsinki, München, Bremen und Rotterdam waren, die auch wegen einer hohen Lebensqualität für sich werben können. In der letzten Ausscheidungsrunde ist es dann darum gegangen, welche Pläne und Programme wir für die Zukunft haben und wie wir ein Vorbild für andere europäische Städte sein können.

Frau Heyenn, Sie haben gefragt, womit wir uns präsentiert haben. Hamburg hat sich mit seinem Klimaschutzprogramm präsentiert, das über 300 Projekte beinhaltet und für das wir jedes Jahr 25 Millionen Euro bereitstellen. Wir haben das 2008 getan, im Doppelhaushalt 2009/2010 und werden trotz der schwierigen Haushaltslage auch im neuen Doppelhaushalt wieder ein Klimaschutzprogramm vorlegen; wir rasieren da nicht. Ich bin gespannt, ob Sie die Kraft finden, das zu unterstützen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Als wir uns in der Endrunde präsentiert haben, hatte ich Moorburg schon genehmigt und mein Staatsrat hatte auch die Größe, das bei unserer Bewerbung vorzutragen.

(Thomas Böwer SPD: Na toll!)

– Das ist die Wahrheit, man muss ehrlich sein.

Wir haben aber auch davon gesprochen, dass wir mit HAMBURG ENERGIE ein öffentliches Unternehmen gründen wollen. Wir haben uns beworben mit der Einführung der Stadtbahn als einem wichtigen Zukunftsprojekt, das viel mit Klimaschutz und Verkehr zu tun hat. Wir haben uns beworben mit der Radverkehrsstrategie und – das kann Hamburg wirklich auf eine besondere Weise auch im europäischen Kontext darstellen – mit Stadtentwicklungsprojekten, die, wie die HafenCity, die Internationale Bauausstellung und die Internationale Gartenschau nicht nur wegen ihrer Größe eine internationale Bedeutung haben, sondern auch, weil sie konsequent eine Innenentwicklung bedeuten, eine Wiedergewinnung städtischen Raums und damit natürlich eine Schonung der weiteren Ausdifferenzierung in die Fläche. Das ist ein zutiefst ökologisches Thema. Und diese Themen haben die EU bewogen zu sagen, die haben ambitionierte Ziele, die bringen Infrastrukturentwicklung zusammen mit

(Senatorin Anja Hajduk)

neuer Stadtentwicklungspolitik für Grünflächen und Wohnraum, das ist vorbildlich, das sind die Projekte, die wir an Hamburg überzeugend finden.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Olaf Ohlsen CDU: Bravo!*)

Jetzt muss ich einmal mit einem ganz großen Missverständnis aufräumen. Wenn man den Titel Umwelthauptstadt hat und aufgefordert ist, in diesem Jahr zu zeigen, was man kann und zukünftig will, dann ist damit nicht die Aufforderung verbunden, zusätzliche 10 Millionen Euro in Umweltprojekte dieser Stadt zu stecken. Das Geld, das wir in dieser Stadt in die Umwelt investieren, liegt weit über dieser Summe. Sie wissen doch, wie teuer der A7-Deckel ist. Sie wissen, dass eine Stadtbahn Geld kosten wird, Sie wissen, dass diese Projekte, die ich gerade aufgezählt habe, große Investitionsprojekte sind, die auch Umweltqualität haben. Frau Schaal, ich muss Ihnen doch nicht erklären, dass dieses Geld in die Umwelt fließt und nicht dieser Betrag, den wir für die Darstellung der Stadt brauchen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Tschentscher?

Sensorin Anja Hajduk: Selbstverständlich.

Zwischenfrage von Dr. Peter Tschentscher SPD: Frau Senatorin, wenn wir schon so engagiert über Ihre Werbekampagne sprechen, aus welchen Mitteln hätten Sie diese Kampagne finanziert, wenn die Wohnungsbaukreditanstalt dieses Jahr die Ihnen zugewiesenen Mittel gebraucht hätte?

(*Jens Kerstan GAL:* Das ist ja eine brillante Frage!)

Sensorin Anja Hajduk (fortfahrend): Ich weiß nicht, Herr Tschentscher, ob eine Spekulation über alternative Finanzierungen weiterführt. Ich stehe zu der europäischen Umwelthauptstadt und dazu, dass wir diesen Titel gewonnen haben. Ich empfinde es auch als wichtig, uns damit entsprechend darzustellen und in einen europäischen Dialog einzutreten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich würde mich freuen, wenn Sie noch einmal darüber nachdenken, ob das nicht eine wichtige Aufgabe und Verantwortung ist.

Natürlich hat die Regierung immer die Aufgabe, Deckungsmöglichkeiten zu finden, aber wir machen Maßnahmen nicht, weil wir zufällig eine Deckung für sie haben, sondern weil wir davon überzeugt sind, dass sie richtig sind.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es geht bei dieser Drucksache nicht darum, was Hamburg an Geld in die Umwelt steckt, sondern darum, wie wir mit dem Titel europäische Umwelthauptstadt umgehen und was dieser Titel beinhaltet. Hier geht es auch um einen europäischen Ansatz, weil es ein europäischer Titel ist. Deswegen ist es unsere Aufgabe, den Austausch der best practices zwischen den europäischen Städten zu bewerkstelligen. Es hat viel mit Verständnis und Lösungsstrategien für den Klimaschutz zu tun. Andere Städte stehen vor ähnlichen Herausforderungen und deswegen können wir auch voneinander lernen.

Ich komme noch einmal auf den "Zug der Ideen" zurück. Wir haben 17 feste Zusagen von Städten, Herr Kerstan hat die meisten von ihnen aufgezählt. Hamburg hat den Auftrag, diesen Dialog aufzunehmen. Ich sage auch noch etwas zu der Finanzierungsperspektive. Natürlich ist dieser "Zug der Ideen" auch eine sehr geeignete Plattform, um beim Sponsoring erfolgreich zu sein. Ich finde es nicht schlimm, Frau Schaal, wenn wir auch von Privaten Einnahmen haben, die helfen, eine gute Sache gemeinsam zu verfolgen. Dieser "Zug der Ideen" ist, gerade weil er diese europäische Reichweite hat, eine sehr erfolgreiche Plattform für Sponsoring.

Ich weiß, dass es verlockend ist, Konzepte mit dem Hinweis, das sei doch alles nur PR, oberflächlich zu reden. Hier geht es aber um Kommunikation, Dialog und Austausch und deswegen bitte ich Sie, sich einen Ruck zu geben und zu überdenken, ob Sie da nicht zu schnell und zu hart geschossen haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn man Ihre Argumentation ernst nehmen würde, müsste man im Prinzip alle Maßnahmen der Umweltbildung oder der Stärkung des Umweltbewusstseins als sinnlose PR-Maßnahmen streichen und da irren Sie sich.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir werden bewusst viel zum Thema Umweltbewusstsein mit vielen jungen Leuten machen. Es ist häufig schon das Grundbedürfnis da, aber sich darüber auszutauschen und einen Umweltjugendgipfel zu machen, ist eine gute Sache. Das setzt auch immer wieder neue Ideen und Motivationen frei. Ich weiß nicht, ob ich mich verfehlt habe, Frau Schaal, wenn Sie sagen, dass zu solchen Fachveranstaltungen sowieso nur die Leute kämen, die katholisch sind. Das kann doch nicht allen Ernstes ein Beitrag zum Thema "Brauchen wir Austausch über neue Lösungen von Klimaschutzproblemen oder nicht?" sein. Ich habe das jedenfalls leider so gehört und war erschüttert.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zuruf von *Dr. Monika Schaal SPD*)

(Senatorin Anja Hajduk)

Ich bin froh, dass der ehemalige Umweltsenator Kuhbier beim Umweltrechtstag mitmacht, denn man weiß heute, dass das schon fast ein Wunder ist.

(Jens Kerstan GAL: Er ist in der falschen Partei! – Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir werden breit und über den "Zug der Ideen" hinaus Bevölkerung und Öffentlichkeit mitnehmen, Schulen, Umweltverbände, Jugendverbände, Sportvereine und auch die Wirtschaft. Wir wollen in Hamburg mit ihnen in den Dialog treten. Es ist auch in der Drucksache dargestellt, dass viele Maßnahmen sich gerade darauf konzentrieren werden. Wir werden Umwelthauptstadt-Werkstätten machen, die zu den schwierigen Herausforderungen, den nämlich vorhandenen Zielkonflikten, Frau Heyenn, von Kosten für Wohnungsbau und Klimaschutz zu reden haben. Es sind nicht immer alle auf der Umweltseite, wenn es dann um das Portemonnaie geht, da haben wir noch Überzeugungsarbeit zu leisten.

(Beifall bei der GAL)

Deswegen bin ich auch froh, dass wir uns für diese schwierigen Zielkonflikte Raum nehmen. Insofern weist der Titel Umwelthauptstadt Europas in der Tat über Hamburg hinaus und wir wollen ihn wahrhaft europäisch füllen.

Ich schließe mit der Verantwortung der Städte. Die Städte der Welt emittieren drei Viertel der belastenden Emissionen, sie haben die Verantwortung, Lösungen zu entwickeln und sich darüber in einen Austausch zu begeben. Deswegen ist auch der Grundgedanke richtig, dass wir im letzten Herbst mit der City Climate Conference in Hamburg Veranstalter in einem internationalen Kontext waren.

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt übernimmt den Vorsitz.)

Die Verantwortung der Städte für den Klimaschutz macht deutlich, dass die Idee der europäischen Umwelthauptstadt eine ist, die wir weiter verfolgen sollten. Herr Tschentscher, Sie interessieren sich für die Zahlen, unser Etat liegt weit unter dem Etat der europäischen Kulturhauptstadt Essen, die 66 Millionen Euro brauchen.

Aber eines möchte ich noch sagen. Eigentlich will die SPD eine europäische Partei sein, die LINKE auch, eigentlich wollen Sie auch eine Umweltpartei sein. Gehen Sie einmal in sich, was wir eigentlich zu beschließen haben. Ich hoffe, dass, wenn wir im Umweltausschuss waren und noch einmal über das Thema beraten haben, Sie sich trotzdem für das Thema Umwelthauptstadt begeistern lassen. Es geht mir nicht darum, dass wir nicht auch in einzelnen Aspekten Kritik aushalten können, aber mit der Schärfe und der Maßlosigkeit, wie Sie und auch Ihr haushaltspolitischer Sprecher diese Maß-

nahmen für die Umsetzung eines europäischen Titels zurückweisen, ist das nicht vereinbar mit Ihrer normalerweise vorhandenen europäischen und Umweltperspektive. – Schönen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, wir haben keine Kritik, wir wollen natürlich den Titel gern umsetzen und ausfüllen. Wir kritisieren nur die Art und Weise, wie Sie meinen, den Titel ausfüllen zu können.

(Antje Möller GAL: Ach ja!)

Es kann nicht sein, dass man bei dem Titel Umwelthauptstadt überhaupt nichts für die Umwelt tut. Ich wiederhole mich nicht, aber es ist nun einmal so platt.

(Zurufe von der GAL – Wolfgang Beuß CDU: Haben Sie eigentlich eben zugehört?)

Es ist auch merkwürdig, wenn eine Jury ihren ersten Preisträger dadurch belohnt, dass er die Aufgabe übernimmt, die der Preisverleiher selber hätte, nämlich seinen Titel zu bewerben.

(Jens Kerstan GAL: Dann beschweren Sie sich doch bei der EU-Kommission und nicht bei uns, Frau Dr. Schaal! – Wolfgang Beuß CDU: Aus der Nummer kommen Sie nicht mehr raus!)

– Dazu kann man auch Stellung nehmen. Sie sind offensichtlich mit dem Konzept hingegangen, dass man den Titel bewerben soll, wenn ich Sie richtig verstanden habe; insofern folge ich Ihnen da nicht.

Wir brauchen uns nicht gegenseitig – Frau Senatorin, Herr Kerstan, wir als SPD und die GAL-Fraktion – zu beteuern, wie wichtig es ist, Umwelt- und Klimaschutz in den Städten zu betreiben.

(Zurufe von der GAL)

Die Städte sind natürlich zentral, das wissen wir, darüber haben wir uns auch ausgetauscht. Umweltbildung ist wichtig, aber wir sind als Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft dafür gemietet, etwas für unsere Stadt zu tun.

(Wolfgang Beuß CDU: Gemietet?)

– Ja, natürlich ist das so.

(Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Frau Dr. Schaal. Meine Damen und Herren! Darf ich Sie bitten, auch gegen Ende der Sitzung noch ein bisschen Disziplin zu bewah-

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

ren, damit wir die Rednerin verstehen können.
– Fahren Sie bitte fort.

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): Wir haben dafür zu sorgen, dass der Umwelt- und Klimaschutz in unserer Stadt vorankommt und darum möchte ich den Schwerpunkt unserer politischen Arbeit und die Mittel, die wir haben, darauf konzentrieren. Auch in allen anderen europäischen Städten, die Sie mit dem Zug adressieren, wird man genauso denken und überall sagt man, dass Umwelt- und Klimaschutz eine zentrale Aufgabe ist. Warum sollen wir uns denn da noch gegenseitig bekehren?

(*Wolfgang Beuß CDU*: Sie brauchen uns auch nicht zu bekehren!)

In dem Konzept zum Klimaschutz, das der Senat bereits in der zweiten Fortschreibungsdrucksache vorgelegt hat, stehen eine ganze Reihe internationaler Konferenzen. Die internationalen Kontakte bestehen bereits, also warum muss man nun noch den Zug auf die Reise schicken. Wir müssen die Welt nicht belehren, die anderen wissen auch, wie es geht. Wir müssen vielmehr endlich weiter vorankommen. Es ist eine Menge gemacht, wir haben ehrgeizige Ziele, diese müssen umgesetzt werden und zwar schnell, sonst ist 2020 verstrichen und uns steht dann das Wasser bis zum Hals.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Linda Heitmann GAL*)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Frau Heyenn hat das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Senatorin, Sie haben den Kritikern dieser Drucksache mit sehr scharfen Worten vorgeworfen,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Zu Recht!)

dass wir in aller Härte argumentiert haben; da waren Sie wirklich kein Stück weicher. Es scheint sich ein bisschen einzubürgern, dass, wenn jemand eine andere Meinung hat, es dann immer gleich heißt, das sei Populismus.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Sei mal nicht so zickig!)

Ich erinnere Sie daran, dass Sie eben so getan haben, als würde man mit diesem Konzept für die Umwelthauptstadt dafür sorgen, dass Umweltbildung bei der Jugend richtig greift und man jetzt anfangen müsste, die Jugendlichen zu vernetzen. Beim Umweltgipfel in Kopenhagen waren unglaublich viele Jugendliche aus allen Ländern vertreten, auch aus Hamburg. Die braucht man nicht mehr zu vernetzen, die haben ihre Vernetzung schon.

(*Antje Möller GAL*: Man darf nicht nachlassen!)

Das haben Sie auch in Bonn gemacht und jetzt kommen Sie mit Ihrem Umweltjugendgipfel. Das

kann man gerne machen, wir haben gar nichts gegen eins, zwei, drei, vier, fünf Veranstaltungen, aber 8,65 Millionen Euro nur für solche Veranstaltungen, für Werbung, für einen Zug, der durch Europa fährt, halten wir nicht für angemessen.

(Zurufe von der GAL)

Ich weise Sie auf einen Aspekt hin. Es ist noch gar nicht lange her, da gab es eine Menge Jugendliche, die an Hamburgs Türen angeklopft und darum gebeten haben, ein Klimacamp in Hamburg aufschlagen zu dürfen. Können Sie sich noch erinnern, wie vieler Gespräche von Opposition und Regierung es bedurft hat,

(*Jörn Frommann CDU*: Was soll das denn sein?)

damit sie überhaupt in diese Stadt hinein durften und ihre Aktionen machen durften. Und sie sind überall mit strengem Polizeiaufgebot begleitet worden. Da hätte ich mir dann auch ein bisschen mehr Entgegenkommen von der Stadt gewünscht.

(Beifall bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

So zu tun, als wären die Jugendlichen noch völlig bar jeden Anspruchs, ist nicht zutreffend. Die haben ein ganz vitales Interesse daran, dass die Umwelt geschützt wird, und weit mehr Erfahrungen und Anforderungen, als nur zu diskutieren und neue Ideen auszutauschen. Die möchten, dass etwas gemacht wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Stöver.

Birgit Stöver CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! CDU und GAL oder auch die Senatorin sollten nicht weiter in die SPD und die LINKE dringen, der Drucksache zuzustimmen.

(Beifall und Heiterkeit bei der LINKEN)

SPD und LINKE haben nicht begriffen, dass es einen Unterschied zwischen Umweltschutz in Hamburg, der deutlich stattfindet – SPD und LINKE können nicht negieren, dass wir viel dafür tun –, und dem Titel "Hamburg – Umwelthauptstadt Europas 2011" gibt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ich plädiere dafür, dass wir nicht weiter diskutieren, ob wir dem zustimmen oder nicht. Es ist ein Armutszeugnis, dass Sie dieser Drucksache nicht zustimmen und wir nicht irgendwo für einen Titel werben dürfen oder können, denn die Umweltprojekte laufen unbeirrt weiter. Das haben meine Vorredner alle ausreichend ausgeführt.

(Birgit Stöver)

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Ingo Egloff SPD*: Das macht Herr Kausch von der Hamburg Marketing!)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts dieser Jahrtausendaufgabe Naturschutz, Umweltschutz und Klimaschutz müssen selbst Länder, denen es ökonomisch nicht gut geht, deren Bevölkerungen teilweise am Rand der Armut leben, einen quälenden Abwägungsprozess machen zwischen "wollen wir Wirtschaftswachstum?" oder "wie gehen wir mit einer dadurch verseuchten Umwelt um?" und sehen das als ein wichtiges Thema an. Wenn Sie sagen, dass das selbst in China und anderen Nationen ein Megathema sei und Sie sich einmal in einer ruhigen Minute die Rede Ihrer umweltpolitischen Sprecherin auf der Zunge zergehen lassen, dann kann man einfach nur sagen, wie klein und jämmerlich kann man eigentlich an ein solches Thema herangehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Allein Ihre These, es seien doch schon alle für Umwelt...

(Zurufe von der SPD – Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Der Zwischenruf ist ein parlamentarisches Mittel, nicht aber ein ganzer Teppich von Zwischenrufen. Darf ich bitten, den Redner auch wieder zu Wort kommen zu lassen.

Jens Kerstan (fortfahrend): Ich kann Ihren Unmut gut verstehen. Manchmal ist es auch schmerzhaft, sich ein hässliches Spiegelbild vorhalten zu lassen, aber das haben Sie sich selber eingebrockt, denn Ihre These, Frau Schaal, wir bräuchten doch gar keine Umweltbildung und keine Bewusstseinsbildung mehr, es seien doch alle schon bereits...

(*Anja Domres SPD*: Das hat sie doch gar nicht gesagt!)

– Doch, natürlich. Lesen Sie einmal das Protokoll genau, das hat sie gesagt. Und die SPD-Fraktion ist in den letzten Monaten das beste Beispiel dafür, dass sie in Sachen Ökologie Nachholbedarf hat, weil sie diesen Anspruch nicht einlöst.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Nur weil wir nicht jeden Scheiß mitmachen, den der Staatsrat macht! – Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Yildiz?

Jens Kerstan (fortfahrend): – Nein, im Moment möchte ich das Argument erst einmal weiterführen.

Ich bringe Ihnen einmal ein paar Beispiele. Es ging um das Bundesnaturschutzgesetz Ihres Umweltbundesministers Gabriel, der gesagt hat, es dürfe keine Anwendungsbereiche in diesem Land mehr geben, wo aus wirtschaftspolitischen Erwägungen Naturschutz und Ausgleich für Eingriffe abgeschafft würden. Die SPD braucht man von Umweltschutz nicht mehr überzeugen, sie ist dafür, Frau Schaal, Sie haben es gerade gesagt. Sie haben hier einen Antrag gestellt, dass das Hafenprivileg wieder hergestellt werden soll und der Hafen eine naturschutzfreie Zone bleiben wird; soviel zu Ihrem ökologischen Bewusstsein.

(*Ingo Egloff SPD*: Und gibt es das Hafenprivileg? Ja oder nein?)

Auch Sie als umweltpolitische Sprecherin haben dem zugestimmt.

Ein weiteres Thema ist der Wohnungsbau. Sie haben gefragt, wo denn die konkreten Maßnahmen Naturschutz und Klimaschutz in dieser Stadt seien. Wir sind dabei, bei Neubauten der öffentlichen Hand flächendeckend energiesparende Häuser zu bauen, Passivstandard. Wissen Sie, was die Kritik der SPD an dem Punkt ist? Passivhäuser seien doch so teuer im Bau, das könnten wir uns jetzt nicht leisten, dadurch würden Wohnungen teuer. Jetzt sagen Sie noch einmal, bei Ihnen müsse man keine Überzeugungsarbeit in Bezug auf Umweltschutz machen. Sie sind diejenigen, die immer, wenn es ernst wird, immer, wenn es einen Konflikt zwischen Umwelt und Ökologie gibt – und Sie sind das beste Beispiel dafür –, die Ökologie über Bord werfen.

(Zurufe von der SPD)

Und dann versteigen Sie sich dazu zu sagen, man bräuchte keine Umweltbildung mehr. Sie haben diese Umweltbildung und Bewusstseinsbildung am dringendsten nötig, das zeigt auch Ihre Rede heute.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Eines will ich auch noch einmal sagen. In der letzten Sitzung der Bürgerschaft hat es einen theatralischen Auftritt Ihres Fraktionsvorsitzenden gegeben,

(*Michael Neumann SPD*: Och, theatralisch!)

der gefragt hat, warum die GAL eigentlich mit der CDU koaliere, es gebe doch andere Mehrheiten in diesem Haus. Da muss ich Ihnen eines sagen: Die CDU hat mittlerweile begriffen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Sind Sie da sicher?)

dass, um mit der GAL zu koalieren, man Umwelt und Ökologie ...

(Jens Kerstan)

(Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Darf ich Sie herzlich bitten. Es ist nicht in Ordnung, wenn die ganze Zeit laufend dazwischen gesprochen wird. Melden Sie sich bitte zu Wort. Ein Zwischenruf ist etwas anderes. Melden Sie sich nach Herrn Kerstan bitte zu Wort, wenn Sie etwas sagen möchten.

Jens Kerstan (fortfahrend): Die CDU hat begriffen, dass sie dem Bereich Ökologie einen hohen Stellenwert einräumen muss und das sieht man daran, dass wir allein für mehr Straßenbäume jedes Jahr 10 Millionen Euro mehr in diesem Haushalt ausgeben. Das zeigt schon einmal, dass Ihre Argumente, wir würden im Umweltbereich weniger tun als Marketing, völliger Quatsch sind, Frau Schaal.

Herr Neumann, wir hören natürlich gerne Koalitionsangebote und ähnliche Dinge, aber den Atem für solche Angebote, den könnt ihr euch sparen, wir schauen auf die Taten. Und die Taten der SPD-Fraktion bei solchen Themen sprechen eine eigene Sprache. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Dr. Tschentscher, bitte.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Das wird nun plötzlich zur Generaldebatte. Wir fangen mit einer Drucksache an, wo es um 8,5 Millionen Euro geht

(*Olaf Ohlsen* CDU: Sendungsbewusstsein!)

und dann ist es Majestätsbeleidigung, wenn man einmal überlegt, ob es wirklich um eine umweltpolitisch sinnvolle Maßnahme geht oder ob man sagen muss, was hätte Schwarz-Grün eigentlich gemacht, wenn die Wohnungsbaukreditanstalt die 17 Millionen Euro gebraucht hätte, die sie dieses Jahr nicht braucht?

(Zurufe von der CDU)

Diese Frage wird man doch wohl stellen dürfen.

(Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Das gilt umgekehrt jetzt auch. Bitte keinen Lärmteppich statt Zwischenrufen. Darf ich bitten, den Redner aussprechen zu lassen.

(*Olaf Ohlsen* CDU: Der soll sich mal mäßigen, der Junge!)

Dr. Peter Tschentscher (fortfahrend): Und nach dem, was ich jetzt höre, dass hier der Untergang des Abendlandes drohe, bin ich froh, dass Sie nicht noch 10 Millionen Euro obendrauf gepackt

haben, dass der Zug nicht noch sonst wohin fährt, um aller Welt zu erklären, wie super die Umwelthauptstadt Hamburg sei. Ob die Kinder alle nach Paris hinterher reisen oder sonst wohin, um zu erfahren, wie schön Umweltprojekte sind, bezweifle ich. Aber die Aggressivität, mit der Sie argumentieren, dass Sie unsere umweltpolitische Sprecherin dafür angreifen, dass sie ganz nüchtern einmal sagt, was sie von der Drucksache hält, zeigt doch nur, unter welchem Rechtfertigungsdruck Sie bei diesem Projekt stehen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie müssen uns wirklich keine Vorträge halten. Es gibt viele Projekte, die wir vorgeschlagen haben und die wir im Umweltbereich mittragen.

(*Farid Müller* GAL: Welche denn?)

Das Hafenprivileg, Herr Kerstan, ist im Übrigen ein ganz anderes Thema. Das Hafenprivileg mussten wir als Opposition aktiv in die Diskussion bringen, weil Sie versucht haben, hinter den Kulissen auf Staatsräteebene einfach zu verschleiern, dass es einen harten Konflikt zwischen Hafenprivileg und Umweltgesichtspunkten gibt, der die Stadt dreistellige Millionensummen kosten kann. Darüber wollten Sie nicht reden und deswegen gibt es eine Lösung, die die SPD-Fraktion herbeigeführt hat, und dazu stehen wir.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh! – *Farid Müller* GAL: Herr Tschentscher, bleiben Sie beim Haushalt! Das ist besser!)

Wir bleiben beim Haushalt. Versuchen Sie einmal, einem Hamburger Bürger, einer Hamburger Bürgerin zu erzählen, dass Sie, während wir die großen Reden zum Haushaltsnotstand hören, in Zeiten, in denen Sie den Kita-Eltern Millionen

(*Ole Thorben Buschhüter* SPD: Milliarden!)

aus der Tasche ziehen, mit dieser Drucksache kommen und 8,5 Millionen Euro für nichts anderes als für eine PR-Kampagne ausgeben wollen. Es ist keine Umweltmaßnahme finanziert, es gäbe viel zu tun und Sie lassen einen Zug nach Europa rollen. Das geht so nicht und deswegen lehnen wir das aus Überzeugung ab.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Senatsantrag aus der Drucksache 19/5797 war in unserer Sitzung am 3. Juni in erster Lesung angenommen worden. Der Senat hatte einer sofortigen zweiten Lesung zugestimmt.

Wer möchte nun den am 3. Juni 2010 in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

ist mit Mehrheit so in zweiter Lesung beschlossen und damit endgültig.

Ich rufe Punkt 31 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/6388, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Krankenhausplanung als Sektor übergreifende ambulant/stationäre bürgernahe Bedarfsplanung für Hamburg.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Krankenhausplanung als Sektor übergreifende
ambulant/stationäre bürgernahe Bedarfspla-
nung für Hamburg
– Drs 19/6388 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz überweisen.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Frau Artus hat das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Als wir vor Kurzem unseren Antrag gegen Herrn Röslers Kopfpause und seine Zwei-Klassen-Medizin einbrachten, meinte mein Kollege Harald Krüger von der CDU, dieser Antrag wäre nicht Angelegenheit der Landespolitik in völliger Verkennung der Tatsache, dass Bundespolitik auch, gerade im gesundheitspolitischen Bereich, auf Landespolitik durchschlägt. Und schließlich behauptete er, Hamburg wäre hervorragend aufgestellt. Nun hat mir Herr Krügers Einwurf zwar keine schlaflosen Nächte eingebracht, aber wir haben die Anregung gern aufgegriffen und legen deswegen heute einen Antrag vor, der sich mit konkreter Hamburger Gesundheitspolitik beschäftigt.

Es geht um den Krankenhausplan, der eine zentrale Steuerungsgröße für die Versorgung der Menschen in dieser Metropole und dem Umland ist. Zwei Schwerpunkte des aktuellen Krankenhausplans sind die Reduzierung der Betten und die Verkürzung der Verweildauer der Patienten und Patientinnen in den Krankenhäusern. Dies führt zu einer steigenden Ambulantisierung der medizinischen Versorgung, die gesundheitspolitisch oft sehr sinnvoll ist.

Ein Beispiel, wo es aber durchaus auch zu Widersprüchen kommt, weswegen wir heute und auch künftig darüber intensiver diskutieren wollen, ist die Frauenheilkunde. Hier gibt es die größte Reduzierung der Betten bei gleichzeitiger Verkürzung der Verweildauer. Dies bedeutet konkret, dass Mütter mit ihren Neugeborenen bereits zwei Tage nach der Geburt das Krankenhaus verlassen. Selbst wenn sie einen Kaiserschnitt hatten – die Quote liegt mittlerweile bei über 30 Prozent –, verlassen sie das Krankenhaus schon nach vier Tagen. Das ist immer dann kein Problem und sogar unterstützenswert, wenn es für Mutter und Kind eine ver-

nünftige Nachsorge gibt. Von den Hebammen wissen wir aber, dass dies in vielen Stadtteilen nicht mehr der Fall ist und auch noch nie der Fall war. Und auch längst nicht jede Frau hat eine Gynäkologin oder einen Gynäkologen ihres Vertrauens an ihrer Seite.

Sie sehen an diesem Beispiel, dass eine Krankenhausplanung, die nicht in gesellschaftlichen Gesamtzusammenhängen gedacht wird, unzureichend ist. Der Krankenhausplan wird in diesem Jahr bis 2015 fortgeschrieben. Möglich ist, dass es jährlich kleine Fortschreibungen geben wird, wie dies auch in den letzten Jahren praktiziert wurde. Dennoch befindet sich die mittelfristige Krankenhausplanung bereits in der Endabstimmung. Mit unserem Antrag wollen wir eine engere Verzahnung der medizinischen Versorgung im ambulanten und stationären Bereich mit der aktuellen anzu-passenden Krankenhausplanung erreichen.

Hinsichtlich der formalen Voraussetzungen wie Ärztinnen und Krankenhausbetten scheinen die Bedingungen dafür optimal zu sein. Hinzu kommt, dass der Senat, verglichen mit anderen Landesregierungen, alle Krankenhäuser jährlich relativ konstant fördert. Das dürfte entsprechende Auswirkungen auf eine moderne medizinisch-technische Geräteausstattung der Hamburger Krankenhäuser haben. Aus diesem Grund möchten wir auch, wie unter Punkt 2 formuliert, dargelegt bekommen, welche Krankenhäuser aktuell mit welchen Großgeräten wie MRT, das ist der Kernspintomograf und CT, das ist der Computertomograf, ausgestattet sind. Diese Informationen sind auch deshalb wichtig, weil Hamburg im niedergelassenen Bereich viele hochspezialisierte Praxen hat und die Qualitätssicherung der ambulant tätigen Ärzte und Ärztinnen in den letzten Jahren enorm angestiegen ist.

Ärzte und Ärztinnen fordern seit Jahren sinnvolle Formen der Integration von ambulanter und stationärer ärztlicher Versorgung. Der derzeitige Zustand der Kooperation mit den Krankenhäusern fördert aber leider eine unkontrollierte Wettbewerbssituation zwischen stationär und ambulant, weil sie nur punktuell zufriedenstellend sind. Ärztinnen und Ärzte fühlen sich dann auch oftmals in ihrer Existenz bedroht. Sie fordern deswegen zu Recht eine konfliktvermeidende Neuregelung des Paragraphen 116 SGB V. Im Gesundheitswesen stehen die Bedarfe der Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt. Unser Antrag ist ein Vorstoß hin zu einer verantwortungsvollen Planung einer ganzheitlichen Versorgung.

Sehr geehrte Herren und Damen! Die derzeit praktizierte Bedarfsplanung stammt aus dem Jahr 1993, als von Ärzteschwemme die Rede war. Um die Zahl der Niederlassungen zu begrenzen, wurden Verhältniszahlen zwischen Ärztinnen und Ärzten, Patientinnen und Patienten in einem Pla-

(Kersten Artus)

nungsbereich festgelegt, die heute in einem Missverhältnis stehen. Eine neue Versorgungsstruktur muss das Älterwerden, die auseinanderdriftenden sozialen Unterschiede der Stadtteile und die Multikulturalität der Hamburger Bevölkerung berücksichtigen. Deswegen begrüßen wir den Vorstoß der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, die Verteilung der Praxen mithilfe von Geodaten neu zu konzeptionieren.

Hamburg mit seinen 1,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern gilt zudem als eine Planungsregion für die Verteilung aller Arztpraxen. So kommt es zu einem kuriosen Widerspruch. Pauschal gibt es eine Überversorgung an Ärztinnen und Ärzten, konkret fehlen in einigen Stadtteilen zum Beispiel Kinderärztinnen, Hausärztinnen und auch psychotherapeutische Angebote. Der Senat und die Beteiligten könnten bereits heute konkret gegen diesen Missstand aktiv werden, denn schon heute besteht die Möglichkeit, mit der Kassenärztlichen Vereinigung, der Landesärztekammer, der Krankenhausgesellschaft sowie den Krankenkassen die mittelfristige Krankenhausplanung anzugehen. Im Augenblick arbeitet die Kassenärztliche Vereinigung mit Sonderzulassungen, um, weil ihr das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz Möglichkeiten eröffnet, kleingliedriger in die Planung vorzugehen. Hierfür werden auch keine finanziellen Mittel der Krankenkassen beansprucht, weil die Ärztinnen und Ärzte Sonderzulassungen solidarisch finanzieren.

Künftig werden aber zielgenauere Instrumente unter Berücksichtigung der Sozial- und Altersstruktur unumgänglich. Unserer Meinung nach wäre zum Beispiel eine Neugliederung in drei oder vier Planungsregionen sinnvoll. Hamburg ist zu unterschiedlich und diesem Umstand muss endlich Rechnung getragen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich hoffe, dass ich Ihnen einen verständlichen, aber noch kurzen und nachvollziehbaren Überblick über die konkreten Handlungsmöglichkeiten der Hamburger Gesundheitspolitik gegeben habe, wie Versorgungsprobleme selbst in den Parametern der schwarz-grünen Senatspolitik gelöst werden könnten. Außerdem hoffe ich, dass wir darüber weiter und intensiver diskutieren werden und letztendlich einen Beitrag für die Verbesserung der Gesundheit aller Hamburger und Hamburgerinnen und unserer Nachbarn aus dem Umland bewerkstelligen können. Namens meiner Fraktion möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheitswesen im ambulanten und stationären Bereich für ihre aufopferungsvolle und engagierte Arbeit an dieser Stelle meinen allerhöchsten Respekt auszusprechen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Stemmann.

Hjalmar Stemmann CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Im vorliegenden Antrag ist ein Satz enthalten, den wir unterstützen können.

"Eine interdisziplinäre ambulant-stationäre Zusammenarbeit entspricht den Interessen der Versicherten ebenso wie Nutzung und Bündelung aller personellen und technischen ambulant-stationären Ressourcen."

Das unterstützen wir. Diese Forderung ist zum Beispiel in der relativ jungen Facharztambulanz realisiert. In einem Gebäude am Rande des UKE arbeiten 80 niedergelassene Fachärzte und können im Bedarfsfall auf die Spitzenmedizin eines Hochleistungskrankenhauses zurückgreifen. Ein weiteres Beispiel ist die Martini-Klinik. Hier werden alle personellen und technischen Ressourcen für die Urologie gebündelt. So ist es möglich, 2000 Prostata-Operationen jährlich auf höchstem Niveau durchzuführen, im Übrigen doppelt so viele wie in der nächstgrößeren US-amerikanischen Spitzenklinik. Und am berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhaus Boberg gibt es Spezialbetten für Brandverletzte – drei gute Beispiele für die gewünschte Bündelung der Ressourcen.

Dagegen sind geriatrische und psychiatrische Einrichtungen sowie die Not- und Unfallkliniken dezentral über die gesamte Stadt verteilt. Hier erfolgt die geforderte bürgernahe Versorgung.

Die unter Punkt 2 geforderte Großgeräteübersicht finden Sie im Anhang 6 der zweieinhalb Jahre alten Drucksache 18/7221, dem Krankenhausplan 2010. Hier sind auch verschiedene Geräte aufgeführt, die von Krankenhäusern und Praxen gemeinsam genutzt werden.

Bezüglich Ihrer dritten Forderung bleibt festzuhalten, dass der Zeitplan für die Fortschreibung des Krankenhausplans 2010 in guter Tradition zwischen den Beteiligten – der Gesundheitsbehörde, den Landesverbänden der Krankenkassen und der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft – abgestimmt ist. Die Vorbereitungen laufen seit Monaten, die Senatsbefassung ist für November dieses Jahres vorgesehen und anschließend erreicht die Information uns, die Bürgerschaft. Daher werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Jens Kerstan und Claudius Lieven, beide GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Domres.

Anja Domres SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im deutschen Gesundheitswesen wer-

(Anja Domres)

den medizinische Leistungen durch eine Vielzahl unabhängiger Einrichtungen erbracht. Diese Sektoralisierung geht auf historisch gewachsene Gliederungen der Leistungserbringer zurück und ist in Europa ziemlich einmalig. Es ist gesetzlich geregelt, dass nicht jede Organisationsform jede medizinische Dienstleistung anbieten darf. Diese institutionellen Regelungen führen zu vielfältigen Schnittstellen bei der Behandlung eines Patienten. Auffällig ist dabei insbesondere die starke Trennung zwischen der ambulanten und der stationären Versorgung. Dies führt zu einer suboptimalen Arbeitsteilung und Verzahnung, zu Informationslücken sowie mangelhafter Kommunikation und Koordination zwischen den Versorgungssektoren. Daraus resultieren häufig medizinisch nicht begründbare Doppeluntersuchungen und auch eine unkoordinierte Medikamentierung mit unerwünschten Nebenwirkungen. Eine ganzheitliche Optimierung des Versorgungsprozesses wird somit nicht gewährleistet.

Es findet ebenfalls keine Orientierung an den Behandlungspräferenzen des Patienten statt, zum Beispiel bezüglich Wohnortnähe oder Qualifikation des Behandelnden. Auch beim Einsatz von Innovationen oder bei der Zulassung von neuen Verfahren bestehen erhebliche Unterschiede zwischen dem ambulanten und dem stationären Sektor. In der vertrauensärztlichen Versorgung können neue Versorgungs- und Behandlungsstrukturen nur dann zulasten der Krankenkassen erbracht werden, wenn diese ausdrücklich durch den gemeinsamen Bundesausschuss erlaubt worden sind. Im Gegensatz dazu können in der stationären Versorgung alle neuen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden zulasten der Krankenkassen abgerechnet werden, solange dies nicht ausdrücklich verboten ist.

Im Ergebnis landet das deutsche Gesundheitssystem im Hinblick auf gesundheitsbezogene Ergebnisindikatoren wie Lebenserwartung, Gesundheitszustand der Bevölkerung und krankheitsspezifischer Sterblichkeitsraten häufig nur in den mittleren Rängen. Im internationalen Vergleich von grundlegenden Indikatoren des Gesundheitssystems gibt es einige Anhaltspunkte für einen übermäßigen Ressourceneinsatz und für Mängel in der Organisation ärztlicher Versorgung. Das genau ist das Problem. Dies wurde inzwischen zwar auch erkannt und mit dem gesundheitspolitischen Ziel der integrierten Versorgung wurde erstmals versucht, die historisch gewachsene Sektoralisierung zu überwinden, um damit die Qualität und Kosteneffizienz der medizinischen Versorgung zu verbessern. Die Zulassung von medizinischen Versorgungszentren war sicherlich der erste Schritt, diese bisherige sektorale Trennung zu überwinden und die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung in Deutschland aufzuheben. Leider hat die Gründung von medizinischen Versorgungszentren insbesondere in Hamburg nicht dazu geführt, dass

die wohnortnahe Versorgung von Menschen verbessert wurde, denn ihre Gründung hat verstärkt zur Aufgabe von Praxen in sogenannten Problemgebieten geführt. Diese Praxissitze wurden aufgekauft, um an anderer Stelle in der Regel in sogenannten eher privilegierten Stadtteilen in medizinischen Versorgungszentren wieder aufzuleben.

Krankenhäusern ist es bisher zwar nach Paragraph 116b des SGB V erlaubt, die ambulante Versorgung bestimmter seltener Erkrankungen, spezialisierter Leistungen und Erkrankungen mit besonderen Krankheitsverläufen zu übernehmen. Inzwischen gibt es aber vermehrt Anträge von Krankenhäusern, die ambulante Behandlung nicht seltener Krankheiten ebenfalls übernehmen zu dürfen.

Auch die Hamburgische Krankenhausgesellschaft, die sich in diese Diskussion eingeschaltet hat, fördert eine weitere Öffnung der Kliniken für eine ambulante Versorgung. Dies ist meines Erachtens der richtige Weg, wie die Gewerkschaft ver.di sagt, deren Worte ich nur wiederholen kann: Wer eine gute Medizin für alle zu bezahlbaren Preisen haben will, muss die Leistungskraft der Krankenhäuser auch verstärkt für ambulante Diagnostik und Therapie einsetzen. Nur so können kostentreibende und zeitraubende Doppeluntersuchungen eines Leidens vermieden werden.

Die Kritik der Kassenärztlichen Vereinigung, es könne dadurch weder eine wohnortnahe Basisversorgung noch ein Notfalldienst gewährleistet werden, kann ich in diesem Punkt nicht teilen. Die Kassenärztliche Vereinigung kann leider auch heute mit den bisherigen ambulanten Strukturen von Arztpraxen eine wohnortnahe Versorgung in den Stadtteilen nicht gewährleisten. Wir haben schon häufig darüber debattiert, dass es immer mehr Stadtteile gibt, die keine Haus- und Kinderärzte mehr haben. Die Kassenärztliche Vereinigung sieht sich außerstande, darauf zu reagieren.

Dieses Problem hat inzwischen fast alle Großstädte Deutschlands erreicht und ist darin begründet, dass die Kassenärztlichen Vereinigungen in den letzten Jahren die sogenannten Planungsbezirke von einzelnen Stadtgebieten auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt haben. Da auch in den ländlichen Gebieten der Flächenstaaten Landärzte fehlen, kann die Kassenärztliche Vereinigung die Versorgung dort ebenfalls nicht garantieren. Das heißt, dass die bisherige Form der Versorgung mit Ärzten nicht für eine gerechte Verteilung sorgt, keine wohnortnahe Versorgung bietet und daher dringend reformiert werden muss.

Es ist unerträglich, dass es der Kassenärztlichen Vereinigung einerseits nicht gelingt, eine flächendeckende Versorgung zu schaffen, andererseits aber auch eine weitere Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Behandlung ablehnt. Wir von der SPD-Fraktion stimmen daher dem Antrag der

(Anja Domres)

LINKEN grundsätzlich zu, insbesondere dem Punkt 1. Es ist richtig, dass eine sektorenübergreifende bürgernahe Versorgung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen und dies auch in den Krankenhausplan mit aufgenommen werden muss. Dies ist nicht nur wichtig für eine gute Versorgung der hamburgischen Bevölkerung, sondern trägt auch zu weiterer Kosteneffizienz bei.

Ich sagte eben, dass wir dem Antrag grundsätzlich zustimmen, denn Punkt 2 des Antrags hat sich, wie Herr Stemmann schon gesagt hat, dadurch erledigt, dass die Übersicht der Plankrankenhäuser mit medizinisch-technischen Großgeräten im Krankenhausplan in der Anlage 6.1 bereits enthalten ist. Wichtig ist dabei aber, dass sie aktuell fortgeschrieben wird.

Auch zu Punkt 3 des Antrags der LINKEN ist zu sagen, dass der Senat grundsätzlich versprochen hat, die Verabschiedung des neuen Krankenhausplans 2015 zum Herbst 2010 anzustreben. Insofern bin ich gespannt, ob der Senat sein vollmundiges Versprechen halten kann und ob sich bewahrheitet, was Herr Stemmann gesagt hat, nämlich dass wir diesen Krankenhausplan auch tatsächlich im Herbst dieses Jahres in der Bürgerschaft sehen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Frau Heitmann hat das Wort.

Linda Heitmann GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Domres, Frau Artus, ich habe mir schon fast gedacht, dass Sie das Thema der ärztlichen Versorgung in den Stadtteilen noch einmal ansprechen, und möchte deshalb zu Beginn noch einmal kurz darauf eingehen. Auch Ihre wiederholte Forderung, man möge Hamburg doch in mehrere Planungsbezirke aufteilen, schafft meiner Meinung nach keine Lösung. In einer Debatte im letzten Jahr habe ich das Beispiel Berlin erwähnt, wo so etwas schon einmal gemacht wurde und nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt hat. Diese Forderung löst das von Ihnen beschriebene Problem nicht, weil Ärzte immer noch selbst entscheiden, wo sie sich niederlassen wollen und wo nicht.

Wie Sie gesagt haben, verfügt die KV auch heute schon über das Instrument der Sonderzulassung, von dem sie auch Gebrauch macht. Das Ziel muss sein, wirklich gute Arbeitsbedingungen für Ärzte in allen Stadtteilen zu schaffen. Damit befinden wir uns aber in einer stark bundespolitischen Debatte über die Bezahlung durch privat und gesetzlich Versicherte, also in einer Debatte, die heute zu weit führen würde.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Liebe Frau Artus, als ich Ihren Antrag in der Parlementsdocumentation entdeckte, habe ich ihn interessiert angeklickt, weil Krankenhausplanung ein Thema ist, mit dem wir uns in dieser Legislaturperiode noch nicht explizit beschäftigt haben. Nachdem ich Ihren Antrag gelesen hatte, war ich etwas enttäuscht, denn er ist aus meiner Sicht sehr unkonkret und bleibt in vielen Punkten und Forderungen recht vage, auch wenn man, wie Herr Stemmann betonte, bestimmte Sätze sofort unterschreiben kann. Eine sektorübergreifende bürgernahe Versorgung ist sicherlich ein Ziel, gegen das niemand in diesem Hause etwas einzuwenden hat, und auch der jetzige Krankenhausplan formuliert eine optimale Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt als sein Ziel. Herr Stemmann hat an einigen Beispielen erläutert, wo und wie das in Hamburg bereits gut funktioniert.

In dem Antrag fehlen allerdings konkrete Aussagen darüber, wie Ihr gewünschtes Ziel erreicht werden soll oder was gegenüber dem aktuell formulierten Krankenhausplan anders werden soll. Als ich dann Ihre gestrige Pressemitteilung las, fand ich es besonders interessant, dass darin plötzlich Punkte auftauchten, die der Antrag nicht beinhaltet. In Ihrer Pressemitteilung fordern Sie nämlich zum Beispiel, dass die Kassenärztliche Vereinigung und die Landesärztekammer in die Erarbeitung des neuen Krankenhausplans stärker mit einbezogen werden, und dasselbe sagten Sie eben in Ihrer Rede noch einmal. Das mag durchaus eine Diskussion wert sein, aber diesen Punkt vermisste ich in Ihrem Antrag und ich kann leider nur über den Antrag reden, der mir auch vorliegt.

(Zurufe von der SPD)

Der Antrag, den Sie heute gestellt haben, geht meiner Ansicht nach wirklich etwas ins Leere, denn ich kann die Ziele nicht wirklich erkennen. Wenn Sie die Auflistung der medizinischen Großgeräte fordern, dann kann ich nur, wie Herr Stemmann und Frau Domres, sagen, dass diese bereits vorliegt. Ich habe mich gefragt, ob Sie damit vielleicht für mehr Transparenz und eine bessere Information der Verbraucher sorgen wollen. Wenn dem so ist, dann würde ich aber bezweifeln, dass der Krankenhausplan tatsächlich das beste und einzige Instrument ist, um dieses Ziel zu erreichen. Wir haben den Hamburger Krankenhausspiegel und auch die Patientenberatung, die über solche Punkte informieren können. Von daher geht Ihr Antrag aus meiner Sicht in die falsche Richtung, sofern überhaupt etwas in ihm erkennbar ist, was als Anliegen zu werten wäre, und deshalb werden wir ihn heute ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Wir haben nicht ohne Grund diesen Antrag zur Debatte angemeldet. Insofern wäre es angebracht, wenn Sie Ihre Haltung aufgeben würden, sich schon vor der Debatte zu entscheiden, ob Sie dem Antrag zustimmen oder nicht oder ihn ablehnen oder überweisen, und sich stattdessen die dazu vorgetragenen Argumente anhören würden. Ansonsten können wir uns künftig die Anträge gegenseitig vorlesen, über sie abstimmen und nach Hause gehen. Das kann es wohl nicht sein. Der Kopf ist ja rund, damit das Denken seine Richtung ändern kann. Da sich nun GAL und CDU die ausführliche Argumentation anhören können, verstehen sie hoffentlich, wie dieser Antrag gemeint ist und welche Ziele er verfolgt.

Genau so, wie es jetzt gesagt wurde, haben wir den Punkt mit den technischen Großgeräten in unserem Antrag gemeint, falls das bei Ihnen missverständlich oder zu wenig ausführlich angekommen sein sollte. Wir fordern, dass diese Anlage aktuell fortgeschrieben wird, und wenn Sie dem zustimmen, können Sie eigentlich auch nichts mehr gegen unseren Antrag haben.

Aufgabe staatlicher Gesundheitsvorsorge ist es, für alle Menschen geeignete Voraussetzungen und Zugangsmöglichkeiten zum Versorgungssystem zu schaffen. Der im Gesundheitswesen geführte Wettbewerb verhindert qualitätsorientierte und zugleich ökonomische Problemlösungen mit integrierter Versorgung für die Patienten und Patientinnen. Dazu sind die Bedingungen hinsichtlich der Finanzierung und Förderung von ambulanter und stationärer Versorgung zu ungleich angelegt, was Sie als Menschen, die sich mit Gesundheitspolitik beschäftigen, und als Mitglieder des Gesundheitsausschusses eigentlich auch wissen müssten.

Während hinter den Krankenhäusern finanzstarke private Träger stehen, die zudem öffentliche Fördermittel erhalten, sind die etwa 4 000 Ärztinnen und Ärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in der Regel Einzelkämpfer, die vielen Reglementierungen unterworfen sind, zum Beispiel in ihrem Verordnungsverhalten. Mit der Öffnung der Krankenhäuser für ambulante medizinische Versorgung – Paragraph 116 SGB V wurde schon mehrfach angesprochen – können diese, wie Anja Domres bereits erwähnt hat, bestimmte hoch spezialisierte Leistungen erbringen und seltene Erkrankungen sowie Erkrankungen mit besonderen Verläufen ambulant behandeln. Von den 40 in Hamburg betriebenen medizinischen Versorgungszentren gehört ein großer Teil Asklepios. Im Gesundheitsausschuss haben wir bereits darüber diskutiert, dass medizinische Versorgungszentren, die Krankenhäusern angegliedert sind, aber auch den sogenannten Drehtüreffekt haben, indem sie nämlich Patientenströme in das Krankenhaus lenken, dem sie angegliedert sind. Das ist nicht nur praktisch, sondern auch sehr profitabel.

Hamburg als Gesundheitsregion zu stärken heißt, Versorgungsqualität am Ressourceneinsatz zu messen. Die Erarbeitung des Modells der kleinräumigen Bedarfsplanung auf Grundlage von Geo-Daten trägt zur wohnortnahen Basisversorgung bei und es nützt wenig, wenn Sie darüber hinweggehen und sagen, das mache jetzt die Kassenärztliche Vereinigung. Es ist möglich, dies über den Krankenhausplan und unter Einbeziehung der Landesärztekammer zu diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch wenn ich davon ausgehe, dass Sie Ihre Drucksachen kennen, sollten Sie einmal in der Drucksache 19/4242, die die Strategieplanung des Senats zur Gesundheitswirtschaft abbildet, nachlesen, denn auch darin steht der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt.

Die Linksfraktion sagt, dass in Hamburg gute Voraussetzungen vorhanden sind, um mit der sektorübergreifenden Krankenhausplanung eine neue Qualität der medizinischen Versorgung anzubieten. Sie könnte sogar für die ganze Bundesrepublik beispielhaft sein und entspricht der bereits erwähnten Drucksache insofern, als das Denken in Wertschöpfungsketten die Möglichkeit eröffnet – ich zitiere –:

"[...] insbesondere in Schnittstellenbereichen die Gesundheitsversorgung zu verbessern, wirtschaftliche Potenziale zu nutzen und Innovationen zu generieren."

Ich möchte Ihnen jetzt nicht so sehr ans Herz, sondern vor allem in den Kopf legen, diesen Antrag heute nicht abzulehnen, sondern ihn zumindest zu überweisen, wenn Sie sich nicht vor allen Hamburger Ärztinnen und Ärzten und der Landesärztekammer blamieren wollen.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/6388 an den Ausschuss für Gesundheit- und Verbraucherschutz zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte sich dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/6388 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 6, den Berichten des Eingabenausschusses, Drucksachen 19/6208 bis 19/6211.

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)**– Drs 19/6208 –]****[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben****– Drs 19/6209 –]****[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben****– Drs 19/6210 –]****[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben****– Drs 19/6211 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 19/6208.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 386/10 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Nun zum Bericht 19/6209, zunächst zu Ziffer 1.

Wer schließt sich den Empfehlungen an, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 24/10, 85/10, 92/10, 93/10, 110/10 und 111/10 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Von den Ziffern 2 und 3 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Weiter zum Bericht 19/621, auch hier zunächst zu Ziffer 1.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 607/09 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte darüber hinaus den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Von Ziffer 2 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Schließlich kommen wir zum Bericht 19/6211, wiederum zunächst zu Ziffer 1. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten.

Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Von den Ziffern 2 und 3 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 6a auf, Drucksache 19/5843, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Hamburger Klimaschutzkonzept 2007 – 2012: Energetische Modernisierung, Neubau, Denkmalschutz und Stadtgestalt.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Hamburger Klimaschutzkonzept 2007-2012:
Energetische Modernisierung, Neubau, Denkmalschutz und Stadtgestalt
– Drs 19/5843 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage, Drucksache 19/5843, ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Dann kommen wir zu Punkt 6b, Drucksache 19/5997, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Sport für Menschen mit Behinderung

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Sport für Menschen mit Behinderung
– Drs 19/5997 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Sportausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage der Drucksache 19/5997 ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Punkt 6c, Drucksache 19/5999, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Umweltzone Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Umweltzone Hamburg
– Drs 19/5999 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen.

* Siehe Anlage 2, Seite 3529

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/5999 ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Ich komme zu Punkt 16 der Tagesordnung, Drucksache 19/6296, Bericht des Schulausschusses: Die Handelskammer "freut sich doppelt" – Die Hamburger Jugendlichen haben es doppelt so schwer.

[Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 19/5339:

Die Handelskammer "freut sich doppelt" – Die Hamburger Jugendlichen haben es doppelt so schwer (Antrag der Fraktion DIE LINKE) – Drs 19/6296 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 19a, Drucksache 19/5690, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2009/2010, Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 12. Juni 2007, Evaluation der Entwicklung der Hamburger Museumsstiftungen, Nachforderung von Haushaltsmitteln im Einzelplan 3.3 Behörde für Kultur, Sport und Medien.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/5690:

Haushaltsplan 2009/2010 – Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 12. Juni 2007 "Evaluation der Entwicklung der Hamburger Museumsstiftungen" – Drucksache 18/6423 – Nachforderung von Haushaltsmitteln im Einzelplan 3.3 "Behörde für Kultur, Sport und Medien" (Senatsantrag) – Drs 19/6441 (Neufassung) –]

Wer möchte Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen folgen und das Zweite Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Museumsstiftungsgesetzes aus Drucksache 19/5690 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist der Fall. Dann ist die zweite Lesung für die nächste Sitzung anzusetzen.

Wer möchte darüber hinaus Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte nun Ziffer 2 der Ausschussempfehlungen hinsichtlich der ersten beiden Spiegelstriche des Ersuchens beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei wenigen Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

(Harald Krüger CDU: Es gibt noch einen dritten Spiegelstrich und den habe ich hier nicht.)

Meine Damen und Herren! Es tut mir leid, ich habe übersehen, dass bei Ziffer 1 eine zweite Lesung erforderlich ist.

Darf ich fragen, ob der Senat zu Ziffer 1 einer sofortigen zweiten Lesung zustimmt?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Punkt auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Wer möchte abschließend den dritten Spiegelstrich des Ersuchens annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 19b, Drucksache 19/6442, Bericht des Haushaltsausschusses: Begrenzung des Ausgabenanstiegs und qualitätssichernde Maßnahmen in der Kindertagesbetreuung.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/5901:

Begrenzung des Ausgabenanstiegs und qualitätssichernde Maßnahmen in der Kindertagesbetreuung (Senatsantrag) – Drs 19/6442 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/6475 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Erfolgmodell "Hamburger Kinderbetreuungs-gesetz (KibeG)" sichern: Rechtsanspruch auf Hortbetreuung bis 14 Jahre erhalten und Gebührenerhöhungen zurücknehmen

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)**– Drs 19/6475 –]**

Über diesen lasse ich zuerst abstimmen.

Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

(Zurufe von Antje Möller GAL)

– Bitte, Frau Möller.

Antje Möller GAL: Ich hätte die Bitte, dass Sie uns einen Moment Zeit geben, damit wir die Arme nach oben und nach unten bewegen können. Wir hätten gerne etwas Zeit zwischen den Abstimmungen.

(Dirk Kienscherf SPD: Das liegt an der GAL!)

Vielleicht liegt es an der GAL, aber ich glaube es nicht.

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: – Vielen Dank, ich werde mir Mühe geben, etwas weniger schnell zu sprechen.

Im Rahmen des Tagesordnungspunkts 19b kommen wir jetzt zum Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 19/6442.

Die zu Ziffer 1 des Petitums aus Drucksache 19/5901 erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Wer möchte nun Ziffer 2 der Ausschussempfehlungen folgen und das Gesetz zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs und zur Qualitätssicherung in der Kindertagesbetreuung aus Drucksache 19/5901 mit den vom Ausschuss empfohlenen Änderungen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist auch der Fall. Deshalb wird die zweite Lesung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Wer möchte abschließend der Ausschussempfehlung zu Ziffer 3 des Petitums aus der vom Senat am 4. Mai 2010 berichtigten Fassung der Drucksache 19/5901 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist ebenfalls der Fall. – Dann wird

die zweite Lesung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 20, Drucksache 19/6326, Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses: Förderung von Animationsfilm, Games und newTV für Hamburg.

[Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses über die Drucksachen 19/5987:

Förderung von Animationsfilm, Games und newTV für Hamburg (Antrag der Fraktionen der CDU und GAL)

und 19/6117:

"Förderung von Animationsfilm, Games und newTV für Hamburg" (Antrag der Fraktion der SPD)

– Drs 19/6326 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung zu den Ziffern 1 und 2 des Petitums aus der Drucksache 19/6117 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mit Mehrheit so beschlossen.

Von den übrigen Ausschussempfehlungen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 22, Drucksache 19/6356, Bericht des Sozialausschusses: Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

[Bericht des Sozialausschusses über die Drucksache 19/3282:

Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Antrag der Fraktion der SPD)

– Drs 19/6356 –]

Wer möchte Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte das in Ziffer 2 der Ausschussempfehlungen enthaltene Ersuchen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 24 der Tagesordnung, Drucksache 19/6358, Bericht des Innenausschusses: Gesetz zur Änderung hafensicherheitsrechtlicher Vorschriften.

[Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 19/5567:

Gesetz zur Änderung hafensicherheitsrechtlicher Vorschriften (Senatsantrag)

– Drs 19/6358 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Änderung hafensicherheitsrechtlicher Vorschriften aus Drucksache 19/5567 be-

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

schließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei wenigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Ge-

genprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist mit großer Mehrheit bei wenigen Enthaltungen auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 21.01 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Bülent Ciftlik und Philipp-Sebastian Kühn

Anlage 1

Wahl der von der Hamburgischen Bürgerschaft zu wählenden Mitglieder zur Bundesversammlung
- Drucksache 19/6371 -

Zahl der abgegebenen Stimmen	Liste 1-Stimmen	Liste 2-Stimmen	Liste 3-Stimmen	Enthaltungen
119	56	43	12	8

Gewählt wurden
Vorschlag der CDU-Fraktion:
Ole von Beust
Frank Schira
Birgit Breuel
Hans-Detlef Roock
Wolfgang Beuß
Barbara Ahrons
Kai Voet van Vormizeele
Vorschlag der SPD-Fraktion:
Michael Neumann
Franz-Josef Möllenberg
Nina Petri
Inka Damerau
Günter Ploß
Vorschlag der GAL-Fraktion:
Jens Kerstan

Anlage 2**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO**

für die Sitzung der Bürgerschaft am 16. Juni 2010

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
13	6262	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 19. November 2009 „Bericht des Haushaltsausschusses“ Drs. 19/4486
15	6377	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 5. März 2009 „Teilräumliche Entwicklungspläne zur Umsetzung des Räumlichen Leitbildes aufstellen und in den Bezirken verankern“ Drs. 19/2354
18	6297	Bericht des Sportausschusses
19	6298	Bericht des Haushaltsausschusses
21	6372	Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz
25	6359	Bericht des Innenausschusses
26	6360	Bericht des Innenausschusses
27	6374	Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
10	6215	Unterrichtung der Bürgerschaft über die Ergebnisse der Mai- Steuerschätzung 2010	SPD	Haushaltsaus- schuss
11	6260	Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Deutschlandradios	SPD	Kultur-, Kreativ- wirtschafts- und Tourismusausschuss
12	6261	Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Norddeutschen Rundfunks	SPD	Kultur-, Kreativ- wirtschafts- und Tourismusausschuss
14	6376	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 9. Juli 2009 „Investitions- fonds des Sonder-Investitionsprogramms (SIP) „Hamburg 2010““ hier: Installation einer Solaranlage auf dem Dach des Ham- burg Hauses Eimsbüttel“ Drs. 19/3388	SPD	Umweltausschuss